

Schleswig-Holsteinischer Landtag

14. Wahlperiode

Plenarprotokoll 14/36

36. Sitzung

Kiel, Freitag, 13. Juni 1997

Weniger Bürokratie in Schleswig-Holstein3

Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache
14/570

Antwort der Landesregierung Drucksache 14/702

Heide Simonis, Ministerpräsidentin
Martin Kayenburg (CDU)
Birgit Küstner (SPD)
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)
Klaus Schlie (CDU)
Ursula Kähler (SPD)

Beschluß: Überweisung an den Innen- und
Rechtsausschuß

Gemeinsame Beratung22

a) Rücknahme der Landesverordnung über das Naturschutzgebiet „Elbinsel Pagensand“

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/807

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/814

b) Bericht zur Elbvertiefung

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/774
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/804

Heide Simonis, Ministerpräsidentin
Martin Kayenburg (CDU)
Bernd Schröder (SPD)
Dr. Adelheid Winking-Nikolay
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)
Herlich Marie Todsén (CDU)
Konrad Nabel (SPD)
Rainer Steenblock, Minister für Umwelt,
Natur und Forsten
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Beschluß: Überweisung des Antrages
Drucksache 14/814 an den
Umweltausschuß, den Innen- und

Rechtsausschuß und den
Wirtschaftsausschuß

Gemeinsame Beratung43

a) Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/733

**b) Entschließung zur Gründung der „Euroregion
Schleswig“**

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/563
Bericht und Beschlußempfehlung des
Europaausschusses Drucksache 14/761

Uwe Döring (SPD)
Jost de Jager (CDU)
Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)
Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)
Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes-
und Europaangelegenheiten

Beschluß: Annahme der
Beschlußempfehlung Drucksache
14/761

**Bericht über die Weiterführung der53
Schleswig-Holstein-Repräsentanzen**

Landtagsbeschluß vom 16. Mai 1997 Drucksache
14/713 Bericht der Landesregierung Drucksache 14/795

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und
Europaangelegenheiten
Bernd Saxe (SPD)
Jost de Jager (CDU)
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)

Beschluß: Überweisung an den
Europaausschuß zur
abschließenden Beratung

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes.....56
zur Aufhebung des Jugendzahnpflege-
gesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache
14/295
Bericht und Beschlußempfehlung des
Sozialausschusses Drucksache 14/763

Frauke Walhorn (SPD)
Uwe Eichelberg (CDU)
Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit
und Soziales

Beschluß: Ablehnung

* * * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes-
und Europaangelegenheiten

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend,
Wohnungs- und Städtebau

Claus Möller, Minister für Finanzen
und Energie

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft,
Technologie und Verkehr

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit
und Soziales

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt,
Natur und Forsten

* * * *

Beginn: 10:03 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die heutige Sitzung.

Beurlaubt sind die Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke und Klaus-Dieter Müller. Erkrankt sind Herr Abgeordneter Peter Gerckens und Herr Minister Hans Wiesen.

Ich habe Ihnen noch etwas Erfreuliches mitzuteilen. Heute hat Herr Abgeordneter Neugebauer Geburtstag. - Herzlichen Glückwunsch, Herr Neugebauer!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

Weniger Bürokratie in Schleswig-Holstein

Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 14/570

Antwort der Landesregierung
Drucksache 14/702

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich erteile zur Beantwortung der Großen Anfrage Frau Ministerpräsidentin Simonis das Wort.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen Abgeordnete! Die zentrale Frage, die Sie gestellt haben, ist nach meiner Meinung nicht: Brauchen wir mehr oder weniger Bürokratie? Die zentrale Frage muß lauten: Wie müssen wir die **öffentliche Verwaltung** organisieren, damit sie auch in Zukunft in der Lage ist, unsere Kinder zu unterrichten, für Sicherheit auf den Straßen zu sorgen, unsere Umwelt und unsere Gesundheit zu schützen, Forschung und Entwicklung zu betreiben, eine komplexe Infrastruktur vorzuhalten und Recht zu sprechen?

Angeichts des schärfer werdenden Standortwettbewerbs zwischen den Regionen in Europa, der gestiegenen Ansprüche an den Staat und einer Steuer- und Abgabenlast, die die Schmerzgrenze für viele bereits überschritten hat, muß unsere Antwort daher lauten: Die öffentliche Verwaltung muß ihre Leistungen schneller, besser und kostengünstiger erbringen. Das ist das Ziel der **Modernisierung** der

Landesverwaltung in Schleswig-Holstein, die wir seit 1992 zu einem Schwerpunkt unserer Regierungsarbeit gemacht haben.

Dabei ist zusammen mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bereits Beachtliches erreicht worden. In Schleswig-Holstein sind Projekte umgesetzt worden, die der Modernisierung in anderen Ländern wichtige Impulse gegeben haben. Dazu gehört vor allem die Aktion **Aufgabenanalyse** und **Aufgabenkritik**. Die schriftliche Antwort der Verwaltung auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion liefert dazu eine Fülle von weiteren Informationen.

Die Landesverwaltung hat allerdings - das sollte nicht verschwiegen werden - noch einige Aufgaben vor sich. Die Modernisierung eines so komplexen Gebildes mit über 70.000 Beschäftigten ist ähnlich anspruchsvoll wie der Umbau eines großen Mischkonzerns. In einem Punkt sind wir jedoch auf jeden Fall anspruchsvoller als ein großer Mischkonzern. Wir wollen nämlich im Zuge unserer Reform niemanden auf die Straße setzen und niemanden in Angst um seinen Arbeitsplatz versetzen

Eines steht fest: Modernisierung ist keine Aktion der schnellen Erfolge, sondern vieler kleiner Schritte, manchmal sogar Rückschritte. Modernisierung läßt sich nämlich nicht einfach von oben verordnen. Der **Reformprozeß** braucht **Zeit**, weil die Menschen Zeit brauchen. Es braucht Zeit, um die Menschen in der Verwaltung für diesen Prozeß zu gewinnen und sie zu überzeugen. Neue Spielregeln, neue Arbeitsformen, neue Aufgaben, kurz: das Verlassen eingefahrener Gleise, ja vielleicht das Verlegen eingefahrener Gleise - das ist für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch mit Ängsten und Belastungen verbunden. Umdenken und Vertrautes aufgeben können - das ist eine Herausforderung für die Menschen auf allen Hierarchieebenen. Das geht vom Eingangsboten bis hinauf zum Abteilungsleiter, manchmal sogar bis in die Spitze des Hauses hinein. Niemand ist nämlich davor gefeit, Status- oder Machteinbußen zu befürchten, wenn Aufgaben verlagert werden, wenn nicht mehr jede Vorlage mitgezeichnet werden soll oder wenn kleinere Referate zu einem großen zusammengelegt werden sollen. Es steht fest: Grundlegende Veränderungen waren immer schon schwer durchzusetzen. In einer Situation, in der die Menschen generell Angst haben, sind sie noch schwerer umzusetzen. Machiavelli hat es vor fast 500 Jahren drastisch formuliert:

„Nichts ist schwieriger zu unternehmen, gefahrvoller durchzuführen und des Erfolges unsicherer als die Übernahme einer führenden

Rolle bei der Einführung einer neuen Ordnung der Dinge. Denn der Neuere hat all jene zum Feind, denen es unter den alten Verhältnissen gut ging, und lauwarmer Verteidigung in denen, die hoffen, daß es ihnen unter der neuen Ordnung gutgehen wird.“

Dem kann man nichts hinzufügen, wenn man drei, vier Jahre die Erfahrung gemacht hat, wie Modernisierung umgesetzt werden muß. Aber - Gott sei Dank - so schlimm ist es in Schleswig-Holstein dann doch nicht. Bei uns gibt es nämlich eine erfreulich große Gruppe der engagierten Befürworter und Verfechter einer neuen Ordnung in der Landesverwaltung, die selber eigene Ideen mit eingebracht haben. Stellvertretend für viele andere, die sich engagieren, möchte ich gern die Beschäftigten im Forstamt Schleswig nennen - ich könnte auch jede andere Einheit nennen -; dort wird mit viel Elan die Umsetzung unseres Leitbildes erprobt und nachgewiesen, daß es auch schnell gehen kann.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD] und Konrad Nabel [SPD])

- Einzelner Applaus! Wir werden weiterleiten, daß das hier positiv aufgenommen worden ist.

Zeit brauchen wir aber, weil es keine Patentrezepte für das Umsetzen von Ideen zur Modernisierung gibt. Was nützt die unkritische Übernahme von Lösungen, die sich bisher unter anderen Voraussetzungen bewährt haben, die zwar in anderen Einheiten - vielleicht in der privaten Wirtschaft - erfolgreich waren, von denen aber kein Mensch weiß, ob sie einfach auf den öffentlichen Dienst übertragen werden können. Nicht alles, was für die **Kommunen** geeignet ist, kann in Schleswig-Holstein auf das **Land** übertragen werden. Nicht alles, was sich in der **Wirtschaft** bewährt hat, läßt sich auf die öffentliche Verwaltung übertragen - umgekehrt übrigens auch nicht. Rechtsstaatlichkeit, Orientierung am Gemeinwohl und Daseinsvorsorge vertragen sich nicht immer mit Kosten/Nutzen-Denken und schon gar nicht mit Gewinnmaximierung.

Dennoch können wir voneinander lernen. Wenn wir voneinander gelernt haben, müssen wir uns entscheiden, Schritt für Schritt unseren eigenen Weg zu gehen und diesen dann auch zu verteidigen. Der Reformprozeß kann nur mit Geduld und Durchhaltevermögen gelingen. Dabei darf er nicht mit zu hohen Erwartungen überfrachtet werden. Verwaltungsmodernisierung ist kein Synonym für Haushaltskonsolidierung.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die **Kosten/Leistungs-Rechnung** bewirkt nicht automatisch, daß die Kosten sinken. Budgetierung und Globalhaushalte zaubern nicht mehr Geld in unsere Kassen. Neues Personalmanagement bedeutet nicht zwingend weniger Personalkosten. Aber ohne den Prozeß der **Modernisierung** werden wir die **Haushaltsprobleme** nicht bewältigen. Die Modernisierung liefert einen wichtigen Beitrag dazu, daß die Landesverwaltung trotz der notwendigen Einsparungen leistungsfähig bleibt und leistungsfähig ist.

In diesem Sinne wirkt zum Beispiel die Bereinigung von Vorschriften. Sie sorgt für einfachere, transparentere und sinnvollere Abläufe. Allein bei den nichtveröffentlichten Verwaltungsvorschriften hat sich herausgestellt, daß knapp die Hälfte gestrichen oder vereinfacht werden könnte. Das ist zum Teil bereits geschehen und muß nun konsequent weiterbetrieben werden.

Wer eine leistungsfähige Verwaltung will, muß auch sicherstellen, daß sie nichts Überflüssiges tut. Dafür hat die Landesregierung mit der Aufgabenanalyse/Aufgabenkritik ein ehrgeiziges und bundesweit bisher einmaliges Projekt gestartet. Wir stellen dabei mit der Hilfe unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fest: Was tun wir alles und mit welchem Aufwand? Was ist davon entbehrlich? Was kann woanders besser erledigt werden?

Obwohl die **Aufgabenkritik** freiwillig war, haben nahezu 100% der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitgemacht. Das ist ein positives und beruhigendes Zeichen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allein aus den ersten vier Ressorts, die abgeschlossen haben, liegen rund 4.800 Vorschläge vor. Ende Juni soll das Projekt in allen Ministerien abgeschlossen sein. Die Flut der Vorschläge muß dann von uns gesichtet, sortiert und umgesetzt werden, soweit es umsetzbar ist.

Wichtig ist dabei die zügige und konsequente **Umsetzung der Vorschläge**. Sie ist für die Öffentlichkeit und für die Beschäftigten ein wichtiger Prüfstein dafür, ob wir es mit der Modernisierung wirklich ernst meinen oder ob sie sich nicht Arbeit gemacht haben, die in den Augen der Mitarbeiter in dem Papierkorb landet.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das wäre schlecht!)

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Für die Umsetzung einiger Vorschläge brauchen wir die konstruktive **Mitwirkung des Parlaments**. Denn in einigen Fällen geht es nicht ohne Änderung von Landesrecht, wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter feststellen, daß die eine oder andere Vorschrift durchaus hemmend und nicht helfend ist.

Die Erkenntnisse aus der Aufgabenkritik müssen mit der bereits laufenden **Reorganisation der Ministerien** und der Staatskanzlei abgestimmt werden. Die Ressorts werden bis zum 31. Dezember entsprechende Konzepte vorlegen. Bis Ende 1998 soll die Reorganisation abgeschlossen sein.

In diesen Zusammenhang gehört auch die **Funktionalreform**, die gerade mit den Kommunen verhandelt wird. Ziel der Reform ist es, die Aufgabenverteilung zwischen Land und Kommunen einvernehmlich neu zu ordnen. Wir sind den Kommunen hier weit entgegengekommen, die immer gefordert haben: Gebt den Kommunen, was den Kommunen leichter fällt zu organisieren, und kümmert ihr euch nur noch um Controlling und die Aufgaben, die euch ursprünglich zufallen. Die Idee und der Anstoß sind also von den Kommunen ausgegangen. Wir werden jetzt sehen, wie weit wir das umsetzen können.

Dabei gilt das **Konnexitätsprinzip**, das wir mit Ihrer Hilfe auch in der Verfassung verankern wollen. Das heißt: Wer eine Aufgabe übernimmt, bekommt dafür einen entsprechenden finanziellen Ausgleich. Es wird sicherlich Diskussionen darüber geben, was „entsprechend“ heißt, aber auch da werden wir zu einem vernünftigen Ergebnis kommen.

Zu dem Katalog der Aufgaben, die aus unserer Sicht übertragen werden können, gehören unter anderem die Katasterverwaltung, Teile der Wasserwirtschaft, Aufgaben aus den Bereichen Flurneuordnung, Landschaftspflege, Teile des sozialen Arbeitsschutzes und die Landwirtschaftsschulen.

Wenn wir **Aufgaben** verlagern, muß aus Sicht des Landes prinzipiell auch das **Personal** folgen. Auch darüber müssen wir mit den kommunalen Landesverbänden und natürlich mit den Beschäftigten selbst und ihren Interessenvertretern reden. Was wir bei der Investitionsbank geschafft haben, werden wir auch woanders schaffen.

Nach dem Prinzip, die Aufgaben dort zu erledigen, wo es am besten und bürgerfreundlichsten geschieht, verlagern wir auch alle dafür geeigneten **Förderprogramme** aus der Ministerialbürokratie. Bis Ende 1996 hat allein die Investitionsbank 52 Förderprogramme mit einem Gesamtvolumen von über 800 Millionen DM übernommen.

Der öffentliche Dienst muß - das ist ein weiteres Ziel - leistungsfähig und bezahlbar sein. Das gilt vor allem für die **Personalkosten**. Auch hier ist in Schleswig-Holstein bereits eine Menge erreicht worden. 1996 hatten wir eine der niedrigsten Personalkostenquoten der westdeutschen Flächenländer.

Sparerfolge werden uns im übrigen auch von Dritten bescheinigt, die ganz und gar nicht im Verdacht stehen, regierungsfreundlich auf jeden Schritt zu reagieren, den wir unternehmen. Hierbei darf ich mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin, aus einem Gutachten für den Bund der Steuerzahler zitieren, des zur Entwicklung der Personalausgaben folgendes zu bemerken hat:

„In den elf alten Ländern betrug die Steigerung 1994 im Vergleich zum Vorjahr im Schnitt 1,9 %. Hessen lag wie Baden-Württemberg mit 2,2 % darüber, übertroffen von Bayern und Niedersachsen mit je 2,3 % und Rheinland-Pfalz mit 2,5 %, während sich in Schleswig-Holstein (1,5 %), Saarland (1,4 %) und Berlin (1,3 %) erste Sparmaßnahmen auswirkten.“

Also, meine Damen und Herren: Wir sind offenbar auf dem richtigen Kurs.

(Beifall bei der SPD)

Dennoch - wir hatten ja dieser Tage schon eine Diskussion darüber - wissen wir alle, daß die bisherigen Sparmaßnahmen nicht ausreichen, um Steuerausfälle, die wieder auf uns zukommen können und mit Sicherheit schon jetzt auf uns zukommen, zu verkraften.

Die Personalausgaben müssen runter, aber nicht im Sturzflug, wie es die F.D.P. vorgeschlagen hat. Wir müssen kürzen und dennoch weiterhin für vernünftige Arbeitsbedingungen sorgen. Wir müssen kürzen und dennoch unserer beschäftigungspolitischen Verantwortung gerecht werden. Man kann nicht erwarten, daß der öffentliche Dienst neue

Auszubildende einstellt und gleichzeitig Personal abbaut. Das haut mathematisch einfach nicht hin.

Das Konzept der Landesregierung macht diese schwierige Gratwanderung da möglich, wo wir behutsam und mit Fingerspitzengefühl vorgehen. Die Personalkosten müssen in jedem Ressort und in der Staatskanzlei jährlich um mindestens 1% sinken - die Personalkosten, nicht die Zahl der Köpfe; denn dann wären wir schnell am Ende, wenn wir die Köpfe nähmen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler
[SPD])

Wie man die Personalkosten senken kann, dazu haben wir Ihnen erste Vorschläge gemacht, die im Nachtragshaushalt beziehungsweise im Haushalt 1998 zu diskutieren sein werden.

Wir verfolgen dabei eine Reihe von Einzelzielen, zum Beispiel die Begrenzung der Krankenkostenerstattung und des 13. Monatsgehaltes oder das Angebot, im Alter von 58 Jahren und mit maximal 75% der aktiven Bezüge aus dem aktiven Landesdienst auszuschneiden.

Gleichzeitig versuchen wir, das vorhandene Arbeitsvolumen in der öffentlichen Verwaltung auf möglichst viele Menschen zu verteilen, indem wir die Möglichkeiten für Teilzeitbeschäftigungen und Beurlaubungen ausbauen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir stecken mitten in einem langwierigen, manchmal auch schwierigen, manchmal aber auch sehr erfolgreichen Prozeß der Modernisierung und der notwendigen Kürzungen, und die sind manchmal sehr schmerzlich. Wir wissen aber, daß es zu diesem Prozeß keine Alternative gibt. Deswegen wollen wir so zügig wie möglich vorangehen, damit alle mit uns mitgehen, aber auch so geduldig wie notwendig, damit uns unterwegs keiner verlorenght.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kayenburg.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Simonis, Ihrer Grundaussage „schneller, leistungsfähiger, kostengünstiger“ können wir

sicherlich zustimmen. Den **Wildwuchs an Bürokratie** zu beschneiden und damit den Staat wieder schlagkräftiger zu machen, ist keine neue Idee, sie ist auch nicht in Schleswig-Holstein entstanden. Die schleswig-holsteinische Landesregierung war hierbei kein Vorreiter. Das macht die Antwort auf unsere Große Anfrage deutlich. Die Fakten sind anders.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vieles von dem, was dort geschrieben steht, entspricht dem ganz normalen, schon aus technischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten notwendigen **Modernisierungsprozeß**. Jede private und öffentliche Verwaltung muß sich dieser Aufgabe stellen, wenn sie wettbewerbsfähig und kostengünstig sein oder bleiben will. Dazu gehören auch die in der Antwort breit dargelegten Informations- und Automatisierungsprojekte, die durch den Entwicklungsschub im Bereich der Informationstechniken Ende der achtziger und in den neunziger Jahren notwendig wurden. MEGA, MESTA, FISCUS und andere Daten- und -verarbeitungssysteme, die Sie in Ihrer Antwort erwähnen, sind nichts anderes als die ganz normale Anpassung an den Stand der Technik. Das hat mit weniger Bürokratie überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Kommissionen zur Entbürokratisierung hat es schon viele gegeben. Der schlanke Staat ist schon lange ein Traum, über den viel geredet wird, für den aber bisher wenig getan wurde. Nicht einmal Zielvorgaben gibt es bei uns.

1988, beginnend mit der **Denkfabrik**, bastelte die Landesregierung nach eigenen Bekundungen an dem Um- und Neubau der öffentlichen Verwaltung. Vier Jahre später war der Grundstein immer noch nicht gelegt. Auf CDU-Initiative ist 1992 die **Enquetekommission** eingerichtet worden, zwei Jahre später, im Oktober 1994, wurden deren Ergebnisse vorgelegt. Heute, fast drei weitere Jahre später, ist bis auf die Fortschreibung des Maßnahmenkataloges nichts, aber auch gar nichts geschehen, keine durchschlagende Verbesserung, kein Mehr an Effizienz der öffentlichen Verwaltung. In diesem Punkt ist die Antwort schlichtweg eine Zumutung.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die **Personalkostenquote** ist auf eine Rekordhöhe von 40 % gestiegen. Sie wird - das wissen Sie genau - mit der Entbeamtungspolitik weiter steigen. In der Großen

Anfrage antworten Sie auch ausweichend, wo es um die Haushaltsbelastung infolge der Entbeamtungspolitik geht. Die sich aufsummierenden Beträge für die Haushalte der nächsten Jahre werden verschleiert. Der Landesrechnungshof macht aber deutlich, was auf uns zukommt: Eine Mehrbelastung von 1 Milliarde DM bis zum Jahr 2005, wenn jede freiwerdende beamtete Lehrerstelle zum Beispiel durch angestellte Lehrer besetzt werden sollte. Wer soll das heute eigentlich bezahlen?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Im übrigen handelt die Landesregierung verantwortungslos nach dem Motto: Wir haben noch ein Thema. Schaffen wir noch eine Stelle.

Die neuesten Erfahrungen zu diesem Thema hier im Hause betreffen die Schaffung eines Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht schon wieder!
- Zuruf von der CDU: Doch, immer wieder!)

- Herr Hentschel, denken Sie an die Innovationsassistenten, vielleicht gefällt Ihnen das besser. Prompt haben auch andere Verwaltungen, zum Beispiel die Fachhochschule Kiel, im Falle der Innovationsassistenten eine Chance gewittert, zu partizipieren. Sie werden fragen, warum und wie. Die Verwaltung der Mittel bedeutet eine weitere Verwaltungsstelle für deren junge Vermarktungs-GmbH. Ich kann nur sagen: Parkinson läßt grüßen. Er hat schon 1957 formuliert: Erstens. Jeder Beamte und Angestellte wünscht, die Zahl seiner Untergebenen, nicht die Zahl seiner Rivalen zu vergrößern. Zweitens. Beamte und Angestellte schaffen sich gegenseitig Arbeit.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das gilt natürlich nicht für Bonn!)

Dahinter steckt die altbekannte Tatsache, daß sich Arbeit wie Gummi ausdehnen läßt.

(Heiterkeit bei CDU und F.D.P. - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das stimmt auch im Landeskabinett! - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ihr Zwischenruf, Herr Hentschel, hätte mich fast dazu verleitet, ein anderes Zitat zu finden. Vielleicht kennen Sie ja das Peter-Prinzip von der Stufe der Inkompetenz.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die **Landesregierung** hat kräftig an der Personalschraube gedreht. Das haben wir in der Vergangenheit in den Haushaltsberatungen mehrfach nachgewiesen. Sie hat nachhaltig **Personalaufbau** betrieben, nicht nur im Bereich der Ministerien und oberen Landesbehörden. Die Statistik ist nämlich großzügig verdeckend. Wenn man 1988 mit 1997 vergleicht, so hat es nicht unerhebliche Auslagerungen beim Personal gegeben, zum Beispiel die 3.500 Mitarbeiter der Landeskrankenhäuser. Diese sind nach der Verselbständigung völlig aus den Personallisten des Landeshaushaltes verschwunden. Sachlich völlig richtig, aber es schönt die Personalkostenquote der Landesregierung. Tatsache ist, die **Stellenpläne** in den Haushalten ergeben für 1997 rund 500 Stellen mehr als 1988 und nicht etwa weniger.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

- Sie geben sich fortschrittlich, Frau Kähler, ich weiß, indem Sie heute sagen, Sie wollen Referate streichen. Dabei bauen Sie aber auch auf das kurze Gedächtnis. Was haben Sie in der Vergangenheit denn gemacht? Sie haben gegen unseren Widerstand die Zahl der **Referate** und der zugeordneten **Referenten** erhöht von 441 in 1988 auf 625 heute. Das ist eine Steigerungsrate von 42 %.

(Zurufe von der CDU: Oh! - Hört, hört!)

Und nun rechnen Sie es sich als besonderes Verdienst an, daß Sie die seit 1988 neu geschaffenen Referate wieder verringern wollen. Doch damit nicht genug, Sie schaffen im Gegenzug neue Referate. Ich will nur ein Beispiel nennen: die Vernetzungsstelle für Gleichstellungsbeauftragte. Ob in Zukunft wirklich in deutlichem Umfang Personal eingespart wird, bezweifeln wir nach diesen Erfahrungen. Diesen Beweis müssen Sie erst noch antreten. Der Haushalt jedenfalls gibt dafür keinen Anhalt. Zumindest zeigt Ihr Handeln im Personalbereich keine Anzeichen für den schlanken Staat.

Sie haben im Umdruck 821 dieser Legislaturperiode geschrieben:

„Ziel der sogenannten 58er-Regelung ist die Senkung der Personalkosten im Zusammenhang mit der Aktion Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik.“

Und nun hören Sie gut zu:

„Sie soll zugleich ein Beitrag zur Förderung von mehr Beschäftigung im Bereich der öffentlichen Verwaltung sein.“

Das verstehe, wer will. In ihrer Antwort auf unsere Große Anfrage schreibt die Landesregierung außerdem:

„Verwaltungsmodernisierung wird in der Landesverwaltung nicht mit dem Ziel von Personalabbau betrieben.“

Ja, was soll **Modernisierung** sonst noch alles leisten, wenn nicht Personalabbau ein wesentliches Ziel ist? Wo sind da Anzeichen für den **schlanken Staat**?

Weiterhin bemängeln wir, daß die **Aufgabenkritik**, die eigentlich am Anfang jeder Änderung stehen sollte, erst jetzt in Angriff genommen wird. Ich behaupte, der Gaul wird mal wieder von hinten aufgezümt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie, Frau Simonis, sollten als Volkswirtin eigentlich wissen, daß funktionale Organisationsabläufe nicht in output-orientierte Budgetierung hineingehören. Sie haben nämlich die Staatskanzlei als Pilotprojekt gewählt. Und das ist eine Stabsstelle. Jeder, der sich mit Aufgabenkritik befaßt, weiß, daß gerade wegen der Bündelung der restlichen Aufgaben Stabsstellen ans Ende und nicht an den Anfang einer solchen Budgetierungsüberlegung gehören.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Auch hier ist also ein logischer Fehler unterlaufen.

Auf das Thema **Funktionalreform** wird mein Kollege Schlie eingehen. Ich ergänze nur, daß wir das Thema Entbürokratisierung aufgreifen, wie es in der Enquete genannt wurde. Allerdings haben Sie bisher keine Aufgaben aus den Ämtern, zum Beispiel für Land- und Wasserwirtschaft, verlagert, bei den Katasterämtern abgeschafft oder aus den Gewerbeaufsichtsämtern verlagert. Ihr Hinweis vorhin und auch der auf den sozialen Arbeitsschutz wird uns Veranlassung geben, gemeinsam Wege zu suchen. Denn offenbar reichte bisher der Gestaltungswille der Staatskanzlei nicht aus, oder man konnte sich gegenüber Fachressorts und

Betroffenen nicht durchsetzen. Wir sind bereit, die gemeinsame Lösung mit zu suchen.

Den **Prozeß der Entbürokratisierung** haben Sie bisher jedenfalls nicht angeschoben. Unsere Große Anfrage ist eine Hilfe. Wenn wir die Beispiele, die Sie genannt haben, auf ihren Inhalt hin überprüfen, müssen wir feststellen, daß der Weg dorthin bisher noch nicht gegangen worden ist. Auch die Eindämmung der Normenflut, die Sie behaupten, steht nur auf dem Papier. Wenn ich allein die Neuformulierung des Landesentwicklungsgrundsatzgesetzes ansehe, so stelle ich fest, daß Sie aus vier Seiten 40 Seiten gemacht haben. Ich behaupte nicht, daß 40 Seiten nicht auch qualitativ besser sein können, zumindest stellen wir fest, daß hier eine Regelungswut stattgefunden hat und statt Eindämmung das Gegenteil der Fall ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Denn so wie beim LEGG sind Sie auch bei anderen Gesetzen verfahren. Die Antworten der Landesregierung rufen jedenfalls bei mir nach dem Lesen und nach der Kenntnis der Haushaltsfakten das Gefühl hervor, das am besten mit der Formulierung ausgedrückt wird: „Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“

(Ursula Röper [CDU]: Richtig!)

Vielleicht können Sie das ja ändern.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Küstner.

Birgit Küstner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Kayenburg, wenn Sie am Anfang Ihrer Rede mehrfach die Qualität der Antwort auf Ihre Große Anfrage kritisiert haben, so kann ich nur sagen: Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus. Insofern sind Sie mit der Antwort ganz hervorragend bedient worden.

(Beifall bei der SPD)

Ohnehin habe ich mich über die Taktik der CDU ein bißchen gewundert. Am 28. Februar 1997 bringen Sie Ihre Große Anfrage „Weniger Bürokratie in Schleswig-Holstein“ ein, warten deren Beantwortung aber gar nicht erst ab, sondern stellen am 9. April 1997 Ihr

Positionspapier „Weniger Staat in Schleswig-Holstein“ vor.

(Martin Kayenburg [CDU]: Man kann ja eigene Ideen haben!)

Sollte der Grund für diese Eile vielleicht auch die Einsicht gewesen sein, Herr Kayenburg, daß die Landesregierung mit ihren Modernisierungsvorhaben doch wesentlich weiter ist, als ihr die CDU immer gern unterstellen möchte?

(Lachen bei der CDU)

Wissen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, das Lachen wird Ihnen schon noch vergehen in der weiteren Diskussion um die **Modernisierung**. Eines ist mit der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU jedenfalls sehr deutlich geworden: Wenn die CDU die Regierung mit diesem Vorstoß vorführen wollte, so ist ihr das gründlich mißlungen.

(Beifall bei der SPD - Meinhard Füllner [CDU]: Warten wir mal ab!)

Deutlich geworden ist aber auch, daß im Verständnis von **Entbürokratisierung** und Modernisierung der Verwaltung immer noch große Unterschiede zwischen der CDU einerseits und der Regierung und den sie tragenden Parteien andererseits bestehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Haben Sie schon ein neues Konzept?)

Ganz abgesehen davon, daß die Bürokratie wirklich fröhliche Urständ feiert, wenn die CDU aufgrund einer Anfrage zu Entbürokratisierung die Seiten des Gesetz- und Verordnungsblattes von 1979 bis 1996 zählen läßt, und abgesehen davon, daß Sie viele Fragen gar nicht hätten zu stellen brauchen, wenn Sie die den zuständigen Ausschüssen vorgelegten Berichte sorgfältig gelesen hätten,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Meinhard Füllner [CDU]: So einfach ist das!)

ist Ihre Große Anfrage im Tenor im wesentlichen auf Einsparungen und Privatisierung, und zwar - wie gewohnt - auf Privatisierung als Selbstzweck ausgerichtet.

Verräterisch ist oft auch die Sprache. Mir ist wieder aufgefallen, Herr Kayenburg, daß Sie - wie es auch Herr Schlie vorher schon in einer Presseerklärung getan hat - von schlagkräftiger Verwaltung, von schlagkräftigen Arbeitseinheiten gesprochen haben. Ich kann nur sagen: Was für ein martialisches Wort!

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Ich dachte, uns wäre es immer darum gegangen, eine bürger- und nutzerfreundliche **transparente Verwaltung mit motivierten Beschäftigten** zu haben.

Für die SPD jedenfalls ist Ziel der Modernisierung der Landesverwaltung nach wie vor, mehr **Bürgernähe** zu schaffen, die **Qualität der Dienstleistungen** zu steigern, sachbezogene, transparente und kostenorientierte Entscheidungen zu treffen sowie zweckgerichtetes und wirtschaftliches Handeln zu ermöglichen.

Meine Fraktion begrüßt deshalb ausdrücklich, daß die Landesregierung in der Antwort auf die Große Anfrage an mehreren Stellen betont, daß im Mittelpunkt aller Überlegungen für eine Verwaltungsreform die Dienstleistung für die Nutzerinnen und Nutzer stehen muß und daß zuallererst die Leistungen verbessert werden müssen, um mehr Effektivität und Effizienz zu erreichen.

Klar ist für meine Fraktion auch, daß der Prozeß der Entbürokratisierung und Modernisierung nur dann gelingen kann, wenn die Beschäftigten und ihre Vertretungen ihn mittragen. Die **Personalpolitik** nimmt deshalb für uns in diesem Prozeß eine zentrale Rolle ein. Auch die CDU widmet diesem Bereich einen erheblichen Teil ihrer Anfrage. Bezeichnend ist allerdings die Auswahl der Fragen. Besonders interessant ist auch, was nicht gefragt wird. So wird zum Beispiel nicht nach der Beteiligung und Mitbestimmung der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen gefragt. Das ist für die CDU wohl nicht so wichtig.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Klaus Schlie [CDU]: Die gesetzlichen Bestimmungen dazu kennen wir!)

Ich freue mich aber, daß sich die Landesregierung gleichwohl an mehreren Stellen deutlich zu der mit den Gewerkschaften abgeschlossenen Modernisierungsvereinbarung bekennt.

Ebenfalls nicht - oder allenfalls am Rande - wird nach den Komplexen Ausbildung und Personalauswahl gefragt, zwei Themenbereiche, die schon für die Enquetekommission wesentliche Bedeutung hatten und an denen die Landesregierung erfolgreich und zukunftsweisend arbeitet.

Die erfolgreiche Arbeit der Landesregierung auf dem Gebiet der **Personalwirtschaft** läßt sich auch an den Bereichen Beurteilungswesen, Dienstpostenbewertung und Fortbildung festmachen. Die Antworten der Regierung zeigen, daß sie auf diesen Feldern auch im Sinne der Enquetekommission wichtige Eckpunkte gesetzt hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich fragt die CDU nach der Entwicklung der Stellenzahl und den Personalkosten, wobei man sich auch die Fragestellung einmal sehr genau angucken muß. Die zentrale Aussage der Landesregierung ist, daß unter dem Strich - wenn man Stellenverlagerungen, -vermehrungen und -einsparungen gegeneinander aufrechnet - lediglich neun neue Stellen in der Ministerialverwaltung kostenwirksam entstanden sind. Es sind ganze neun neue Stellen geschaffen worden, und zwar trotz neuer Aufgaben, die auf die Landesregierung zugekommen sind, und trotz der Einrichtung von zwei neuen Ministerien.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, einen Moment bitte! - Ich bitte um etwas mehr Ruhe und Aufmerksamkeit. - Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Birgit Küstner [SPD]:

Ich möchte noch einmal betonen: Ganze neun Stellen sind zusätzlich kostenwirksam entstanden, und dies trotz neuer Aufgaben, die auf die Landesregierung zugekommen sind, und trotz der Einrichtung von zwei neuen Ministerien. Das ist eine beachtliche Leistung. Dieser Erfolg kann auch nicht durch anderslautende Behauptungen der Opposition wegdiskutiert werden, die durch gebetsmühlenhafte Wiederholungen nicht besser und wahr werden.

(Beifall bei der SPD)

Breiten Raum nimmt in der Großen Anfrage der CDU der Komplex der Beschäftigung von **Beamten** und **Angestellten** ein, möchte sie doch zu gern ihre Behauptung untermauert wissen, daß die Beschäftigung von Beamten statt Angestellten wirtschaftlicher ist. Es macht aber wenig Sinn, wenn die CDU sich dabei nur auf die Gutachten stützt, die der eigenen Position am nächsten kommen. Ich möchte Sie denn doch bitten, meine Damen und Herren von der CDU, das gesamte Spektrum der Gutachten zu dieser Problematik zur Kenntnis zu nehmen. Dann werden Sie feststellen, daß alle diese Gutachten von unterschiedlichen Prämissen ausgehen, unterschiedlich breit angelegt sind und daß keines von ihnen methodisch unumstritten ist.

Nehmen Sie bitte auch zur Kenntnis, daß die Enquetekommission in ihrem Abschlußbericht ausdrücklich empfohlen hat, den Einsatz von Beamten auf die Kernaufgaben des Landes und der sonstigen Verwaltungsträger zu reduzieren.

An dieser Stelle soll auch nicht unerwähnt bleiben, daß die Enquetekommission, die ihren Bericht immerhin einstimmig verabschiedet hat - daran möchte ich noch einmal erinnern -, die tradierten, hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums durchaus als Hindernis für die Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstes im Lande angesehen hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie empfiehlt der Regierung daher, sich auf Bundesebene für deren zeitgemäße Fortentwicklung einzusetzen. Wenn Sie dann noch die Frage der Pensionsverpflichtungen berücksichtigen, wird schon deutlich, daß man den Bereich der Beschäftigung von Angestellten und Beamten etwas differenzierter sehen muß, wie es die Landesregierung es in ihren Antworten auf die eher etwas einseitig gestellten Fragen der CDU tut.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

Auf weitere Aspekte der Großen Anfrage werden meine Kolleginnen und Kollegen noch eingehen. Für mich ist bei der Durcharbeit der Antwort - und nicht nur dabei, sondern auch im Erfahrungsaustausch mit Abgeordneten aus allen anderen Bundesländern - wieder einmal deutlich geworden: Das Land Schleswig-Holstein ist auf dem Gebiet der Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung bundesweit führend.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zugegeben, ich habe mich gefragt, ob eine solche **Große Anfrage** nicht zu einem Mehr an Bürokratie beiträgt, und war skeptisch, ob es uns tatsächlich gelingt, auf der Grundlage der **Antwort** bürokratische Strukturen abzubauen. Ich möchte in dem Zusammenhang betonen, daß es der Verwaltung außerordentlich gut gelungen ist, uns durch die Große Anfrage zu informieren und die vorhandenen Erkenntnisse noch einmal zusammenzufassen.

Wir haben schon in der letzten Landtagssitzung anhand der Anträge der F.D.P. über die **Modernisierung der Verwaltung** gesprochen. In der Antwort auf die Große Anfrage wird angekündigt, daß im August ein weiterer Modernisierungsbericht kommt. Ich bin gespannt darauf, was da nun noch drinstehen wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich auch!)

Natürlich lassen wir uns gern auf die Diskussion ein; sie muß hier geführt werden.

Für Grüne ist es besonders reizvoll, die unglaublich bürokratischen Strukturen - Herr Kayenburg nannte es Wildwuchs -, welche in einer achtunddreißigjährigen CDU- und einer neunjährigen SPD-Regierungszeit aufgebaut worden sind, jetzt nicht nur zu hinterfragen, sondern tatsächlich abzubauen. Alle Parteien stehen in der Pflicht, dazu beizutragen, daß diese Gesellschaft nicht zu einem Verein der schuldenfinanzierten Besitzstandswahnerinnen verkommt, sondern daß die Dinge, die erledigt werden müssen, tatsächlich bürgernah erledigt werden. Haben die Grünen früher aus der Opposition heraus den gesamten Staat in Frage gestellt, so stellen wir heute im Parlament zumindest die **Aufgaben des Staates** in Frage. Dabei haben wir sogar die Unterstützung aller Parteien des Hauses. Selbst die Regularien des Beamtentums werden inzwischen auch von CDU und F.D.P. kritisch gesehen. Kommt Zeit, kommt Rat. Vielleicht wird auch die CDU demnächst erkennen, daß sich das Beamtentum überlebt hat; denn es schreibt Grundsätze und Privilegien fest, die nicht mehr zeitgemäß sind und die sich insgesamt

flexibilisierungshemmend auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken.

(Klaus Schlie [CDU]: Das Gegenteil ist der Fall!)

Zu einem einheitlichen Dienstrecht, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, gibt es langfristig keine sinnvolle Alternative.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Ingrid Franzen [SPD])

Dabei ist es den Grünen wichtig, daß es nicht um eine Diffamierung der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geht. Ich fand es schon sehr problematisch, als Herr Kayenburg eben davon sprach, daß die Bediensteten selbst die Arbeit ausdehnen wie ein Gummiband.

(Meinhard Füllner [CDU]: So hat er das nicht gesagt! Sie müssen besser zuhören!)

- Ich habe sehr genau zugehört! Wenn er es anders meint, dann kann er es noch richtigstellen. Nach meiner Meinung war diese Aussage sehr, sehr scharf an der Grenze. Ich habe Probleme damit, wenn all das, was die Politik gern möchte, anschließend den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angelastet wird, als würden sie selbst ihre Arbeit immer weiter aufbauschen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] -
Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Es kann auch nicht sein, daß Entbürokratisierung als Selbstzweck gesehen wird. Statt dessen müssen politische **Zielvorgaben** obenan stehen. Das Hauptziel muß trotz der Notwendigkeit zu Einsparungen nicht Sparen an sich sein, sondern die Gewährleistung einer am Bürger orientierten Verwaltung und die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und der Zeitabläufe des Verwaltungsgeschehens.

Die Antwort auf die Große Anfrage bestätigt die Einschätzung der Grünen über die aktuelle Situation in der Verwaltung. **Aufgabenkritik** und **Aufgabenanalyse** laufen, und es ist den Ministerien gelungen, die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Modernisierungsprozeß zu integrieren. Die Finanzmittel für die benötigten Computersysteme sind zu gering. Das ist bekannt. Das

stellt dennoch ein Handicap bei der zügigen Einführung neuer Arbeitsmethoden dar.

Die Verhandlungen mit den Kommunen über die **Funktionalreform** laufen. Notwendig ist jetzt ein konsensueller Landtagsbeschluß zur Verankerung des **Konnexitätsprinzips**. Hier sind wir gefordert, gemeinsam zu agieren.

Die Personalkosten des Landes sind zu hoch, wenn auch im Bundesvergleich nicht überzogen. Wir sehen mit Besorgnis, wie die Kostenlawine der gestern aufgetürmten Versorgungslasten und der heutigen allgemeinen Personalkosten die politische Handlungsfähigkeit der Landesregierung und des Parlamentes perspektivisch lahmlegt. Es gibt einen Unterschied, Herr Kayenburg, ob wir Personal abbauen wollen oder ob wir Stellen abbauen wollen. Das bitte ich in der Diskussion zu beachten. Wir stehen zu dem **Stellenabbau** ohne Wenn und Aber.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann brauchen Sie aber Personalabbau!)

Wir wissen, daß dieser Stellenabbau nur mit erheblichen Anstrengungen erreicht werden kann. Wir wissen, daß es angesichts der hohen Arbeitslosigkeit eine schwierige Diskussion ist, Stellen abzubauen. Wir wollen Arbeit umverteilen, um möglichst viel Personal halten zu können. Wir hoffen - deshalb machen wir die ganze Aktion -, daß die Politik dadurch Spielräume zurückgewinnt und dann dazu beitragen kann, daß Arbeitsplätze außerhalb der Verwaltung entstehen. Das ist das Ziel der ganzen Aktion.

Dazu brauchen wir eine **Teilzeitoffensive** auch innerhalb der Verwaltung. Wir setzen auf eine Gesellschaft, in welcher vielfältige Formen des Lebens und des Arbeitens und die Erhaltung von Individualität und Pluralität Vorrang haben. Dazu ist die Selbstorganisation der Gesellschaft, die Selbstverantwortlichkeit und das ehrenamtliche Engagement ein unverzichtbares Element.

Aber durch pure Kürzungen sozialer Leistungen und durch die Zerschlagung bisheriger Strukturen wird es uns nicht gelingen, die notwendigen Anreize und Anerkennungen zu setzen, die gebraucht werden, damit sich die Bürgerinnen und Bürger vor Ort verstärkt einbringen und beteiligen. Wir wollen die Dezentralisierung möglichst vieler Aufgabenbereiche. Ich glaube, daß dann auch wieder das Engagement vor Ort für diese Gesellschaft stärker wird.

Die grundsätzliche **Neubewertung aller Aufgaben** des Landes wird darüber entscheiden, wo und ob eine Aufgabe tatsächlich wahrgenommen wird und wo sie am wirtschaftlichsten wahrgenommen werden kann. Das wird noch - davon gehe ich aus - für viel Diskussionsstoff in unseren Reihen sorgen. Aber erst wenn wir wissen, was unsere eigene Leistungserfüllung kostet, können wir beurteilen, ob eine **Auslagerung der Aufgaben** durch andere effizienter und preisgünstiger erledigt werden kann.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Deshalb ist die Einführung der Kosten/Leistungs-Rechnung so wichtig. Wir sind uns noch nicht ganz sicher, ob sich die Landesregierung bei der Einführung dieser neuen Haushaltsrechnung schwer tut, oder ob es tatsächlich so lange dauern muß, bis die technischen, organisatorischen und finanziellen Bedingungen zur Einführung dieses neuen Rechnungssystems gegeben sind. Die Grünen werden in jedem Fall von der Regierung eine zügige Einführung einfordern. Wir werden immer wieder nachfragen, und ich gehe davon aus, daß auch die Regierung ein großes Interesse daran hat, die Kosten/Leistungs-Rechnung einzuführen, denn sie ist ein zentraler erster Baustein zur Umsetzung der geplanten Veränderungen.

Aber auch das **Parlament** muß seine Schularbeiten machen und sich offensiv mit den neuen Möglichkeiten und Risiken für die Politik beschäftigen. Eine andere Haushaltssystematik, Gesamtbudgets und Flexibilisierung erfordern von der Politik ein neues Herangehen und eröffnen gleichzeitig neue Möglichkeiten der Kontrolle des Haushaltsvollzuges.

Kontrollieren und Nachsteuern - also das neue Controlling - muß vom Parlament eingefordert werden, und die Ausgestaltung des Berichtswesens und das Haushaltsrecht des Parlamentes müssen in der Diskussion über die Änderung des Haushaltsgrundsatzgesetzes eine entscheidende Rolle spielen.

Wir wollen das **Primat der Politik** zurückgewinnen, indem wir uns auf Zielsetzungen und Steuerung konzentrieren, statt Verwaltungsaufgaben selbst mitgestalten zu wollen. Dezentralisierung, Demokratisierung und Bürgernähe sind die Grundlage für eine kundenorientierte Verwaltung, welche sich auf die Erwartungen und Bedürfnisse der Bevölkerung einstellt.

Von zentraler Bedeutung ist bei der Modernisierung der Verwaltung auch die **Frauenförderung**. Einstellungsstopps, Beförderungsstopps und Stellenabbau führen dazu, daß die üblichen Instrumente der Frauenförderung an Wirksamkeit verlieren oder ausgehebelt werden. Es ist daher unerläßlich, neue Wege zu gehen, eine Verwaltungsreform für die Verbesserung der Beschäftigungsstruktur zugunsten von Frauen zu nutzen und die Flexibilisierung von Arbeitszeit endlich umzusetzen.

Bei der Entrümpelung der Verwaltung stellt sich natürlich auch die Frage der „Institution“ **Landesrechnungshof** neu. Ich bin auf dieses Thema schon vor zwei Tagen eingegangen. Eigentlich gibt es genug externe Unternehmen, die die Überprüfung des Haushaltsvollzuges effizient, unpolitisch und unvoreingenommen vornehmen könnten.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Außerdem werden wir im Rahmen des neuen **Controlling** zeitnah erfahren, ob unsere Zielsetzung mit dem eingetretenen Ergebnis übereinstimmt. Deshalb stellt sich die Frage, wie der Rechnungshof in diese neuen Abläufe einbezogen werden kann, genauso wie die Frage, in welchem Umfang Controller dem Parlament in Zukunft zuarbeiten werden müssen und wo sie angesiedelt sein sollen. Wer kann und sollte dafür sorgen, daß die Arbeit des Rechnungshofes angesichts der neuen Steuerungsmodelle überflüssig wird? Wie selbstkritisch wird das Ergebnis der Aufgabenkritik und -analyse des Rechnungshofes ausfallen? Wo bleibt die Frage der CDU zu diesem Thema? Wir haben uns doch darauf verständigt, tabulos alles zu hinterfragen und neu zu beleuchten.

Zum Schluß möchte ich positiv herausstellen, daß die Verwaltungsstrukturreform schon zu einer entscheidenden Veränderung geführt hat. Unser Wortschatz hat sich deutlich belebt. Wir „budgetieren“, „flexibilisieren“, „dezentralisieren“ und „entbürokratisieren“.

(Meinhard Füllner [CDU]:
Scheinprivatisierungen!)

Wir wollen Produkte bilden und Produktlisten erstellen. Der Controller, die Controllerin ist genauso fest im Sprachgebrauch wie die Outputorientierung und die Kosten/Leistungs-Rechnung. Produktteams sind unsere Zukunftsvisionen. Outsourcing und das Bilden von

Kennzahlen werden zum Tagesgeschäft dazugehören, als hätten wir nie etwas anderes gemacht.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das ist eine bürokratische Sprache!)

Hoffentlich meinen wir in unserer verbalen Übereinstimmung auch alle das Gleiche, damit es nach dem Vollzug all der Modernitäten kein böses Erwachen gibt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Guten Morgen, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte über **Entbürokratisierung** oder Verschlinkung des Staates erinnert mich mittlerweile - und Sie wahrscheinlich auch - an die „Unendliche Geschichte“, denn es vergeht ja wohl kaum eine Plenarsitzung, in der wir diese Debatte nicht führen. Herr Kollege Kayenburg und ich, Frau Kollegin Erdsiek-Rave und - ich nehme an - Frau Fröhlich von den Grünen werden heute erneut mit der Ministerpräsidentin

(Anke Spoorendonk [SSW]: Ich auch!)

- Entschuldigung, Frau Kollegin Spoorendonk natürlich auch - über das weitere Vorgehen im Bereich der Entbürokratisierung in Schleswig-Holstein und im Bereich der Modernisierung der Verwaltung sprechen.

(Meinhard Füllner [CDU]: Wir warten gespannt auf das Ergebnis!)

Es wird - wie immer - auch hier Ergebnisse geben.

(Meinhard Füllner [CDU]: Sichtbare!)

- Auch sichtbare, denn wir werden ja das Haus der Ministerpräsidentin auch wieder verlassen.

(Heiterkeit)

In den letzten Wochen und Monaten haben wir uns hier in diesem Hause häufig über Fragen der Verwaltungsmodernisierung unterhalten. Dabei hatten wir wiederholt das Problem, daß wir uns über den

tatsächlichen Stand der Maßnahmen nicht einig waren. Ein Teil der offenen Fragen wurde durch die mittlerweile veröffentlichten Reformvorschläge dieser Landesregierung beantwortet, so daß sich der Fragenkomplex zur Funktionalreform inzwischen zum größten Teil erledigt hat. Deshalb möchte ich zu diesem Teil der Anfrage keine Stellungnahme abgeben.

In einigen anderen Bereichen kann mit den Antworten der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU der Schleier über das Vorgehen der Landesregierung zumindest ein wenig gelichtet werden, wenigstens in den Bereichen, in denen die Landesregierung nicht gemauert hat.

Es ist bedauerlich, daß sich die Landesregierung der Beantwortung von unangenehmen Fragen durch das Beantworten von Fragen entzieht, die eigentlich gar nicht gestellt worden sind.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Die F.D.P.-Fraktion hat in der interpretatorischen Ermittlung des Sinngehalts von Antworten spätestens seit der Großen Anfrage zur Lage der Polizei Übung. Trotzdem wäre es im Sinne aller Parlamentarier, aller Abgeordneten gewesen, wenn die Antworten einen etwas größeren Wirklichkeitsbezug gehabt hätten. Die meisten Erkenntnisse lassen sich deshalb aus dem Vergleich der Aussagen der Landesregierung an anderer Stelle und den Antworten auf die Große Anfrage gewinnen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Beispielsweise antwortet die **Landesregierung** stereotyp auf die Vorwürfe der Opposition, sie plane und prüfe, führe Modellversuche durch und setze dann nichts um, daß dies nicht stimme und sie bei der **Verwaltungsreform** schon sehr weit vorangekommen sei, ja, daß sie bundesweit führend sei. Jetzt gibt sie in der Antwort auf Frage I.2 selbst zu, daß tatsächlich noch keine Maßnahme in großem Umfang umgesetzt worden ist.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Hört, hört!
- Holger Astrup [SPD]: Das ist doch kein Widerspruch!)

Wörtlich heißt es da, Herr Kollege Astrup:

„Aussagen über das Ausmaß der Effizienzsteigerungen und den Umfang der Kosteneinsparungen können erst dann getroffen

werden, wenn die im wesentlichen modellhaft durchgeführten Modernisierungsmaßnahmen abgeschlossen,“

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Hört, hört!)

„evaluiert und in den jeweiligen Verwaltungsbereichen umgesetzt worden sind.“

(Holger Astrup [SPD]: Logisch!)

Nach dieser Antwort kann sich die Landesregierung den immer wiederkehrenden Verweis auf ihre angebliche Vorreiterrolle bei der Verwaltungsmodernisierung sparen, denn die gleichen Antworten erhalten Sie flächendeckend, Herr Kollege Astrup, in den anderen Bundesländern und im Bund.

Es gibt eindeutig ein **Umsetzungsdefizit** in der Regierung. Ich verweise dazu auch wieder nur auf die Bemerkungen des von Ihnen so genannten „heimlichen Oppositionsführers“, des Landesrechnungshofs, der dies ja in seinen Bemerkungen 1997 ebenfalls festgestellt hat. Dieses Defizit machen nicht nur die vorliegenden Antworten deutlich; auch Präsident Korthals hat - wie gesagt - darauf bereits hingewiesen.

So wurden im Rahmen der **Aufgabenkritik** im **Landwirtschaftsministerium** 1.192 Vorschläge erarbeitet. Nach der Überprüfung in den Workshops blieben davon 801 Vorschläge übrig. 692 wurden von der Lenkungsgruppe übernommen, und davon sollen bis zum heutigen Tag angeblich 222 Vorschläge umgesetzt worden sein.

Das Ergebnis sieht wie folgt aus: Sechs Stellen wurden angeblich eingespart. Dummerweise hat das freigesetzte Personal andere Aufgaben übernommen, so daß effektiv gar nichts eingespart wurde.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Hört, hört!)

Die Planstelle A 9, die tatsächlich wegfiel, ist nicht als Folge der Aufgabenkritik weggefallen, sondern dieser Wegfall stellt ausweislich des Haushaltsplans 1997 den vorweggenommenen Vollzug eines kw-Vermerks dar. Zu deutsch: Die Stelle wurde einfach gestrichen. Der Berg kreißte und gebar eine Maus.

Ansonsten sind die Erfolge im Personalbereich nicht sehr groß. Das Leitbild vermittelt eher den Eindruck einer postsozialistischen Revival-Aktion nach dem berühmten Erichschen Motto: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“, und auch die Erfolge der

Personaleinsparungsbemühungen sind nicht gerade berauschend.

Es waren ja auch Sozialdemokraten bei der DBB-Jugendveranstaltung anwesend, auf der von dem Vorsitzenden selbst hoch und heilig versprochen wurde, er werde sich an der Aktion, das Leitbild künftig weiter zu verteilen, nicht mehr beteiligen, weil er die Realsatire und das, was ihm dort entgegenschläge, nicht weiter auf seine Schultern nehmen wolle.

Als Finanzpolitiker möchte ich überhaupt nicht darauf eingehen, an welchen Stellen der Landesverwaltung Personal auf- und abgebaut wurde. Geld kostet jede Stelle, egal, wo sie angesiedelt ist. Wichtig sind der **Gesamtpersonalbestand** des Landes und seine **Kosten**. Da sieht es trostlos aus; Kollege Kayenburg hat darauf hingewiesen. Ganze 114 Stellen wurden im Jahre 1997 eingespart - nachzulesen in den Bemerkungen des Rechnungshofs 1997. Der Personalkostenanteil des Landes hat die 40-%-Marke übersprungen. Diese Beispiele lassen sich beliebig fortsetzen.

Die Bestandsprüfung von **Verordnungen** und **Verwaltungsvorschriften** hat überhaupt noch nicht stattgefunden. Das eigentliche Ziel, gesetzliche oder untergesetzliche Regelungen völlig zu streichen, findet überhaupt keine Erwähnung. Es wird unter den Begriff „Bereinigung“ subsumiert. Eine konkrete Zahl, wie viele Regelungen tatsächlich gestrichen wurden, sucht man vergeblich. Dies ist aber doch die Voraussetzung dafür, Frau Kollegin Kähler, daß wir überhaupt zu Personaleinsparungen und zur Verschlankung des öffentlichen Dienstes kommen, daß wir Regelungen und Normen wieder außer Kraft setzen, die bisher Personal binden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die **Kosten- und Leistungsrechnung** ist eines der zentralen Elemente der Verwaltungsmodernisierung und sollte schnellstmöglich eingeführt werden. Natürlich gibt es über einen umfassenden Einführungsplan noch keinen Beschluß des Kabinetts. Er soll - so haben wir gehört - im Mai gefaßt werden; Mai hatten wir aber bereits. Das ist aber auch gut so.

Als Mitglied des Finanzausschusses bin ich vor kurzer Zeit in den Genuß des Controlling-Berichts der Staatskanzlei gekommen, der sich bei näherer Betrachtung als eine Ist-Liste mit der Angabe von prozentualen Abweichungen entpuppte, die jeder

verständige Mensch mit einem Taschenrechner selbst bestimmen könnte.

Die Implementierung der Kosten- und Leistungsrechnung in der Staatskanzlei mit einem Anteil am Gesamthaushaltsvolumen von 0,1 % und 143 Planstellen läuft seit drei Jahren. Angesichts der erzielten Ergebnisse darf es als ein Ausweis des verantwortungsvollen Umgangs mit Steuergeldern gelten, wenn in diesem frühen Stadium des Modellversuchs auf eine schnelle Umsetzung in anderen Bereichen der Ministerialverwaltung verzichtet wird.

Übrigens haben wir auch gehört, daß es angeblich an EDV-Programmen fehlt - nach drei Jahren -, um eine Kosten- und Leistungsrechnung in den Ministerien flächendeckend einzuführen.

Die dezentrale Fach- und Ressourcenverantwortung als ein weiteres zentrales Modernisierungselement wurde sogar nur bei einer Verwaltungsabteilung, der Forstverwaltung, eingeführt.

Man sieht, Schleswig-Holstein ist tatsächlich viel weiter, als von der Opposition behauptet wird - das Land ist ganz weit vorn!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Antworten der Landesregierung haben deutlich gemacht, daß das Land bei der flächendeckenden Umsetzung der **Verwaltungsreform** über das **Versuchsstadium** noch nicht hinausgekommen ist. Auf 21 Seiten können wir die Modernisierungsvorhaben der Landesregierung seit 1988 begutachten. In bester Absicht wurde und wird alles mögliche ausprobiert. Warum und mit welchem Ziel dies aber geschieht, sucht man vergebens.

Solange die Landesregierung das Ziel ihrer Bemühungen mit nichtssagenden Allgemeinplätzen wie „die Verwaltung soll effizienter, bürgernäher und moderner werden“ beschreibt, so lange wird es ihr auch nicht gelingen, die Einzelmaßnahmen zu einem umsetzbaren Gesamtpaket zu bündeln.

Es ist unzweifelhaft richtig, Referate in Ministerien zusammenzulegen oder die Reinigung von öffentlichen Gebäuden an Privatfirmen zu vergeben. Aber das darf doch nur der Anfang sein. Die **Eriedigung öffentlicher Aufgaben** - damit greife ich auf, was Frau Kollegin Heinold gerade eben gesagt hat - muß in einem viel größeren Umfang auf **Effizienzreserven** hin überprüft werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Zudem sehe ich nicht den Willen, tatsächlich Kompetenzen und auch Verantwortung zu delegieren. Ich kann für meine Fraktion über die Gründe nur spekulieren, aber alle Untersuchungen über Reformvorhaben stellen fest, daß die Abgabe von Einfluß, wie sie mit einer Dezentralisierung von Verantwortung zwingend einhergehen muß, die politischen Spitzen der Verwaltung zurückschrecken läßt.

Ich hoffe im Interesse des Landes, daß ich mich täusche, aber ich sage Ihnen voraus: Wir werden noch im Jahre 2000 die gleiche Debatte mit den gleichen Argumenten führen und nicht wesentlich weiter sein als heute - das befürchte ich -, was die Frage der Entbürokratisierung des Staates angeht.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Die **Große Anfrage der CDU** trägt den Titel „Weniger Bürokratie in Schleswig-Holstein“. Ob diese Große Anfrage ein Beitrag zu weniger **Bürokratie** ist, will ich angesichts des Umfangs der Antwort einmal dahingestellt sein lassen. Sie ist aber Grund genug, den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Staatskanzlei dafür zu danken, daß sie in relativ kurzer Zeit ein sehr umfangreiches Material zusammengetragen haben.

Die Antwort auf die Große Anfrage enthält keine entscheidend neuen Fakten oder Aussagen. Im großen und ganzen hält die Landesregierung an ihrem Konzept zur öffentlichen Verwaltungsreform fest. Viele der hinterfragten Bereiche dieser Anfrage - wie Modernisierung, Aufgabenkritik, Personalpolitik, Privatisierung, Kommunalisierung und so weiter - sind in den letzten Monaten schon intensiv in der Öffentlichkeit und auch hier im Landtag diskutiert worden. Hinzu kommt, daß viele der Fragen der CDU zur zukünftigen Entwicklung etwa der Kommunalisierung oder der Privatisierung von der Landesregierung nicht beantwortet werden können, weil man sich doch gerade jetzt im Entscheidungsprozeß befindet.

Trotzdem begrüßt es der SSW, daß die **Landesregierung** durch diese Große Anfrage die

Möglichkeit bekommen hat, einige ihrer Schritte bei der bisherigen **Verwaltungsreform** näher zu erläutern. Auch sind einige der dargestellten Übersichten und Daten durchaus von Interesse. Ich betone ausdrücklich das Wort „einige“, weil wir der Meinung sind, daß andere in dieser Anfrage geforderten Informationen überflüssig sind oder nur etwas aussagen, was ohnehin von vornherein allen Beteiligten bekannt war.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber dazu später mehr!

Ich möchte heute nur auf wenige Aspekte eingehen, die dem SSW unmittelbar wichtig erscheinen. Ich gehe davon aus, daß wir uns im Ausschuß mit den Ergebnissen dieser Anfrage insgesamt noch beschäftigen werden.

Wenn durch die Fragestellung der CDU der Eindruck erweckt werden soll, daß die Landesregierung bei den Verwaltungsreformen zu langsam vorangegangen ist, so möchte ich dies im Namen des SSW ausdrücklich zurückweisen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Nach unserer Meinung bestätigen die Erläuterungen zu den einzelnen Schritten seit 1990, daß es richtig war, erst die Problemstellung zu analysieren, Ziele zu formulieren und **Aufgabenkritik** durchzuführen, bevor man an die Umsetzung der Reformen geht.

„Erst denken, dann handeln“, sagt ein altes Sprichwort. Gerade in einem so sensiblen Bereich wie der Reform von öffentlichen Behörden, die Dienstleistungen für die Bürger und Bürgerinnen unseres Landes erbringen, gilt dies in besonderem Maße, auch deshalb, weil mit den **Strukturreformen** eventuell **Arbeitsplätze** abgebaut werden. Wer bei jeder Gelegenheit nach dem schlanken Staat ruft, sollte auch daran denken, daß in den Landesbehörden Menschen aus Fleisch und Blut arbeiten, die sich Sorgen um ihre Zukunft machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Zielsetzung der Landesregierung in ihrer Personalpolitik, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in diesen Prozeß aktiv einzubeziehen, wird deshalb auch vom SSW geteilt. Dies muß dann aber auch konsequent in allen Bereichen und Phasen der Strukturreform umgesetzt werden.

Die Ziele der Modernisierungsbemühungen, die von der Landesregierung angegeben werden, können wohl alle Fraktionen des Landtages unterschreiben. Eine Verwaltung, die ihre Dienstleistung flexibel, qualitätsbewußt, schnell und kostengünstig für die Bürger und Bürgerinnen dieses Landes zur Verfügung stellt, sollte für einen modernen Staat selbstverständlich sein.

Wir erkennen an, daß die Landesregierung seit den Empfehlungen der **Enquetekommission** bei dieser Zielsetzung vorangekommen ist. Trotzdem ist noch ein weiter Weg zu gehen, und die Kontrolle dieser Zielsetzung ist schwierig. Was ist beispielsweise unter dem Begriff „schnell“ zu verstehen, wenn gleichzeitig die Qualität der Dienstleistung gewährleistet sein soll?

Die dänische Regierung will im Herbst einen interessanten Versuch in diesem Bereich unternehmen. Um zu verhindern, daß die Bearbeitung von Anträgen zu lange dauert, sollen die öffentlichen Verwaltungen Zeitvorgaben für die verschiedenen Verwaltungsvorgänge ausarbeiten. Die **Zeitvorgaben** sollen regional von den einzelnen **Behörden** selbst ausgearbeitet werden, und diese Zeitvorgaben sollen den Bürgern und Bürgerinnen die Möglichkeit geben, zu klagen, wenn bestimmte Anträge nicht in der vorgesehenen Zeit bearbeitet werden. Ich finde diese Idee gut, weil sie den Menschen direkt die Möglichkeit gibt, die Verwaltung zu kontrollieren, und auch zu einem Dialog zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern beitragen kann.

Das Steckenpferd der CDU-Fraktion, nämlich die Frage, ob das Land **Beamte** oder **Angestellte** als Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen beschäftigen soll, durfte natürlich auch in dieser Großen Anfrage nicht fehlen. Auch noch so viele Statistiken und Zahlen werden den SSW nicht von der Überzeugung abbringen, daß ein moderner Staat Beamte nur in seinen Kernbereichen wie beispielsweise bei der Polizei, beim Militär oder in den Ministerien beschäftigen sollte.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zudem sind wir immer noch davon überzeugt, daß Angestellte längerfristig billiger sind als Beamte. Aber das ist für uns nicht der entscheidende Punkt. Wir wehren uns gegen das, worauf die CDU in ihrer Fragestellung hinweist und worauf der Deutsche Beamtenbund auch noch stolz ist, daß man nämlich

durch das Beamtenrecht den Beamten und Beamtinnen seitens des Dienstherrn einfach einseitig Regelungen beziehungsweise Maßnahmen wie beispielsweise längere Dienstzeiten aufzwingen kann. Dieses preußische Ideal vom Staatsdiener sollte auf Hoheitsbereiche beschränkt sein. Ein moderner, demokratischer Staat sollte seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen andere Arbeitsbedingungen bieten.

Sehr verwundert hat mich die Frage, wie viele Neueinstellungen mit Personal aus anderen Bundesländern vorgenommen worden sind. Ich frage mich, ob die CDU eine Landeskinderklausel oder eine Quote für Landeskinder einführen will

(Meinhard Füllner [CDU]: Das ist doch Quatsch!)

oder was denn überhaupt die Absicht ist. Wenn das nämlich so ist, will ich schon einmal vorsorglich anmelden, daß der SSW gern eine Quote im Landesdienst für Angehörige der dänischen Minderheit hätte.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch die Übersicht darüber, wie viele Textseiten das Gesetz- und Verordnungsblatt sowie das Amtsblatt Schleswig-Holstein in den Jahren von 1979 bis 1996 hatte, sagt bei genauerer Betrachtung - -

(Meinhard Füllner [CDU]: Warten Sie einmal ab! Das ist schon ganz wichtig! Das muß man nur richtig gelesen haben!)

- So wie ich das gelesen habe, sagt das überhaupt nichts aus - das mag an mir liegen; ich lasse mich gern belehren -, und zwar auch dann nicht, wenn man diese Textseiten in neue Erlasse, Änderungen und Neubekanntmachungen von Gesetzen und Verordnungen aufteilt. Wenn damit bewiesen werden soll, daß die Landesregierung das Land mit Gesetzen und Verordnungen überschwemmt hat, wird vergessen, daß nach 1988 eine ganze Reihe von neuen Gesetzen entstanden ist, die ja durchaus auch als Beitrag zur Modernisierung des Landes aufgefaßt werden können.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
- Martin Kayenburg [CDU]: Dann haben Sie es doch nicht richtig gelesen!)

Hinzu kommt, daß durch das Projekt der Bereinigung von **Verordnungen** und **Verwaltungsvorschriften** die **Gesetze** und Verordnungen natürlich verändert werden, und somit erscheinen sie auch in den Gesetzesblättern.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Auch die Vereinfachung von Verwaltungsvorschriften muß sorgfältig überprüft werden und dauert deshalb ihre Zeit. Wir haben es ja nicht nur mit einem schleswig-holsteinischen Phänomen zu tun. Ich halte im Grunde genommen nichts davon, immer wieder auf die Bundesebene hinzuweisen. Aber wir haben es wirklich mit einem bundesdeutschen Komplex zu tun.

Aus der Antwort auf die Große Anfrage geht hervor, daß schon über 3.000 Vorschriften überprüft worden und eine große Anzahl geändert worden ist. Also, so wie ich das verstanden habe, arbeitet man daran, diese Vereinfachung jetzt auch wirklich zügig voranzutreiben.

Bei der **Privatisierung** von Landesbehörden und Landesaufgaben ist die Landesregierung noch nicht sehr weit gekommen. Aber wie ich schon bei der Debatte über die Consulting-Leistungen sagte, ist für den SSW nicht die Rechtsform entscheidend, sondern die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Behörden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Schlie.

Klaus Schlie [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Kähler, ich komme aus Mölln. In der Nähe von Mölln liegt Ratzeburg. Der Rudertrainer Karl Adam hat dort seinen Gold-Achter folgendermaßen trainiert. Er hat gesagt: Jungs, erhöht die Schlagzahl, dann erhöht ihr auch die Geschwindigkeit. - Nur dies zu dem Begriff der schlagkräftigen Verwaltung.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Die Landesregierung hat uns und die Öffentlichkeit seit 1988 mit großen Ankündigungen, Versprechungen - man kann fast sagen: mit Frohlockungen - überzogen und unterhalten. Insofern muß man neidlos anerkennen, Frau Ministerpräsidentin: Die Luftheiterkeit beim Thema

Entbürokratisierung und Beamtenschelte hatten Sie erobert, zumindest in den deutschen Talkshows. Was ist nun aber tatsächlich in praktische Politik umgesetzt worden?

Die Schlagworte hießen: Entbürokratisierung, Abbau von Hierarchiestufen, Verkürzung der Dienstwege, Verkleinerung der Ministerien, Verwaltungsmodernisierung, Funktionalreform, Eindämmung der Normenflut. Und dann natürlich das Lieblingsthema der Ministerpräsidentin: die Entbeamtungspolitik, aus ihrer Sicht offensichtlich der Schlüssel zur Konsolidierung der Staatsfinanzen!

Unsere Große Anfrage zum Thema „Weniger **Bürokratie** in Schleswig-Holstein“ und Ihre Antworten verdeutlichen nun, was wirklich Sache ist in unserem Lande. Die aufgrund dramatischer finanzieller Engpässe dringend notwendige **Verwaltungsreform** mit dem Ziel größerer Effektivität, Effizienz und Bürgernähe und notwendigerweise natürlich mit dem Ziel personeller Einspareffekte ist zugegebenermaßen schwierig umzusetzen. Den Königsweg hat niemand in der Tasche, auch Sie nicht, Frau Ministerpräsidentin.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

- Was zum Erfolg notwendig ist, sind nicht Sprüche, sondern Konzepte, Frau Kähler. Wer wie die SPD-Regierungen Engholm und Simonis konzeptionslos vor sich hinwurschtelt, wer den eigentlichen Motor der Reformbewegung, nämlich die Staatsbediensteten selbst, mit Häme und Spott überzieht, der muß sich nicht wundern, wenn Schleswig-Holstein bei der Modernisierung zwar Schrittmacher der Ankündigung, aber Oberbremser bei der Umsetzung ist. Das ist Fakt.

(Beifall bei der CDU)

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage ist in dieser Hinsicht ein Armutszeugnis und ein Dokument der Hilflosigkeit. Sie zeigt aber auch - was noch schlimmer ist -, daß die Landesregierung mit ihrer Politik der letzten zehn Jahre genau das Gegenteil einer soliden Finanz- und Haushaltspolitik bewirkt hat. Die **Ministerialbürokratie** ist aufgebläht: nicht neun Stellen, sondern 500. Vergleichen Sie einmal die Stellenpläne von 1988 und 1997.

(Ursula Kähler [SPD]: Denken Sie an die vielen schwarzen Stellen vorher!)

Der **Haushalt** ist, unabhängig von externen Einflüssen, durch eine ideologisch ausgerichtete Personal- und

Klientelpolitik schuldhaft und verantwortungslos an die Wand gefahren worden.

(Beifall bei der CDU)

Wenn gesagt wird, der Landesregierung stehe das Wasser bis zum Hals, so ist das ein geschöntes Bild. Der Haushalt ist verloren, wenn nicht heute, dann morgen. Das steht doch fest.

(Beifall bei der CDU)

Ihre Modernisierungsbemühungen - jedenfalls die, die ernstgemeint sind - können nicht fortgeführt werden, weil kein Geld mehr da ist oder weil in der Vergangenheit die falschen Schwerpunkte gesetzt worden sind. Die Einführung der notwendigen **Kosten- und Leistungsrechnung**, von **Controlling** und anderen betriebswirtschaftlichen Steuerungsinstrumentarien, die den Staat wettbewerbsfähig machen sollen, wird abgebrochen, weil die nötigen Finanzmittel fehlen. Das ist Fakt. Darüber können wir doch nicht miteinander streiten. Das können Sie im Haushalt nachlesen.

Ideologisch verblendet und grob fahrlässig ist die **Politik der Entbeamtung**. Auch daran führt kein Weg vorbei.

(Beifall bei der CDU)

Sie ignorieren, Frau Ministerpräsidentin, die Kostenexplosion, die diese unsinnige Politik zur Folge hat, und dies alles nur, damit Sie Ihr Gesicht nicht verlieren. Entgegen allen Expertenmeinungen aus Gewerkschaftskreisen, von unabhängigen Wirtschaftsinstituten, der Rechnungshöfe des Bundes und aller Bundesländer tun Sie dies. Selbst aus SPD-geführten Bundesländern und in Ihrem engsten Umfeld haben Sie Widerstand gespürt. Aber das macht Ihnen nichts aus. Sie machen weiter mit Ihrer kostenintensiven und ruinösen Personalpolitik.

Die Reaktion auf unsere Frage, welche Vorteile die Regierung durch die vermehrte Einstellung von Angestellten erwartet, ist der Beweis für den Unsinn dieser Politik. Sie werden nachlesen können: Die Frage wird nicht beantwortet. Sie wird nicht beantwortet, weil sie nicht beantwortet werden kann.

Seit 1988, beginnend mit dem Aufbau der sogenannten Denkfabrik, wurde die **Modernisierungsdiskussion** von seiten der Landesregierung mit einer Reihe von Forderungen und angeblichen Defiziten in der

schleswig-holsteinischen Landesverwaltung am Leben erhalten.

Was hat sich tatsächlich geändert? Worin liegt die Effizienzsteigerung? - Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU spricht für sich.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

Die Stichworte waren Schlagworte und sind leere Worte.

Abbau von Hierarchiestufen! - Nehmen wir dieses Beispiel. Fehlanzeige! Lesen Sie nach auf Seite 20. Was die Regierung seit 1988 hier aufgebaut hat, soll jetzt langsam wieder abgebaut werden.

Verkürzung der Dienstwege - nächstes Stichwort! - Fehlanzeige! Lesen Sie nach auf Seite 21.

Verkleinerung der Ministerien! - Das Gegenteil ist eingetreten. Lesen Sie nach auf Seite 35. Sie haben beispielsweise in den Leitungsbereichen der Ministerien die Zahl der Stellen fast verdoppelt. Herr Kollege Puls, Sie als Parlamentarier sind doch auch mit verantwortlich. Sagen Sie Ihrer Regierungschefin, daß sie das wieder rückgängig machen soll.

(Beifall bei der CDU)

Nächstes Stichwort: **Funktionalreform!** - Fehlanzeige! Jetzt beginnt erst die ernsthafte Diskussion mit den Kommunen darüber. Lesen Sie nach auf Seite 69.

Personalentwicklungskonzept! - Fehlanzeige! Lesen Sie nach auf Seite 24.

Eindämmung der **Normenflut!** - Das Gegenteil ist eingetreten. Da nützt die Häme nichts, daß Sie die Zahl der Seiten von Gesetzestexten zählen mußten. Es beweist nämlich eines ganz eindeutig - wenn Sie einmal gucken - :

(Der Redner hält ein Blatt hoch)

Bis 1987/88 waren die Seiten der Gesetzestexte auf diesem Niveau, anschließend sind sie auf dieses Niveau gestiegen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Höher halten!)

Der Herr Kollege Kayenburg hat schon deutlich gemacht, daß die Qualität der Gesetze damit überhaupt nicht in Zusammenhang steht; die ist nämlich nicht angehoben worden.

(Beifall bei der CDU)

Privatisierung von Aufgaben! - Fehlanzeige! Lesen Sie nach auf Seite 81 ff.

Völlig bloßgelegt wird die Landesregierung mit ihrer Initiative, Artikel 33 Abs. 5 des Grundgesetzes zu ändern, obwohl auch für sie schon lange erkennbar ist, daß dies auf Bundesebene - weil überflüssig - nicht mehrheitsfähig ist. Selbst der SPD nahestehende Gewerkschaften unterstützen eine derartige Grundgesetzänderung nicht. Sie ist eben auch nicht notwendig.

Die durch die neue Dienstrechtsreform ermöglichte **Teilzeitbeschäftigung für Beamte** ist von Schleswig-Holstein bisher nicht in Anspruch genommen worden. Ich frage Sie: Warum eigentlich nicht? Die Landesregierung macht von der Teilzeitregelung einfach keinen Gebrauch, weil sie irrigerweise offenbar immer noch davon ausgeht, daß dies nur durch eine Grundgesetzänderung möglich sei. Andere Länder haben dazu schon Gesetzentwürfe eingebracht. Auch der Deutsche Beamtenbund hat bereits Position bezogen. Aber Sie fassen keine entsprechenden Beschlüsse.

Diese Haltung der Landesregierung ist völlig unverständlich und widerspricht den ständig wiederholten Forderungen nach mehr Teilzeitarbeit. Frau Ministerpräsidentin, Sie sollten jetzt endlich Nägel mit Köpfen machen und den Modernisierungsprozeß in unserem Land tatsächlich voranbringen. Seien Sie öfter hier vor Ort! Seien Sie öfter in Verbindung mit den Gedanken, die Sie in Ihrem Leitbild aufgestellt haben, mehr Partner und tatsächlich das Vorbild Ihrer Landesbediensteten! Seien Sie weniger in Talkshows! Dann wird es vielleicht gelingen.

(Beifall bei der CDU)

Es gilt, **Aufgabenanalyse** und **Aufgabenkritik** tatsächlich wirksam umzusetzen. Wir sind bereit, diesen Weg gemeinsam mit Ihnen zu gehen. Ein Angebot zur Zusammenarbeit im Bereich der Funktionalreform ist von uns mehrmals deutlich gemacht worden. Hier kann ein erster tatsächlicher Ansatz gemacht werden, um ein Stückchen

voranzukommen und von der Ankündigung weg hin zu wirklichen Reformen zu kommen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Kähler.

Ursula Kähler [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn ich die Rede des Kollegen Schlie nachvollziehe, stelle ich fest: Er befindet sich immer noch im ersten Viertel dessen, was vielleicht einmal vor fünf Jahren aktuell als Zielvorgabe durch diese Landesregierung verdeutlicht worden ist. Das zeigt auch, daß Sie die Antwort auf Ihre Große Anfrage nur im ersten Viertel gelesen haben. Das gilt auch für die Kollegen Kubicki und den Oppositionsführer Kayenburg. Deutlich geworden ist, daß alles das, was Sie hier vorgetragen haben, Verbalinjurien waren,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was?)

- Sie sind nicht auf einen einzigen Punkt eingegangen -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt doch gar nicht!)

daß Sie alles das, was nicht nur tabellarisch dargestellt worden ist, sondern auf das auch hingewiesen worden ist - auf Umdrucke, die vor Jahren oder in den letzten zwei Jahren dem Finanzausschuß oder den Fachausschüssen durch die Landesregierung zur Verfügung gestellt worden sind und die den **Modernisierungsprozeß** und den jeweiligen Sachstand der **Umsetzung** darlegen -, überhaupt nicht zur Kenntnis genommen haben. Das läßt mich zu der Erkenntnis kommen, daß, wenn ich nicht wüßte, daß Sie gesund sind, ich Ihnen glatt unterstellte, Sie hätten ein krankhaftes selektives Wahrnehmungsvermögen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wenn Sie ernsthaft behaupten, es habe sich nichts bewegt,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir haben gesagt, es hat sich viel bewegt, aber es ist nichts dabei herausgekommen!)

und Sie, Herr Kayenburg, behaupten, es gebe nicht einmal Zielvorgaben, darf ich Sie an

Gesetzesänderungen erinnern. Diese haben möglicherweise nicht in allen Punkten Ihre Zustimmung gefunden, aber es hat - wie auch in anderen Gesetzgebungsverfahren - Modernisierungs- und Entbürokratisierungsprozesse gegeben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wo das?)

Ich möchte mich auf das kommunale Verfassungsrecht und hier insbesondere auf das Gemeindefinanzrecht beziehen. Hier hat sich eine ganze Menge bewegt.

Hier wird gesagt - Herr Kubicki, Sie haben das etwas differenzierter dargestellt, was die **Funktionalreform** angeht; auch das ist auf den entsprechenden Seiten, allerdings weiter hinten, Herr Schlie, zu lesen -,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

daß sich bei der Funktionalreform sehr wohl enorm etwas bewegt hat.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Lassen Sie mich noch etwas sagen. Wer glaubt, den Modernisierungsprozeß innerhalb von ein oder zwei Jahren über die Bühne zu bekommen, macht die Rechnung ohne die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist eine dauernde Aufgabe!)

- Eben! Das kann man wohl sagen!

Das ist keine Einbahnstraße. Auch die kommunalen Gebietskörperschaften sind aufgefordert, diesen Prozeß von sich aus zu begleiten

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie müssen doch mit gutem Beispiel vorangehen!)

und Änderungen umzusetzen. Spätestens dann, wenn es darum geht festzustellen, daß es sich um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter handelt, mit denen wir hier zu tun haben, wenn wir verschlanken wollen, wenn wir reduzieren wollen, was die **Personalsituation** angeht - wie Sie das gern wollen; wir sagen: es kommt letztlich in der Bilanz auf die Kosten an -, würde ich zumindest von Herrn Kubicki erwarten, daß er diesen Prozeß nicht von heute auf morgen umgesetzt haben will. Wir haben nämlich

Gesetzesregelungen, für die wir nicht selber verantwortlich oder zuständig sind. Herr Kubicki, Sie wären sicherlich der erste, der diese Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter gegen diese Landesregierung vor Gericht vertreten würde,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nichts! Ich mache kein Dienstrecht!)

wenn es darum geht, daß bestimmte Kriterien im Vorwege nicht eingehalten worden sind. Also ist es ein Prozeß, von dem wir auch am 31. Januar 1995 festgestellt haben, daß er nicht von heute auf morgen und nicht schnell umzusetzen ist. Das heißt, er bedarf begleitender Maßnahmen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich vertrete doch nicht alles, Mensch!)

Hier ist auch gesagt worden, es habe sich im Bereich **Aufgabenkritik** und **Aufgabenanalyse** nichts getan. Auch das ist nicht richtig. Es hat im Vorwege bereits - auch das ist in der Antwort auf die Große Anfrage nachzulesen - Übertragungen auf kommunale Bereiche gegeben, und zwar sowohl im polizeilichen Bereich als auch aus dem Bildungsministerium, Wirtschaftsministerium heraus, was Widerspruchsverfahren und so weiter angeht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber doch nur der finanziellen Not gehorchend!)

Es sind doch kleine Schritte. Sie können in einer solchen Situation keine Riesenschritte mit Meilenstiefeln machen. Sie müssen nicht nur ein Gesetz und eine Richtlinie ändern. Sie haben auch noch zu berücksichtigen, daß das Parlament im Rahmen seiner Kontrollfunktion der Regierung monatlich, manchmal täglich zusätzliche Aufgaben unterjubelt, indem Große Anfrage, Kleine Anfragen, Berichtsansträge et cetera gestellt werden. Das bindet doch auch Kräfte. Man kann doch nicht an allen Stellen gleichzeitig wuseln.

Was mich in dieser Diskussion heute wirklich sehr geärgert hat, ist, daß Sie immer wieder behaupten, es habe keinen Personalabbau gegeben, im Gegenteil, es sei ein aufgeblähter **Personalhaushalt**.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt doch!)

Ich erinnere Sie daran, daß es unendlich viele schwarze Stellen gegeben hat, die diese Landesregierung doch erst einmal in ordentliche Arbeitsverhältnisse überführen mußte.

(Meinhard Füllner [CDU] und Martin Kayenburg [CDU]: So ein Unsinn!)

Diese Menschen können Sie doch nicht einfach so nach Hause schicken.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was ist das denn? - Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Zu dem Zeitpunkt waren Sie ja nicht hier.

Diese Landesregierung hat mit Sicherheit nicht mit Kettenverträgen gearbeitet.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die haben alle in der SPD-Fraktion gearbeitet!)

Ich bitte Sie alle, den Gegenstand dieses **Berichts** in seiner Gänze als das zu beurteilen, was er ist, nämlich ein Prozeß auf dem Weg zur **Modernisierung** und zum Gestaltungsspielraum bei der **Entbürokratisierung**.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Alles Worthülsen!)

In dem Bericht wird nicht alles über einen Kamm geschoren, so daß man sagen könnte, es sei nichts geschehen.

(Beifall der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wirklich alles Worthülsen!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe die Beratung. Es ist Ausschußüberweisung beantragt worden. Das heißt, es ist beantragt worden, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage dem Innen- und Rechtsausschuß zu überweisen. Wird Mitberatung beantragt? - Das ist nicht der Fall. Wer so beschließen, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen!

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 17 und 21 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Rücknahme der Landesverordnung über das Naturschutzgebiet „Elbinsel Pagensand“

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/807

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/814

b) Bericht zur Elbvertiefung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/774

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/804

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Zur Geschäftsordnung!)

Zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin, die F.D.P.-Fraktion übernimmt den Antrag der CDU-Fraktion auf Änderung der Landesverordnung über das Naturschutzgebiet „Elbinsel Pagensand“, so daß wir nur diesen einen Antrag zu beraten haben.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Der F.D.P.-Antrag wird damit zurückgezogen?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja! Oder vielleicht ist es besser so formuliert: Wir schließen uns dem Antrag der CDU-Fraktion an! - Monika Heinold [BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum sagen Sie nicht, daß Sie Ihren Antrag zurückziehen? - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Habe ich doch!)

Zum Bericht der Landesregierung erteile ich jetzt zunächst Frau Ministerpräsidentin Simonis das Wort.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Offensichtlich scheinen Sie jetzt, nachdem die A 20 nichts mehr hergibt,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

die **Elbvertiefung** entdeckt zu haben. Deswegen erkläre ich hier zum xten Mal - damit Sie beruhigt in

das Wochenende gehen können -, was auch andere vor mir schon erklärt haben, daß nämlich die Landesregierung die Elbvertiefung für notwendig hält. Dies haben wir in der Vergangenheit schon mehrfach gesagt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Halten Sie Wort?)

- Waren Sie doch erst einmal ab. Das haben Sie doch schon; das können Sie doch ruhig mit nach Hause nehmen. Lassen Sie mich zunächst einmal weiterreden. Ich kann nicht eine Rede von zehn Minuten in einer Sekunde vortragen.

(Klaus Schlie [CDU]: Warum sind Sie nur immer so arrogant! - Weitere Zurufe)

Wir haben dies bereits in der trilateralen Kabinettsberatung am 9. Dezember 1996 den Kollegen in Hamburg bekanntgegeben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das hilft auch nicht weiter!)

Bei der Konferenz Norddeutschland am 18. April 1997 ist das wiederholt worden, und es kann jetzt auch hier ins Protokoll genommen werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Rechtlich ist das alles noch offen!)

Nach der Ansicht der Landesregierung stellt die Elbvertiefung einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherung und Förderung der **Wirtschaftsentwicklung** in der **Metropolregion Hamburg** dar und strahlt auch nach **Schleswig-Holstein** und **Niedersachsen** aus. Wir wissen sehr wohl, wie viele Arbeitsplätze davon bei uns abhängen. Damit steht dieses Projekt in der gleichen Reihe wie die westliche Elbquerung und die A 20.

Der Transrapid allerdings oder der Großflughafen Kaltenkirchen eignen sich nicht, um als Begründung herangezogen zu werden, daß die Landesregierung sich etwa großen infrastrukturellen Maßnahmen gegenüber nicht vernünftig und aufgeschlossen zeigen würde.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ist sie auch nicht!)

Polemik schadet in diesem Falle nämlich ausgesprochen, meine sehr verehrten Damen und Herren, und vielleicht sollten Sie einmal überlegen, wie es denn dazu kommt, daß ausgerechnet der Vorsitzende

des Unternehmensverbandes in Schleswig-Holstein, der zuständige Wirtschaftssenator und andere sich besonnener geäußert haben, als beispielsweise Sie es getan haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Stimmt nicht!)

- Warten Sie erst einmal ab. Die **Landesregierung** unterstützt die planerischen Vorarbeiten zur Elbvertiefung und die Abstimmungsverfahren, die dazu notwendig sind, nachhaltig.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Wir haben dazu eine **interministerielle Arbeitsgruppe** eingerichtet - das ist ein Teil der Antwort auf Ihre Frage: Was haben Sie noch getan? -, und an dieser Arbeitsgruppe sind beteiligt das Umweltministerium, das Wirtschaftsministerium sowie das Ministerium für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus. Die Federführung liegt bei der Abteilung Landesplanung der Staatskanzlei.

Eine **Bund-Länder-Clearingstelle** besteht bereits, so daß auch der zweite Schritt getan worden ist, um dieses Verfahren umsetzen zu können. Durch diese Clearingstelle soll eine schnelle gegenseitige Information und Zusammenarbeit gewährleistet werden.

Diese politischen Grundsatzentscheidungen, die jetzt in den Gremien aufgearbeitet werden, können allerdings eine sorgfältige Untersuchung, Planung und ein sorgfältiges Abstimmungsverfahren, wie es beispielsweise das Bundesgesetz vorschreibt, nicht ersetzen. Sie sind **gesetzlicher Handlungsrahmen**. Die Ergebnisse müssen einer gerichtlichen Nachprüfung standhalten können. Die Rechtsanwälte unter den Kritikastern können das vielleicht nachempfinden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die haben leider keine Klagemöglichkeit!)

Zum Stand der fachlichen Voruntersuchung und Planung darf ich hiermit folgendes feststellen: Die Untersuchungen zur **Umweltverträglichkeitsstudie** liegen bisher nur im Entwurf vor. Außerdem sind sie noch nicht vollständig. Eine abschließende Bewertung ist deshalb zur Zeit nicht möglich.

Hamburg hat erneut um eine Verlängerung bis in den Sommer hinein gebeten. Deswegen kann ich sagen: Es

ist „Schluß mit lustig“, wenn wir denen entgegenkommen und sagen, wir warten noch ein bißchen, nachdem wir dauernd hören, jetzt sei „Schluß mit lustig“, weil wir so langsam seien. Also, zunächst einmal muß ja wohl die Untersuchung der Hamburger auf den Tisch, damit man sich damit beschäftigen kann.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Was wir schon heute nach den ersten Untersuchungsergebnissen wissen, ist, daß mit gravierenden ökologischen Auswirkungen nicht zu rechnen ist. Unser Ziel ist es jedenfalls, das **Planfeststellungsverfahren** im Sommer dieses Jahres einzuleiten. Unser Ziel ist es, zu einem Abschluß bis zum Ende dieses Jahres zu kommen. Das haben wir mehrfach gesagt. Wir sind auch bereit, das durchzuziehen, wenn wir die Unterlagen rechtzeitig erhalten. Erreicht werden können nämlich diese ehrgeizigen Ziele nur, wenn alle Unterlagen vollständig vorhanden sind, schon allein deshalb, um das Klagerisiko zu minimieren. Das gilt insbesondere für die Umweltverträglichkeitsstudie und den landschaftspflegerischen Begleitplan.

Verantwortlich für die Erstellung und die **Einhaltung des Zeitplans** beziehungsweise die Erstellung der Unterlagen subd Hamburg sowie das Wasser- und Schiffsamt des Bundes in Hamburg.

Nun kann man sagen: Sollen doch die Damen und Herren bitte „in die Puschen kommen“!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Oh ja!)

Je schneller sie uns das schicken, um so schneller fangen wir an.

Die kürzliche **Ausweisung des Naturschutzgebietes „Elbinsel Pagensand“** hat in der Öffentlichkeit einige Fragen aufgeworfen. Dazu kann folgendes festgestellt werden.

Erstens. Mich überrascht die Aufregung; denn die Planung eines Naturschutzgebietes „Elbinsel Pagensand“ läuft seit 1992.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ja wohl schon ein paar Jährchen her und hätte, wenn man gewollt hätte, schon frühzeitig dazu führen können, daß man sich mit dem Thema beschäftigt. Aber nein, es mußte erst etwas in der Zeitung stehen, damit einige Damen und Herren von der rechten Seite dieses

Hohen Hauses wach wurden. „Guten Morgen“ konnte man da nur sagen. Und nun legen sie so richtig los nach dem Motto: Es muß doch möglich sein, diese Region und die Landesregierung durch den Kakao zu ziehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer schreibt Ihnen bloß all Ihre Reden?)

Es ist nicht möglich. Seit 1992 läuft jedenfalls die Planung für dieses Naturschutzgebiet.

In Kenntnis dieses Sachstandes ist am 9. Dezember 1996 in der trilateralen Kabinettsausschußsitzung die Elbvertiefung politisch beschlossen worden,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist keine Rechtsgrundlage!)

nachdem sorgfältig geprüft worden ist, ob sie politisch beschlossen werden kann.

Der Chef der Staatskanzlei hat in einer Pressemitteilung vom 26. Mai 1997 klargestellt,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist auch keine Rechtsgrundlage!)

neue Spülfelder können im Naturschutzgebiet „Elbinsel Pagensand“ angelegt werden, wenn die Umweltverträglichkeitsuntersuchung und der landschaftspflegerische Begleitplan belegen, daß dieser Eingriff zwingend erforderlich ist und keine bessere Alternative gegeben ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist schlicht falsch!)

Das könnten wir wohl abwägen, wenn wir denn die Unterlagen hätten. Ich wiederhole das zum xten Mal,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und dennoch ist es falsch!)

wenn ich es auch langsam satt habe, mich dafür verprügeln zu lassen, daß andere mit ihren Hausaufgaben nicht rüberkommen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Mitteilung war mit dem Umweltminister und dem Wirtschaftsminister abgestimmt. Sie trägt also die Handschrift der gesamten Landesregierung.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann hat die gesamte Landesregierung gepennt!)

Im übrigen hat auch Senator Rittershaus in der „Welt“ vom 6. Juni 1997 eingeräumt, daß ein Naturschutzgebiet „Elbinsel Pagensand“ - ich zitiere - „nur ein theoretisches Verfahrensrisiko darstellt“. - Na bitte! Ein theoretisches Verfahrensrisiko! Darüber kann man sich gern unterhalten. Aber daß Sie immer so aufgeregt sind, beweist mir, daß Sie sonst nichts zu tun haben, außer sich aufzuregen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Zweitens. Die **Umweltverträglichkeit** jedes Großvorhabens und die möglichen Alternativen sind immer sorgfältig zu prüfen, ob innerhalb oder außerhalb eines Naturschutzgebietes - so schreibt es jedenfalls das Gesetz vor. Der Ausgleich für Eingriffe in Natur und Landschaft richtet sich nach der Wertigkeit des Ökosystems und den tatsächlich verursachten Beeinträchtigungen. Die Höhe des Ausgleichs richtet sich nicht nach einem formalen Schutzstatus.

Die Elbvertiefung wird durch die Ausweisung eines Naturschutzgebietes „Elbinsel Pagensand“ weder erschwert noch verteuert. Daran zweifelt selbst die Wirtschaft nicht, jedenfalls sind die entsprechenden Mitteilungen von Herrn Driftmann von uns so verstanden worden.

Da Sie ja sonst immer so gut wissen, was im Bundesrat passiert, brauche ich nur folgendes anzumerken. Im Bundesrat hat der Ministerpräsident des Landes Niedersachsen zu Recht darauf hingewiesen, daß noch eine Paralleluntersuchung läuft, nämlich ob diese Schlicks und Sände nicht unter Umständen in den Kavernen bei Stade sehr viel vernünftiger untergebracht werden können als an anderer Stelle.

(Martin Kayenburg [CDU]: Zitieren Sie doch auch einmal dazu, was Herr Voscherau zu der Sache gesagt hat!)

Da hat der Mann recht. Man kann, wenn man Paralleluntersuchungen macht, jetzt nicht nur die einen prügeln, damit sie endlich rüberkommen, sondern man muß auch die anderen Untersuchungen abwarten, damit man alles miteinander abwägen kann.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sehr gut! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie kommen gar nicht zum zentralen Problem!)

Ja, der Kollege Voscherau hat zum Kollegen Steenblock gesagt, wir mögen bitte der Elbausbaggerung zustimmen, dann könnte man den Verkehr aufs Wasser verlagern. Da hat er recht. Nur: Wenn er mit den Papieren nicht herüberkommt, können wir nicht baggern. So einfach ist die ganze Geschichte.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist gar nicht der Kern des Problems!)

Daß Herr Koppelin das ganze natürlich anders sieht, als die Leute das tun, die etwas davon verstehen, das wundert einen nicht.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es wundert einen nur, daß er immer so lange braucht, bis er seine Knaller losläßt, die von hohem Sachverstand geprägt sind.

(Lachen des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Am 3. dieses Monats hat er laut überlegt,

(Günter Neugebauer [SPD]: Da stimmt selbst Herr Kubicki zu!)

ob das Verfahren nicht doch zu teuer werde. Offensichtlich ist er davon ausgegangen, daß in der Bundeskasse kein Geld ist. Er sagte, der Bund müsse aussteigen, weil das ganze zu teuer werde.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau!)

- Ja, genau. Das ist - wie immer bei Herrn Koppelin - das blinde Tasten nach einem billigen Vorwand, um aus einer gemeinsamen Finanzierung auszusteigen, wobei Herr Koppelin ja laufend nach Ausstiegen aus der Koalition sucht und der Meinung ist, daß die Haushalte zurückgezogen werden müßten. Na ja, er kommt ja aus einer Medienanstalt und weiß, was man tun muß, um in den Medien genannt zu werden. Morgen ist das dann alles wieder vergessen: Was kümmert mich mein dummes Geschwätz von vorgestern? -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Reden Sie jetzt von sich selbst? - Zuruf von der CDU: Dann haben Sie ja etwas gemeinsam!)

Ich habe zwar der Region geschadet, ich habe zwar dem Vorhaben geschadet, ich habe zwar dem Vertrauen in die Finanzierung geschadet, aber das macht bitte fast gar nichts; ich hatte jedoch wieder das Vergnügen, mich selber lesen zu dürfen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Die Elbvertiefung ist jedenfalls gemeinsam zwischen Bund und Ländern und zwischen den Ländern gemeinsam verabredet, sie ist für den norddeutschen Raum strukturpolitisch wichtig. Die Landesregierung steht zu ihrem Wort. Wir sind im übrigen bereit, unsere Untersuchungen beginnen zu lassen. Wir können sofort, wenn die Papiere vorliegen - wir haben unsere Voruntersuchungen gemacht, sorgfältig geprüft -, das Abstimmungsverfahren in Gang setzen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie vernebeln doch schon wieder! Das Problem liegt doch woanders!)

- Oh Mann, Kubicki, wenn Sie einmal nicht am laufenden Meter wie eine aufgezugene Platte reden würden, dann würde es mir wirklich gutgehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ja unerträglich mit Ihnen.

Der Zeitplan ist so abgestimmt, daß mit den ersten Maßnahmen noch in diesem Jahr begonnen werden kann. Die Landesregierung erwartet, daß sich der Bund von den dummen Sprüchen von Herrn Koppelin distanziert und zu den Zusagen steht. Wir erwarten ein abgestimmtes Verfahren in der Frage, ob man lieber die Kavernen oder die Insel Pagensand nimmt. Wir jedenfalls sind der Meinung, daß von unserer Seite keine Fehler gemacht worden sind, die das Verfahren verlängern könnten.

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Oppositionsführer.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Ministerpräsidentin, wir sind nicht aufgeregt, wir möchten nur Schaden vom Land abwenden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn Sie auf planerische Vorarbeiten oder auf die Clearingstelle verweisen, dann ist das zuwenig. Jedenfalls hat der Umweltminister dieses Landes die Insel Pagensand einmal eben ganz schnell unter Naturschutz gestellt

(Zuruf von der CDU: So ist das!)

und Hamburg vorher auch nicht unterrichtet. Ich kann mit Goethe nur sagen: „Man merkt die Absicht, und man wird verstimmt.“

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es ist richtig, daß die **Elbvertiefung** schon lange im Gespräch ist; es ist genauso richtig, daß die Unternaturschutzstellung - Sie haben darauf hingewiesen - seit 1992 betrieben wird. Letzteres hätte aber nach unserer Auffassung Zeit gehabt, und zwar mindestens bis zum Abschluß des Planfeststellungsverfahrens, Frau Simonis. Insofern nicht „Guten Morgen“, sondern „Mahlzeit“!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Naturschutz ist grundsätzlich eine positive Sache. Wir wehren uns ja auch gar nicht gegen die Unternaturschutzstellung. Wir sind der Auffassung, daß die Artenvielfalt für kommende Generationen erhalten bleiben muß.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sind auch der Auffassung, daß Naturschutz mit Augenmaß betrieben und Rücksicht auf wirtschaftliche Notwendigkeiten genommen werden muß.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Daß die **Elbe** die wichtigste Lebensader Norddeutschlands ist, ist wohl klar; daß sie auch der umweltfreundlichste **Verkehrsweg** ist, hat sicherlich auch Herr Steenblock nach den Einlassungen von Herrn Voscherau - ich verweise auf die Ausgabe der „Welt“ von heute - in Sachen Ozon endlich zur Kenntnis genommen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wußte Herr Steenblock schon früher!)

Daß 140.000 Beschäftigte von diesem **Hafen** abhängen, ist uns bekannt; davon sicherlich 20.000 bis 25.000 aus Schleswig-Holstein. Wenn dieser Hafen Schaden nimmt - er ist inzwischen schon von einem Groß- zu einem Mittelhafen geworden -, dann hat das nachhaltige Auswirkungen auf die **Wirtschaftskraft**, aber noch mehr auf **Arbeitsplätze** und auf die Menschen. Diejenigen, die so in einem Hauruckverfahren Unterschutzstellungen vornehmen, sollten sich dies zu Herzen nehmen.

Aber, Frau Ministerpräsidentin - deswegen will ich gern mein Manuskript verlassen -, es kommt nicht so sehr auf die generellen Aussagen an, auch nicht darauf, daß wir das Weltwirtschaftsinstitut haben, dessen gute Schiffsökonomien Sie einmal befragen sollten, sondern es kommt darauf an, wie Sie antworten und wie Sie mit der Unterschutzstellung umgehen. Das, was Sie hier nämlich zitiert haben, muß man sich sehr genüßlich ansehen. Sie haben die Äußerungen der Staatskanzlei zitiert, worin es heißt, daß die Ablagerung nicht ausgeschlossen sei, wenn durch eine Umweltverträglichkeitsprüfung und so weiter belegt werde, daß dieser Eingriff zwingend erforderlich und die naturverträglichere Lösung sei.

(Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch eine Selbstverständlichkeit!)

Was sagt uns das? - Ach, Herr Hentschel, von „Nullvariante“ haben Sie doch sicherlich auch schon einmal etwas gehört. Wenn hier der Hinweis auf die **Kavernen** in Stade kommt, dann ist doch schon klar, was passiert; dann ist es eben nicht zwingend erforderlich, weil es **Alternativen** gibt. Das Landesnaturschutzgesetz gibt Ihnen die Chance, mit einer Verbandsklage solche Dinge zu verhindern. Was passiert denn dann? - Das ist doch nicht nur theoretisch. Da haben Sie, da hat die Staatskanzlei einen ganzen Bagger Sand oder Baggerschlick in die Augen der Öffentlichkeit geschüttet. Dann haben Sie nämlich die Chance, dadurch zu verhindern, daß Sie Baggergut aufbringen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist das!)

Sie halten dann nämlich die Ablagerung von Hafenschlick oder von Baggergut aus der Elbe auf der Elbinsel Pagensand dadurch auf, daß im

Klageverfahren verhindert werden kann, daß sofort abgelagert wird. Das hat dann die Konsequenz, daß nicht sofort ausgebaggert werden kann;

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

das hat dann die Konsequenz, daß mehr Verkehre nach Rotterdam abwandern, und die Konsequenz, daß Hamburg an Bedeutung verliert.

(Meinhard Füllner [CDU]: Das wollen die doch!)

Dies hat nachhaltigen Einfluß nicht nur auf Hamburg, nicht nur auf die Region, sondern auf Containerverkehre aus Lübeck genauso wie aus Brunsbüttel.

Wenn Sie das jetzt abstreiten, dann geben Sie bitte zu Protokoll - oder Sie folgen unserem Antrag -, daß in der Tat die **Ausbaggerung** der Elbe in dieser Form durch Gesetz akzeptiert wird und die **Ablagerung** auf der Elbinsel Pagensand auch durchgesetzt, geschützt wird.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Daß es da Probleme mit dem Naturschutz geben kann, sehen Sie gar nicht, was?)

- Gut, Frau Fröhlich, daß Sie das sagen; genau das ist es. Es gibt Probleme mit dem Schutz, und die Formulierung, die in der Verordnung steht, ist nicht hinreichend.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es gibt einen weiteren Beweis: Warum wird denn eigentlich eine **Umweltverträglichkeitsprüfung** gemacht? Wenn es um Unterhaltung ginge, um normale Unterhaltung der Elbtiefe,

(Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch wohl selbstverständlich!)

- nein, eben nicht - dann genau wäre nämlich eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich, dann wäre es normaler Betrieb, dann wäre die Verordnung hinreichend.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn es hier aber um Ausbaggerung, um Tieferlegung der Elbsohle geht, dann wird eine Umweltverträglichkeitsprüfung gemacht. Dann ist es eben keine **Unterhaltungsmaßnahme**, sondern dann ist es eine **Ausbaumaßnahme**.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Wenn es denn eine Ausbaumaßnahme ist, dann ist die Umweltverträglichkeitsprüfung auch erforderlich. Das akzeptieren wir. Dann müssen Sie aber, wenn Sie diese Ausbaumaßnahme für die Elbvertiefung auch für die Ablagerung als hinreichend ansehen wollen, in die Verordnung hineinschreiben, daß genau das aus der Ausbaumaßnahme anfallende Baggergut dort abgelagert werden kann.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Im Blick auf meine Redezeit, die um ist, will ich nur noch darauf hinweisen, daß es auch in der Presseerklärung des Umweltministers hinreichend Hinweise darauf gibt, was passieren wird. Was erwähnt er denn in seiner Presseerklärung, unabhängig von Flecht-, Binsen-, Brackwasserröhrichtarten, Hochstaudenrieder und ähnlichem? - Am Schluß steht dann auch der berühmte Wachtelkönig. Der hat schon einmal etwas verhindert. Sehen wir zu, daß das hier nicht genauso passiert.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Kubicki, ist der F.D.P.-Antrag jetzt ausdrücklich zurückgenommen? - Dann hätte zunächst der Abgeordnete Schröder das Wort. Sonst wären Sie an der Reihe.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Er ist zurückgezogen! Aber Herr Schröder hätte auch sonst reden können! Ich habe damit keine Probleme!)

- Hier geht es um die Formalien, die ich einzuhalten habe. Ich danke Ihnen.

Herr Abgeordneter Schröder, Sie haben das Wort.

Bernd Schröder [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon bemerkenswert für mich, welche Kraft und Arbeit in im Grunde genommen völlig

unnötige Debatten in diesem Hohen Hause gelegt werden.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD] - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Zum wiederholten Mal - nun hören Sie doch erst einmal zu, Herr Kubicki! - hat die Landesregierung von Schleswig-Holstein erklärt, daß sie die **Elbvertiefung** zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Hamburger Hafens und aufgrund der erheblichen wirtschaftlichen Bedeutung für die **Metropolregion Hamburg** und damit für **Schleswig-Holstein** für notwendig hält und deren Realisierung unterstützt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann soll die Verordnung entsprechend gefaßt werden!)

Zuletzt am 18. April 1997 haben die Regierungschefs der Länder Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg die besondere Bedeutung des Fahrrinnenausbaus von Unter- und Außenelbe und die Notwendigkeit des zügigen Abschlusses der Arbeiten hervorgehoben. Dies ist die klare Botschaft aus dem Bericht der schleswig-holsteinischen Landesregierung zur Elbvertiefung, den wir heute diskutieren.

Die Elbvertiefung und die westliche Elbquerung sind wichtige Infrastrukturmaßnahmen in und für Schleswig-Holstein,

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

und dazu haben wir stets eine klare Aussage abgegeben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Sie sollen dazu dienen, die wirtschaftliche **Infrastruktur des Nordens** weiter zu verbessern und damit die **Wirtschaftskraft** zu stärken.

Wenn selbst der BUND, der unsere parlamentarische Arbeit stets kritisch begleitet, in seiner Pressemitteilung Nummer 8 einleitend erklärt, daß sich die Politik mittlerweile darin einig sei, die Unterelbe von Cuxhaven bis Hamburg baldmöglichst zu vertiefen, um den größeren Containerschiffen jederzeit freie Fahrt zu verschaffen, dann wird dadurch deutlich, daß es tatsächlich eine große parteiübergreifende

Übereinstimmung in der Einschätzung der Bedeutung der Elbvertiefung gibt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Es hat unnötige Irritationen in der Frage der Elbvertiefung gegeben. Wenn bei der von allen bestätigten Bedeutung der Elbvertiefung, mit ihrer direkten Auswirkung auf 140.000 Arbeitsplätze in Hamburg und im Umland, die Hamburger SPD das Thema in der letzten Bürgerschaft unter der Überschrift „Piepmatzaffäre“ oder „Konsensuale Lösung“ einbringt, wird deutlich, daß man dort durchaus erkannt hat, daß die Unterschutzstellung der **Elbinsel Pagensand** als **Naturschutzgebiet** auch nach Hamburger Einschätzung nicht das eigentliche Problem ist - um so mehr, nachdem die Hamburger Bürgerschaft das Thema in der letzten Sitzung gar nicht behandelt hat, sondern die Redezeit für tatsächliche Jugendprobleme verwendet hat. Wir führen hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag also eine Debatte, die bei sensibler Handhabung der Angelegenheit nicht nötig gewesen wäre.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Unterschutzstellung der Insel Pagensand ist seit vielen Jahren betrieben worden. Sie ist auch Bestandteil des Koalitionsvertrages. Wir können es uns aber angesichts der Probleme, die wir als Norden ohnehin bundesweit bei der Durchsetzung unserer Interessen - zum Beispiel bei den Themen Tax free oder in der Schifffahrtspolitik - haben, nicht leisten, Irritationen in eine Region hineinzutragen, von der 140.000 Arbeitsplätze im Hamburger Hafen und darum herum betroffen sind.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer tut das denn?)

Durch die Aussage aus dem Umweltministerium vom 26. Mai 1997 im „Hamburger Abendblatt“, „So leicht kann man in einem Naturschutzgebiet nicht einfach Schlick und Sand aus der Elbvertiefung aufspülen“, ist diese Diskussion ausgelöst worden. Ich begrüße ausdrücklich den klarstellenden Brief des Umweltministers vom 3. Juni 1997 an den Hamburger Senat, in dem ausgeführt wird, daß die Zusage, das Fahrrinnenprojekt zu unterstützen, von der Naturschutzgebietausweisung nicht berührt wird und daß der Minister nach wie vor bemüht ist, Hamburg, das zuständig ist für die Durchführung der

Umweltverträglichkeitsprüfung, bei der Erreichung des Zieles nach Kräften zu unterstützen.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] - Martin Kayenburg [CDU]: Das hat er doch nach Einführung der Verbandsklage gar nicht mehr in der Hand!)

Der Minister schließt mit dem Satz - Herr Kayenburg, den können Sie nachlesen -, daß er keine Verzögerungen oder Erschwernisse für das Fahrrinnenprojekt sieht.

Lassen Sie mich abschließend noch ein Wort zum Landesvorsitzenden der F.D.P. sagen, der sich in die Öffentlichkeit begibt und damit droht, daß die insgesamt für die Elbvertiefung eingeplanten Mittel in Höhe von 175 Millionen DM durch den Bund gestrichen werden, wenn die Landesregierung Schleswig-Holstein keine klaren Aussagen dazu macht. Dieses Verhalten schadet dem Ansehen Schleswig-Holsteins ganz erheblich.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein, Herr Schröder!)

- Herr Kubicki, wenn Herr Koppelin sich zum Wohle Schleswig-Holsteins einsetzen will, dann hat er als gewählter Abgeordneter dafür zu sorgen, daß der Bund diese Mittel bereitstellt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber doch nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag!)

Oder ist dies schon ein Hinweis darauf, daß der ohnehin nur noch als Wunschzettel zu verstehende und völlig unterfinanzierte Bundesverkehrswegeplan auch diese Mittel nicht mehr hergeben wird? - Das ist eine Frage an die schwarz-gelbe Koalition in Bonn.

Die SPD-Landtagsfraktion steht zu den wichtigen **Infrastrukturmaßnahmen** in diesem Lande, das haben wir immer wieder betont. Wir gehen davon aus, daß zukünftig Irritationen dieser Art unterbleiben. Wir sollten gemeinsam - auch parteiübergreifend - die Zeit nutzen, tatsächliche Probleme in unserem Land zu lösen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann stimmen Sie dem CDU-Antrag zu!)

Wir sollten auch gemeinsam die Erfolge der **Wirtschaftspolitik** in diesem Lande offensiv in die

Öffentlichkeit bringen und sie gemeinsam vertreten. Daß wir nicht unnötige Debatten wie heute führen, erwarten die Menschen in diesem Land von uns.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann stimmen Sie doch einfach dem Antrag der CDU zu!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Winking-Nikolay.

Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Ausweisung eines besonders wertvollen Gebietes als Naturschutzgebiet ist ein völlig normaler Vorgang. Wenn etwas ungewöhnlich ist, dann ist es die Tatsache, daß es hier so lange gedauert hat. Mit diesen Sätzen habe ich schon einmal eine Landtagsrede begonnen. So ganz ungewöhnlich scheint die Dauer des Unterschutzstellungsverfahrens also doch nicht zu sein. Das **Naturschutzgebiet Pagensand** ist 1992 sichergestellt worden, 1994 wurde die Sicherstellung verlängert. Es war inzwischen also höchste Zeit für die definitive Ausweisung. Herr Kayenburg, es war kein Hauruckverfahren.

Ungewöhnlich - da bisher einmalig - ist allerdings die besonders sorgfältige Vorbereitung unter der Beteiligung von Hamburg und Niedersachsen. Seit dem 4. März 1997 tagt die **Clearingstelle** unter der Verhandlungsführung der Wasser- und Schifffahrtsdirektion der Stadt Hamburg. Die weiteren Mitglieder setzen sich aus den Verbänden, mit denen Einvernehmen herzustellen ist, aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg zusammen.

Bereits bei der ersten Sitzung am 4. März 1997 wurde sowohl über die Verbringung von Baggergut, das bei der Elbvertiefung anfallen wird, als auch über die anstehende Unterschutzstellung der Insel Pagensand gesprochen. Die Anwesenden nahmen dies zur Kenntnis, ohne Bedenken zu äußern. Pagensand war auch in jeder der folgenden Sitzungen ein wichtiges Thema. Besonders ausführlich wurde es am 26. März 1997 behandelt, als den Anwesenden über eine Besprechung der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hamburg mit den in Schleswig-Holstein zuständigen Naturschutzbehörden berichtet wurde. Bei diesem Treffen, das am 13. März 1997 vor Ort stattgefunden hatte, war erneut die Möglichkeit einer weiteren Sandaufspülung auf Pagensand thematisiert worden. Am 28. Mai dieses Jahres, der vierten Sitzung, wurde -

wie bereits bei der ersten Sitzung - über die bevorstehende Unterschutzstellung gesprochen, am 23. Mai 1997 - dem bisher letzten Treffen - ist den Anwesenden der Verordnungstext ausgehändigt worden. - Von einem trickreichen Überraschungscoup des bösen grünen Umweltministers kann vor diesem Hintergrund wohl kaum die Rede sein.

Daß CDU und F.D.P. versuchen würden, aus dem „Wahlkampfgerassel“ der Hamburger SPD Honig zu saugen, war nicht anders zu erwarten. Seit 1992, also noch vor grüner Zeit, ist das Wirtschaftsministerium an dem Verfahren beteiligt worden. Zu dieser Zeit hieß übrigens der Staatssekretär im Umweltministerium Steinbrück. Er kann sicherlich bestätigen, daß der Vorgänger des Wirtschaftsministers, nämlich Minister Froschmaier, schon damals korrekt informiert und in das Verfahren einbezogen worden ist. Auch in der Zeit mit grüner Regierungsbeteiligung hat alles, was mit der Unterschutzstellung der Elbinsel Pagensand zusammenhängt, seinen korrekten üblichen Weg genommen.

Wir fanden es allerdings bedauerlich, daß die Ministerpräsidentin, zusammen mit ihren norddeutschen Kollegen, bereits Anfang Dezember öffentlich erklärte, man habe sich in Sachen Elbvertiefung geeinigt, obwohl die Umweltverträglichkeitsprüfung zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen war. Wir finden es auch bedauerlich, daß die **SPD** von ihrer früher eher ablehnenden **Haltung zur Elbvertiefung** abgerückt ist. Damit hatten wir faktisch keine Chance mehr, das nach unserer Auffassung nach wie vor aus Naturschutz- und Küstenschutzsicht höchst riskante Unternehmen Elbvertiefung zu verhindern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wollen Sie doch nach wie vor!)

- Herr Kubicki, hören Sie doch einmal zu.

Dennoch versuchen wir nicht - wie uns immer wieder unterstellt wird -, uns mit Hilfe der Unterschutzstellung heimlich, still und leise über die Hintertreppe doch durchzusetzen.

Die heutigen Angriffe gegen den Umweltminister sind nicht nur ein unfreundlicher Akt, sondern - das ist hier mehrfach gesagt worden - in der Sache absolut falsch.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich erkläre Ihnen das gleich!)

Das **Wirtschaftsministerium** war seit Jahren in das **Verfahren** eingebunden. Wiederholt ist klargestellt worden, daß eine weitere Sandaufspülung mit Material aus der Flußvertiefung auf der Insel Pagensand möglich und im Vergleich zur Brammer Bank sogar als naturverträglicher angesehen wird. Das wurde zuletzt auch in einem Schreiben des Umweltministerium an den Hamburger Wirtschaftssenator Rittershaus, ebenso wie im Bericht der Landesregierung von Ende Mai 1997 aus der Staatskanzlei, deutlich. Das gilt unabhängig vom Zeitpunkt der Unterschutzstellung, das heißt auch unabhängig davon, ob das Planfeststellungsverfahren zur Elbvertiefung vor oder nach dieser abgeschlossen sein wird.

Die **Insel Pagensand** hat - Elbvertiefung hin oder Elbquerung her - einen national und international anerkannten hohen ökologischen Wert und ist damit auch ohne **Naturschutzzertifikat** schutzwürdig. Auch der Vorgang der Unterschutzstellung allein aufgrund der ökologischen Wertigkeit ist etwas völlig Normales. Hierzu gibt es zudem eine einschlägige Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes. Im sogenannten Lappelbank-Urteil vom 11. Juli 1996 stellt der EuGH fest, daß die Schutzgebietsauswahl ausschließlich auf die Schutzwürdigkeit bezogen sein soll. Auf die Frage, ob wirtschaftliche Interessen über den Begriff der „Gründe des Gemeinwohls“ Eingang in die Entscheidung über die Auswahl der Schutzgebiete finden können, wird in den Anmerkungen wie folgt eingegangen: „Die Antwort ist ein klares Nein.“

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Sie waren schon dran, jetzt bin ich dran! - Zusammenfassend kann also festgestellt werden: Die Unterschutzstellung war in der Sache und im Ablauf korrekt und längst überfällig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Baggergut, das bei der Elbvertiefung anfällt, kann trotz NSG-Ausweisung auf der Insel abgelagert werden - also viel Lärm um Nichts.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kayenburg?

Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme mit meiner Zeit nur knapp hin. Ich bitte Sie, einen Kurzbeitrag anzuhängen.

Leider gilt ebenso wie für alle anderen wertvollen Naturgebiete, daß auch die Insel Pagensand nicht vor jedem Eingriff geschützt werden kann. Mit der Frage, wie zum Beispiel die bereits erwähnten Gründe des Gemeinwohls bei der Zulassung von Ausnahmen zu bewerten sind, haben sich diverse Gerichte schon befaßt und sind - wie so oft - zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen gekommen.

Wir hier sind aber keine Juristen, sondern haben als Politikerinnen und Politiker bei unseren Entscheidungen auch an das Allgemeinwohl der nachfolgenden Generationen zu denken. Wie diese eines Tages unsere zurechtgeschneiderten Flüsse und versiegelten Ex-Landschaften beurteilen werden, werden wir leider nicht mehr erfahren. Ich bin aber sicher, daß sie sich eher dafür entscheiden würden, daß - Zitat von Herrn Kayenburg - „das Land zum Naturschutzpark der Republik“ wird als zum Betonplatz der Nation.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir Politikerinnen und Politiker sollten uns um einen ausgewogenen Mittelweg bemühen unter Berücksichtigung aller Interessen, aber auch unter Abwägung der Folgen, auch aller möglicher Spätfolgen. Schwarzweiß- beziehungsweise Schwarzgelbmalerei bringt eine Schlagzeile, vielleicht auch zwei, aber nichts in der Sache.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der gerade erst vorgestern eingeflatterte F.D.P.-Antrag wurde inzwischen zurückgezogen.

(Konrad Nabel [SPD]: Viel Lärm um Nichts! - Ursula Kähler [SPD]: „Wie es euch gefällt“!)

Der CDU-Antrag ist überflüssig. Das haben sämtliche Beiträge deutlich gemacht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann können Sie dem ja zustimmen!)

- Er ist überflüssig. Wozu brauchen wir etwas, was völlig sinnlos ist? Was in dem Antrag steht, ist ohnehin klar.

(Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

Wir stimmen daher der Überweisung an den Umweltausschuß zu. - Jetzt habe ich doch weniger Zeit gebraucht. Aber Sie können gern noch einen Kurzbeitrag leisten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir könnten die Debatte sofort beenden, wenn die Sozialdemokraten Bereitschaft signalisieren, dem Antrag der CDU zuzustimmen. Wenn das, was wir hier erklärt haben, Rechtsetzungswirklichkeit wird - -

(Konrad Nabel [SPD]: Wir machen doch keine Symbolpolitik!)

- Herr Nabel, Sie machen - um das einmal zu sagen - nichts anderes als Symbolpolitik und dabei auch noch sehr schlechte.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Noch einmal: Im Gerichtsverfahren wird nicht die Frage gestellt, was Herr Nabel von diesem Podium aus immer gesagt hat oder was in Pressemitteilungen der Staatskanzlei steht, sondern was in **Gesetzen** und **Verordnungen** steht. Dann schreiben Sie das doch rein, was Sie hier sagen, damit es bei gerichtlicher Überprüfung einen Sinn macht.

Es geht doch längst nicht mehr um die Frage, ob die schleswig-holsteinische Landesregierung der **Elbvertiefung** zustimmt oder nicht. Der sozialdemokratische **Wirtschaftsminister** ist von ihrer Notwendigkeit ebenso überzeugt wie die Frau **Ministerpräsidentin**. Beide wissen aber auch, daß ihr grüner Kabinettskollege Steenblock die Elbvertiefung ablehnt. Frau Winking-Nikolay, auch Sie haben gesagt, daß Sie sie eigentlich nach wie vor ablehnen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da sind Sie völlig

falsch informiert! Wir wollen eine vernünftige Prüfung der Grundlagen!)

- Frau Winking-Nikolay hat gerade eben gesagt, daß Sie sie eigentlich ablehnen.

Der Herr **Umweltminister** lächelt und gibt sich arglos, um im nächsten Moment auf dem Verordnungsweg die Elbinsel Pagensand unter Naturschutz zu stellen. Ein Schelm, der dabei vermutet, der Umweltminister wolle die Ausbaggerung verzögern -

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

nein, nein, beeilt sich die Staatskanzlei zu beteuern, man stehe fest zur Elbvertiefung!

Wer steht fest zur Elbvertiefung? Die Ministerpräsidentin, die von dem neuesten Coup ihres Stellvertreters wieder erst im nachhinein erfahren hat? Der Wirtschaftsminister, der sich beeilte, seinem Hamburger Amtskollegen zu versichern, das sei alles am Kabinett vorbeigelaufen? Oder etwa der Umweltminister selbst, der angeblich die ganze Aufregung nicht versteht?

Herr Minister Steenblock, entweder Sie täuschen ganz bewußt die Öffentlichkeit - gemeinhin nennt man das auch „Lügen“ -, oder Ihre Politik ist schlicht und ergreifend diletantisch. Unterstellt, Sie verstehen „Aufregung“, wie Sie die berechtigte Sorge der Hamburger Kollegen zu nennen belieben, wirklich nicht, dann hieße das im Klartext: Sie hätten eine Verordnung erlassen, ohne auch nur einen einzigen Gedanken darauf zu verschwenden, daß damit das derzeit größte Infrastrukturprojekt Hamburgs de facto torpediert werden könnte.

(Konrad Nabel [SPD]: Quatsch!)

Herr Umweltminister, das wäre in der Tat diletantisch und auch nicht mit der Umsetzung der rot-grünen Koalitionsfibel zu entschuldigen.

Herr Nabel, wir kommen jetzt zu den Normen, um die es geht, **Gesetze und Verordnungstexte**, von denen nicht nur Juristen etwas verstehen sollten. - § 4 Abs. 1 Nr. 1 sowie § 5 Abs. 1 Nr. 6 b der Landesverordnung über das Naturschutzgebiet „Elbinsel Pagensand“ schließen die Aufspülung von zusätzlichem Baggergut, das bei den Vertiefungsarbeiten anfiel, ausdrücklich aus. Die Landesverordnung hält explizit nur die Lagerung von Unterhaltungsbaggergut frei.

Herr Steenblock, ich frage Sie: Vorsatz oder Fahrlässigkeit? - Herr Nabel, deshalb ist es wichtig, die Formulierung, die die CDU vorgeschlagen hat, aufzunehmen. Wir haben uns dem deshalb sofort angeschlossen, weil das jede weitere Diskussion beseitigt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Kein Gedanke daran, daß die damit von Hamburg zu beantragende Ausnahmegenehmigung der Dehnbarkeit des Begriffs vom zügigen **Verwaltungshandeln** im Hause Steenblock anheimfallen wird? Und erst recht kein Gedanke daran, daß die durch § 51 c des Landesnaturschutzgesetzes eröffnete Möglichkeit zur **Verbandsklage** die ganze Prozedur bis zum Sankt Nimmerleins-Tag hinauszögern könnte?

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Herr Steenblock, oder glauben Sie im Ernst - verbürgen Sie sich hier dafür? -, daß niemand von der Möglichkeit der Verbandsklage Gebrauch machen wird, um das Verfahren zu verzögern? Wir sind doch keine Schelme und Deppen in diesem Hause, um nicht zu wissen, was dahintersteht!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich sage Ihnen: Sie wissen ganz genau, daß die Unterschützstellung zu einer Verzögerung führen kann und - ich behaupte - führen wird. Ja, es entspricht doch gerade der Zielsetzung des Umweltministers, dieses Projekt zu verzögern, wenn er es denn schon nicht verhindern kann, auch wenn er von hier aus lächelnd etwas anderes erklärt. Sie müssen die Arbeit dann gar nicht mehr leisten, das machen dann andere, Herr Minister. In dem von der Unionsfraktion beantragten Bericht ist die **Landesregierung** auf keiner der drei dürftigen Seiten in der Lage, die Bedenken des Nachbarn endgültig auszuräumen.

Mir fällt gerade ein: Wenn Sie schon meinen Ausführungen zu den Rechtsfragen nicht trauen, dann beschäftigen Sie doch Ihren Haus- und Hofjuristen, Wolfgang Ewer, mit einem kleinen Gutachten, der Ihnen sofort bestätigen wird, daß die hier vorgetragene Rechtsauffassung zutreffend ist.

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Kein Wort in dem Bericht zu dem Bedenken des **Nachbarn Hamburg!** Die Landesregierung muß eine Pressemitteilung aus der „Welt“ vom 6. Juni dieses Jahres bemühen, um sich zu rechtfertigen, frei nach dem Motto: Alles halb so wild, schließlich spreche ja auch der Hamburger Wirtschaftssenator lediglich von einem „theoretischen Verfahrensrisiko“.

Frau Ministerpräsidentin, folgt man Ihnen, so hat all das, was sich derzeit auf schleswig-holsteinischer Seite abspielt, keinerlei Einfluß auf die zügige Umsetzung des Projektes. Fragen Sie doch Ihren Hamburger Amtskollegen, Henning Voscherau, ob er sich Ihrer Sichtweise anschließen kann, und zwar unabhängig von der Frage, ob Wahlkampf ist oder nicht. - Sicherlich nicht, im Gegenteil!

Das Agieren dieser Landesregierung, insbesondere ihrer zwei grünen Minister, wirft mittlerweile die Frage nach der Verlässlichkeit der politischen Aussagen und des politischen Handelns auf. Schleswig-Holstein ist auf dem besten Wege, sich endgültig davon zu verabschieden, ein verlässlicher Partner zu sein. Schlimmer noch: Schleswig-Holstein wird zunehmend zum Risiko für seine Nachbarn.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Und die Ministerpräsidentin sieht tatenlos zu, weil ihr nach und nach die Fäden aus der Hand genommen werden. Es ist ja schön, daß sich die Staatskanzlei so eifrig um Schadensbegrenzung bemüht. Welchen Trost spenden Heide Simonis und Klaus Gärtner, wenn sich die ersten Großreedereien aus Hamburg endgültig verabschiedet haben und in Zukunft Rotterdam ansteuern?

(Lachen des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Herr Nabel, schon wieder wissen Sie nicht, worum es eigentlich geht! - Es reicht doch nicht aus, auf die Dringlichkeit dieses Infrastrukturprojektes hinzuweisen. Allein die Einsicht in seine zentrale ökonomische Relevanz bringt uns keinen Schritt voran.

Die **wirtschaftliche Entwicklung** der gesamten **Region** hängt von der Verwirklichung dieses Projektes ab. Nicht zuletzt geht es dabei auch um viele tausend Arbeitsplätze von Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern. Schleswig-Holstein hat also ein ureigenes Interesse am Gelingen. Und Gelingen schließt den Zeitfaktor ausdrücklich ein. Was scheren denn internationale Großreeder die Mätzchen des

schleswig-holsteinischen Umweltministers? Internationale Kunden des Hamburger Hafens werden irritiert. Auch damit wird der Hamburger Wirtschaftssenator in dem bereits erwähnten Artikel der „Welt“ zitiert. Diese Aussage sucht man natürlich vergeblich in dem Bericht der Landesregierung. Und welche Konsequenzen ziehen irritierte Kunden, und wie reagieren Konkurrenzhäfen?

(Ursula Kähler [SPD]: Warum spricht eigentlich nicht Frau Happach-Kasan?)

- Weil es hier um eine zentrale, auch wirtschaftliche Frage geht, Frau Kähler!

(Konrad Nabel [SPD]: Da hat sie mehr Verstand als Sie!)

- Das mag ja sein! Ich unterstelle, daß sie mehr Verstand hat als ich, aber ich habe immer noch mehr Verstand als Sie, Herr Kollege Nabel!

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja echt beeindruckend, muß ich sagen! - Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Welche Konsequenzen ziehen denn die Kunden, Herr Nabel? - Hyundai merchant Marine hat Hamburg bereits den Rücken gekehrt. Evergreen und Maerks laufen Hamburg nur noch mit kleineren, weniger wirtschaftlichen Schiffen an.

Während wir hier eifrig diskutieren, ist Rotterdam dabei, alle Voraussetzungen zu schaffen, sich für die Übernahme des Hamburger Containerverkehrs zu rüsten. Wenn Sie denn ein Signal der Verlässlichkeit auch an diejenigen aussenden wollen, die den Standort Hamburg wie bisher beibehalten, dann stimmen Sie dem CDU-Antrag zu. Wenn Sie den Antrag ablehnen - so sage ich Ihnen voraus -, mehren Sie die Zweifel an Ihrer Politik, die ohnehin berechtigt vorhanden sind.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich appelliere deshalb an die Landesregierung, wenn Sie die Landesverordnung schon nicht zurücknehmen, dann unterstützen Sie wenigstens den Antrag der CDU-Fraktion, und stimmen Sie der Aufnahme dieses Punktes in die Naturschutzverordnung ausdrücklich zu, damit Sie Rechtsklarheit schaffen! Nur so lassen sich Zweifel an der Verlässlichkeit der schleswig-holsteinischen Politik unmißverständlich ausräumen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Herren und Damen! Vor wenigen Tagen wurde die Elbinsel Pagensand vom Umweltminister unter Naturschutz gestellt. Dieser Vorgang hat nicht nur innerhalb Schleswig-Holsteins Irritationen ausgelöst, sondern auch im benachbarten Hamburg. Es stellt sich hierbei aber die Frage, ob die Aufregung nicht überzogen ist. Es ist an dieser Stelle - das ist ja schon gesagt worden - darauf hingewiesen worden, daß im Umweltministerium schon seit 1992 die Pläne vorliegen, die Elbinsel Pagensand unter Naturschutz zu stellen.

(Unruhe bei der CDU)

- Lassen Sie mich doch mal ausreden. Wichtig sollte letztendlich doch sein, daß die geplante **Elbvertiefung** nicht in Frage gestellt wird. Somit ist gewährleistet, daß der Hamburger Hafen in Zukunft von großen, modernen Containerschiffen angelaufen werden kann. Dies stärkt den Wirtschaftsraum in und um Hamburg und sichert somit auch in Schleswig-Holstein Arbeitsplätze. Wenn die F.D.P. im jetzt zurückgezogenen Antrag die Forderung erhebt, daß die Landesregierung die Unterschutzstellung der Elbinsel zurücknehmen möge, so können wir ihre Forderung nicht nachvollziehen.

Übergeordnet betrachtet kann man sich doch die Frage stellen: Was spricht eigentlich dagegen, Pagensand unter Naturschutz zu stellen? Der Herr Oppositionsführer sagte das vorhin ja auch schon. Aus ökologischer Sicht scheint der Schritt des Umweltministers richtig gewesen zu sein. **Pagensand** hat schützenswerte Gehölzbestände, ein wertvolles Süßwasserwatt, das als Aufwuchsbereich den Elbfischen dient, und zahlreiche Brutvögel. Es bleibt abzuwarten, welche Erkenntnisse das Planfeststellungsverfahren bringt. Doch selbst wenn die **Umweltverträglichkeitsuntersuchung** ergibt, daß nur geringe Mengen Baggergut auf Pagensand abgelagert werden können, sieht der Entwurf der Umweltverträglichkeitsstudie die großflächige Aufspülung auf der Brammer Bank als Alternative vor. Für den SSW ist es bei der Vertiefung der Elbe weiterhin entscheidend - das sage ich ganz ausdrücklich -, daß Schäden für die Umwelt

ausgeschlossen oder zumindest so gering wie möglich gehalten werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir gehen davon aus, daß die Umweltverträglichkeitsprüfung hier abschließend Klarheit bringen wird, so daß sowohl eine ökonomisch als auch eine ökologisch sinnvolle Lösung bei der Elbvertiefung gefunden werden kann, die allen Beteiligten gerecht wird.

Ich hätte mir gewünscht - das möchte ich noch hinzufügen -, daß die Unterschutzstellung das Ergebnis der Umweltverträglichkeitsuntersuchung abgewartet hätte. Aber das hat vielleicht doch mehr mit dem Stil als mit der Sache zu tun. Jedenfalls ist es so, daß das Verfahren läuft und wir zum jetzigen Zeitpunkt keine konkreten Anhaltspunkte dafür haben, daß politische Beschlüsse umgangen werden sollen.

Ich sagte schon am Mittwoch, als es um den Mißbilligungsantrag ging, ich bin der Auffassung, daß wir uns als Politiker überflüssig machen, wenn wir die von uns beschlossenen Verfahren immer wieder versuchen, von innen auszuhöhlen. Ich finde, dieser Antrag muß warten, bis die Umweltverträglichkeitsprüfung vorliegt, dann können wir neu beraten.

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta übernimmt den Vorsitz)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung die Frau Abgeordnete Todsen.

(Zurufe: Es ist doch noch Redezeit!)

- Gut, Sie haben noch vier Minuten.

Herlich Marie Todsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben heute morgen eine Menge gehört, Frau Ministerpräsidentin, wie sehr Sie hinter dem Projekt stehen. Aber ich sage klar, die Taten des Umweltministers sprechen eine andere Sprache. Ich will dies begründen.

Trotz all dieser eindeutigen Bekenntnisse hat der Minister die Naturschutzgebietsverordnung am 9. Mai

unterschrieben, und zwar ohne eindeutige Ausnahmeregelungen, die die **Planungssicherheit** für die Elbvertiefung bestätigen würden. Dabei wäre es doch ganz einfach gewesen, das Projekt und insbesondere die Aufbringung des Baggergutes in § 5 der Verordnung als zulässige Handlung zu definieren, wenn Sie, Herr Steenblock, denn gewollt hätten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Statt dessen enthält die Verordnung eine Reihe von Regelungen, die die Realisierung der Elbvertiefung wesentlich erschweren, zeitlich verzögern und verteuern werden. Einige Beispiele machen das deutlich. Ich brauche sie nicht alle zu wiederholen. Denn, Herr Kubicki, ich bin keine Juristin, schon gar keine Haus-und-Hof-Juristin oder Beraterin, aber Sie haben natürlich die Punkte genau getroffen. Die Ausnahmeregelungen und zulässigen Handlungen in den §§ 5 und 6 beziehen sich ausschließlich auf die Unterhaltungsmaßnahmen und haben nichts mit dem Ausbau zu tun.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Darüber hinaus ist in § 1 festgestellt worden, daß Pagensand die **Wertigkeit** sowohl der FFH-Richtlinie wie auch der EG-Vogelschutzrichtlinie erfüllt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Genau! Das ist es! Ein höheres Schutzrecht!)

Damit ist per Verordnung eine besonders hohe Wertigkeit begründet worden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich will die **Schutzwürdigkeit** überhaupt nicht in Frage stellen, damit wir uns da nicht mißverstehen, auch nicht die Ausweisung als Naturschutzgebiet. Aber diese hohe Wertigkeit ist natürlich in Zukunft von den Naturschutzbehörden bei der Interessenabwägung zu berücksichtigen und auch, wenn Befreiungen von der Verordnung gemacht werden sollen. In dem Verbotskatalog ist eindeutig gesagt: Aufspülungen und Aufschüttungen sind verboten.

Meine Damen und Herren, es stellt sich also die Frage, wie die Landesregierung überhaupt aus der selbstgeschaffenen Rechtslage noch herauskommen kann. Denn die Naturschutzgebietsverordnung ist keineswegs ein zahnloser Tiger und soll es natürlich auch nicht sein. Deshalb ist es um so wichtiger, sie mit Augenmaß zu erarbeiten. Die einzige Möglichkeit, die

die Verordnung aus meiner Sicht bietet, ist die Befreiung gemäß § 6 Abs. 3, die eine Befreiung von den Verboten zuläßt, aber - jetzt kommt es! - von den unteren Naturschutzbehörden. Für diese Befreiungen sind Sie nämlich als Landesregierung überhaupt nicht mehr zuständig.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!
Genauso!)

Sie haben das Heft des Handelns an dieser Stelle überhaupt nicht mehr in der Hand, selbst wenn Sie wollten.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das weiß er doch ja! -
Martin Kayenburg [CDU]: Das weiß er genau! Gucken Sie ihn doch an!)

Dazu sage ich: Herr Minister, es ist zwar ein unfeiner Taschenspielertrick, sich auf diese Weise aus der Verantwortung zu stehlen. Mehr als 15 Nutzungsansprüche haben Sie in der Naturschutzgebietsverordnung eindeutig geregelt, zulässige Handlungen definiert und zahlreiche klare Ausnahmetatbestände geschaffen von der Gewässerunterhaltung über die landwirtschaftliche Nutzung bis hin zur Erhaltung des Hubschraubersonderlandeplatzes. Aber die Aufspülung des Baggergutes aus der Elbvertiefung wollten Sie nicht eindeutig regeln und absichern. Diese wichtige Entscheidung schieben Sie per Naturschutzgebietsverordnung der unteren Naturschutzbehörde in die Schuhe und damit gleichzeitig auf eine längere Verfahrensschiene.

Ich zitiere aus der heutigen „Norddeutschen Rundschau“, wonach Sie offensichtlich bei Ihren grünen Freunden in Steinburg gesagt haben, in jedem Fall sei der Naturschutz ein sehr großer Planungswiderstand. So ist es heute in der Zeitung zum Thema Elbvertiefung und Pagensand zu lesen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das sind die eindeutigen Signale!)

Darüber hinaus haben Sie mit der Notwendigkeit, eine Befreiung zu erteilen, auch einer Verbandsklage durch einen Naturschutzverband natürlich Tür und Tor geöffnet. Und, Frau Ministerpräsidentin, Sie nennen das ein theoretisches Risiko.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das bezahlen die auch noch aus Steuermitteln!)

Es ist schon blanker Hohn, wenn die Staatskanzlei in dem Bericht schreibt: „Es wurden jedoch alle Möglichkeiten ausgeschöpft, zur Verfahrenskürzung beizutragen.“ Wer soll Ihnen diese Torheiten eigentlich glauben?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Minister, ich fordere sie auf, legen Sie die Karten offen auf den Tisch, sagen Sie, warum Sie keine Regelung zur Planungssicherheit vorgenommen haben, korrigieren Sie Ihre Verordnung im Sinne unseres Antrages, kämpfen Sie endlich mit offenem Visier für den Naturschutz und nicht mit Ihren Taschenspielertricks! Das ist eines Ministers unwürdig. Es schadet der Akzeptanz des Naturschutzes, und es schadet dem Ansehen unseres Landes Schleswig-Holstein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es! -
Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich bitte, unseren Antrag in den Ausschuß zu überweisen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: In den Innen- und Rechtsausschuß!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Nabel.

Konrad Nabel [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Elbinsel Pagensand ist seit einem Monat unter Naturschutz gestellt. Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt dies.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Elbinsel Pagensand war bereits 1977 im Rahmen der Kartierung schutzwürdiger Landschaftsteile zum Landschaftsrahmenplan Untere Elbe als naturschutzwürdig bewertet worden. Die 1981 durchgeführte Biotopkartierung führte ebenfalls zu diesem Prädikat.

Seit vielen Jahren hat sich die SPD in Schleswig-Holstein für eine Unterschutzstellung eingesetzt und nach dem Regierungswechsel durch Umweltminister Professor Berndt Heydemann die dazu nötigen Verfahren in Gang gesetzt, die 1992 zum förmlichen

Rechtsetzungsverfahren führten, welches durch die Naturschutzverordnung vom 9. Mai beendet wurde.

Auf die hohe ökologische Bedeutung der Elbinsel Pagensand, ihrer verschiedenen Teillebensräume, aber auch ihrer Lage an der Pagensander Nebeneibe mit dem gegenüberliegenden Naturschutzgebiet Seestermüher Vorland brauche ich nicht hinzuweisen. Diese Lage und die Teillebensräume machen die Unterschutzstellung dringend nötig.

Von Anfang an waren der Bund und die Länder Niedersachsen und Hamburg von der geplanten **Unterschutzstellung** informiert. Viele der nötigen Verfahrensschritte wurden gemeinsam abgestimmt. Von Anfang an aber gab es auch Störfeuer von seiten der CDU und anderer Interessierter. So hat der CDU-Minister Flessner zwar schon 1984 die Insel Pagensand als geplantes Naturschutzgebiet bezeichnet. Aber ernsthaft wurde die Insel Pagensand gleichzeitig für eine westliche Elbquerung ins Gespräch gebracht.

Ein weiterer Schwerpunkt der inhaltlichen Auseinandersetzungen lag 1992 hier im Hohen Hause, als die Insel von seiten der CDU und der Wirtschaftsverbände wiederum in einen Zusammenhang mit der **Elbquerung** gebracht wurde. Das war völlig unnötig, unsachlich und bar jeder Einschätzung der **ökologischen Wertigkeit** der Insel.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Genauso unnötig ist es heute, einen Zusammenhang mit der Elbvertiefung herzustellen.

Wir haben damals betont, daß es eine Elbquerung über den Pagensand mit uns nicht geben wird. Sie wissen, daß eine Unterschutzstellung von Pagensand der Elbvertiefung nicht im Wege steht, sie nicht teurer macht und das Verfahren nicht in die Länge zieht.

Die von interessierter Seite aufgestellte Behauptung - das hat sich heute wiederholt -, die Unterschutzstellung behindere die Elbvertiefung, löst sich sehr schnell in Luft auf.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie wissen gar nicht, wovon Sie reden!)

Die **Ausgleichszahlungen** richten sich nach der **ökologischen Wertigkeit** und nicht nach dem Schutzstatus einer Fläche. Solange das Planfeststellungsverfahren nicht in Gang gesetzt ist,

kann über eventuelle zusätzliche Spülfelder für die Ausbaggerung nur spekuliert werden. Wenn die ökologische Abwägung gegenüber anderen Flächen die Notwendigkeit weiterer Pagensander Spülfelder ergibt, so werden diese Spülfelder sowohl angelegt als auch benutzt werden können.

(Martin Kayenburg [CDU]: Und wenn nicht, was ist dann?)

Wir gehen davon aus, daß der Umweltminister mit den zuständigen Stellen des Bundes zu einem Einvernehmen gemäß § 14 Abs. 3 des Bundeswasserstraßengesetzes kommt. Ein flächenhafter Ausgleich muß für diese Maßnahme in jedem Fall erfolgen, egal ob der Pagensand Naturschutzgebiet ist oder nicht. Herr Kubicki, selbst Deppen wissen - Sie hatten den Begriff vorhin benutzt -, daß die Verbände das **Verbandsklagerecht** nach unserem Landesnaturschutzgesetz nur dann in Anspruch nehmen können, wenn Genehmigungsbehörde der Maßnahme das Land Schleswig-Holstein ist. Genehmigungsbehörde der Maßnahme ist aber der Bund.

(Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsén [CDU])

Daher ist das ganze Geschwätz über das Verbandsklagerecht in diesem Fall völlig daneben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

Einiges mehr ist als Wahlkampfgeklingel Richtung Hamburg abzutun.

Wir bleiben dabei: Nach dem erfolgreichen Abschluß von Umweltverträglichkeitsuntersuchung und Umweltverträglichkeitsprüfung unterstützen wir Hamburg bei der Elbvertiefung. Ich verweise auf die Rede der Ministerpräsidentin und auf die Beschlüsse vom 9. Dezember 1996.

Allerdings wäre es - bei aller Zustimmung zur Unterschutzstellung der Elbinsel Pagensand durch den Umweltminister - schon besser gewesen, Herr Minister, nicht allein darauf zu vertrauen, daß die Informationen innerhalb unserer Regierung durch eine eigens eingesetzte **Clearingstelle** erfolgen. Ein kurzes direktes Wort hätte genügt, allen Irritationen den Boden zu entziehen, und die heutige völlig nutzlose Debatte hätte nicht stattfinden müssen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich erteile das Wort Herrn Minister Steenblock. Ich weise darauf hin, daß die Landesregierung die ihr nach der Vereinbarung zustehende Redezeit bereits ausgeschöpft hat.

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, ich werde es, dem Thema angemessen, in aller Kürze schaffen, die wesentlichen Punkte klarzulegen.

Erstens. Der Umweltminister dieses Landes ist - dies hat die Ministerpräsidentin schon dargestellt -, nachdem er sich sehr intensiv damit befaßt hat, der Auffassung, daß die **Elbvertiefung aus ökonomischen Gründen** notwendig ist, daß sie für die Containerschiffe, insbesondere im Ostasienverkehr, die Hamburg anfahren müssen, erforderlich ist.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Diese Position kann ich hier nicht für jeden Grünen, aber für mich als Mitglied der Landesregierung abgeben. Diese Position habe ich auch immer öffentlich vertreten. Ich habe, Frau Todsen, zum Beispiel gestern oder vorgestern auf der Kreismitgliederversammlung in Itzehoe sehr deutlich gesagt, daß diese Position die einzige ist, die ich öffentlich zu dem ökonomischen Nutzen vertreten werde.

Allerdings haben wir in den Vereinbarungen, die Frau Simonis dargestellt hat, zusammen mit Niedersachsen festgelegt, daß vor Beginn des Planfeststellungsverfahrens alle erforderlichen Verfahren durchgeführt sein müssen, nämlich die Umweltverträglichkeitsuntersuchung, insbesondere auch die Abschätzung hinsichtlich der möglichen Gefahren, die eine Elbvertiefung, was den Hochwasserscheitel angeht, für die Elbe mit sich bringt, und daß auch eine Klärung bezüglich des landschaftspflegerischen Begleitplans herbeigeführt sein muß, damit wir die gesamte Maßnahme verabschieden können. Der Grundsatzbeschuß aber ist von uns so gefaßt worden, und ich bekenne mich ganz ausdrücklich dazu.

(Martin Kayenburg [CDU]:
Zwischenfrage!)

- Herr Kayenburg, meine Redezeit ist schon fast aufgebraucht; deswegen möchte ich meine Ausführungen jetzt zu Ende führen.

Zweitens. Was die Debatte betrifft, wer wann informiert worden ist, so ist über Pagensand von 1992 an ständig informiert worden. 1994 gab es die öffentliche Auslegung. Dann ist Pagensand 1995 ein Teil der Regionalplanung, des Planungsraums 1 geworden. 1996 ist Pagensand dann auch Teil des Landschaftsrahmenplans geworden. Da Pagensand also eingespeist worden ist, sind die Planungen, die wir hier vornehmen, immer auch Hamburg bekannt gewesen. Hamburg ist bei den Gesprächen der **Clearingstelle** im Frühjahr dieses Jahres immer dagebewesen, wenn über die Ablagerungsproblematik diskutiert worden ist. Deswegen ist der Vorwurf, es habe niemand gewußt, daß in der Elbe ein Naturschutzgebiet ausgewiesen werden sollte, falsch. Ich weise ihn hiermit deutlich zurück.

Drittens. Was den Vorwurf der Verzögerung betrifft, so wird, seitdem ich im Amt bin, fast täglich angekündigt, daß die **Umweltverträglichkeitsuntersuchung** bald vorliegt. Jetzt haben wir von denjenigen, die diese Untersuchung in Auftrag gegeben haben, die Mitteilung erhalten, daß es noch einige Monate dauern wird. Die einzigen Verzögerungen, die im Hinblick auf die Elbvertiefung tatsächlich zu konzedieren sind, sind in keinem Fall von Schleswig-Holstein zu verantworten; vielmehr sind sie von denen zu verantworten, die nicht in der Lage gewesen sind, das Beauftragungsverfahren so zu gestalten, daß die Umweltverträglichkeitsuntersuchung zu dem Zeitpunkt vorgelegt wird, zu dem sie abgeliefert werden sollte. Seit über einem Jahr hängt dieses Verfahren in der Luft. Ich bin dafür, daß man eine solche Maßnahme - ich stehe zu dieser Maßnahme -, wenn man sie beschlossen hat, auch zügig durchführt. Die Verzögerungen, die an dieser Stelle aufgetreten sind, haben im wesentlichen - dorthin sollten Sie, wenn Sie im Hinblick auf diese Maßnahme besorgt sind, Ihre Kritik wenden - der Bund und in Teilen vielleicht auch die Freie und Hansestadt Hamburg zu verantworten, aber nicht Schleswig-Holstein. Zu dem Verbandsklageverfahren hat Konrad Nabel bereits alles gesagt.

Grundsätzlich möchte ich noch folgendes sagen: Wer richtet eigentlich Schaden in unserem Land an, indem er bezüglich der Fragen, wer eigentlich was verzögert und wer wann informiert worden ist - das sind Fakten, die schon länger in der öffentlichen Diskussion sind; wir haben uns mit Hamburg darüber verständigt -,

ständig Irritationen in die Öffentlichkeit bringt? Das sind doch Sie, meine Damen und Herren auf dieser Seite des Hohen Hauses.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die Naturschutzgebietsverordnung ist in vielen Teilen auch im Hinblick auf das Einbeziehen von Nutzerinteressen vorbildlich. Gucken Sie sich doch einmal das an, was wir zum Beispiel mit den Seglerverbänden und anderen abgesprochen haben. Ich glaube, in diesem Bereich ist Vorbildliches geleistet worden, um solche Interessen einzubeziehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelter Beifall bei der SPD)

Deshalb fällt der Vorwurf, daß dem Land Schaden zugefügt wird, auf Sie zurück; denn Sie erzeugen Irritationen in der Öffentlichkeit und sorgen eventuell dafür, daß sich aufgrund von Falschinformationen, die von Ihrer Seite gestreut werden, tatsächlich Investitionshemmnisse aufbauen. Das geschieht jedenfalls nicht aufgrund des verantwortungsvollen Verhaltens dieser Landesregierung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mein Gott!)

Recht gebe ich Ihnen allerdings in der Auffassung, daß man Naturschutz mit Augenmaß betreiben muß. Das ist bei dieser Verordnung geschehen. Allerdings halte ich es für völlig falsch, Naturschutzpolitik nur so zu definieren, daß sie letztlich nur eine Resteverwertung von Gebieten ist, für die sich kein anderer mehr interessiert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wäre das schlimmste, was wir machen könnten.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach den mir vorliegenden Wortmeldungen hat jetzt Herr Hentschel das Wort. - Herr Hentschel!

(Widerspruch bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Abgeordneter Hentschel, wollen Sie noch reden?

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich verzichte!)

- Sie verzichten! Dann hat nach den Ausführungen des Ministers jetzt Frau Abgeordnete Todsen das Wort. - Der Herr Minister hat fünf Minuten gebraucht.

Herlich Marie Todsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Nabel - und auch Herr Minister -, leider muß ich noch einmal auf das Thema der **Verbandsklage** zurückkommen. Ihre Darstellung ist nur teilweise richtig.

Ich habe vorhin ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ein Ausweg aus der Naturschutzgebietsausweisung nur über die Erteilung einer Befreiung möglich ist. Diese Befreiung erteilt aber nach der Rechtslage die untere Naturschutzbehörde,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

und zwar nach dem Landesnaturschutzgesetz. Damit ist natürlich die Verbandsklage eröffnet. Erzählen Sie uns hier doch nichts anderes!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Noch eine Bemerkung, Herr Steenblock: Ich habe vorhin nicht gesagt, daß Sie draußen verkünden - inzwischen, muß man ja sagen - oder gestern verkündet hätten, Sie seien gegen die Elbquerung.

(Zurufe: Elbvertiefung!)

- Elbquerung und Elbvertiefung, okay! - Aber Sie selbst haben - ich wiederhole es - erklärt, daß Sie im Naturschutz einen sehr großen Planungswiderstand sähen, und Planungswiderstände führen doch - das wissen wir alle - zu zeitlichen Verzögerungen.

(Wortmeldung des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] - Glocke des Präsidenten)

Jetzt sage ich Ihnen abschließend: Wenn Sie auf diese schäbige Art und Weise versuchen wollen, den Spieß umzudrehen und uns vorzuwerfen, wir hätten diese ganze Diskussion eröffnet -

(Glocke des Präsidenten)

Herr Schröder von der SPD hat ja vorhin - -

(Glocke des Präsidenten)

- Ich lasse keine Zwischenfragen zu, weil ich nicht genügend Zeit habe. - Herr Schröder hat selbst gesagt, daß die Diskussion durch Sprecher aus Ihrem Haus eröffnet worden ist. Wenn ich mir dann in Erinnerung rufe, daß Sie 1996 gesagt haben, das Projekt sei ökologisch nicht unbedenklich und ökonomisch fragwürdig,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist es auch!)

und wenn Sie dann im Juli 1996 in der „Hamburger Morgenpost“ auf die Frage, ob Sie gegen die Elbvertiefung seien, gesagt haben: „Ich sehe darin bisher keinen Sinn; Hamburg muß erklären, ob eine Vertiefung ökonomisch sinnvoll ist und wie hoch die Kosten sind“, dann

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da hat er doch recht!)

zeigt dies doch, daß Sie sich immer mehr oder weniger negativ zu diesem ganzen Thema geäußert haben. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Dabei bleibt es, und diese Verordnung zeigt ein weiteres Mal, daß Sie im Grunde genommen keine Klarheit schaffen wollten.

Ich frage abschließend: Warum sind Sie denn gegen die heute in unserem Antrag vorgelegte Formulierung? Stimmen Sie bitte dieser Formulierung zu, damit wir Klarheit über die Verantwortung bekommen! Nur durch eine solche Zustimmung können Sie auch klarstellen, daß Sie wirklich alles beschleunigt tun wollen, damit die Elbvertiefung beginnen kann.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wann schaffen wir es endlich einmal, über solche Themen rational zu diskutieren?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] - Martin Kayenburg [CDU]: Ja, das kann man wohl sagen! Aber seit wann führen Sie denn Selbstgespräche?)

Es ist doch völlig richtig, daß man bei einem Projekt solcher Dimension sowohl die wirtschaftliche Seite als auch die ökologische Seite vernünftig prüft.

Die wirtschaftliche Seite ist durchaus unterschiedlich zu beurteilen, weil zum Beispiel die Frage, ob sich die „Containerklasse 4400“ durchsetzt, noch gar nicht entschieden ist,

(Herlich Marie Todsen [CDU]: Woher Sie das alles wissen!)

weil diese Klasse nicht durch den Panamakanal paßt. Das ist doch der entscheidende Grund. Diese Containerschiffe passen nicht durch den Panamakanal, und deswegen ist unklar, ob die internationalen Schifffahrtslinien überhaupt in diese Klasse einsteigen werden.

(Unruhe - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die hören auch alle auf Sie!)

- Können Sie nicht einmal Ruhe bewahren? - Ich finde, es ist durchaus sinnvoll, über diese Fragen zu reden.

Nachdem wir uns über die Situation Gedanken gemacht und gesagt haben: „Okay, wirtschaftspolitisch finden wir die Sache sinnvoll“, stellt sich doch die Frage: Was bedeutet das ökologisch? Welcher **ökologische Ausgleich** ist zu gewährleisten, welche Variante ist die ökologisch sinnvollste? Das ist doch ein vernünftiges, rationales Vorgehen. Warum kann man nicht so diskutieren?

Auch die Frage der Dringlichkeit stellt sich doch nicht so, wie Sie sie darstellen, als stünden heute schon Hunderte von Schiffen vor Hamburg! Tatsache ist, daß im letzten Jahr kein einziges Schiff in Hamburg weniger Ladung aufnehmen mußte, weil die Elbvertiefung nicht durchgeführt worden ist,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es war doch kein größeres Schiff da!)

das heißt, die Dringlichkeitsfrage stellt sich für die Zukunft, aber doch nicht heute.

(Lachen bei CDU und F.D.P.)

Kommen wir doch einmal zu einer sachlichen Diskussion zurück!

Frau Winking-Nikolay hat eine - wie ich finde - sehr bemerkenswerte Äußerung getan. Sie hat gesagt: Es

liegt im Sinne der Zukunft, sowohl auf den Naturschutz zu achten als auch die Wirtschaft zu entwickeln. Lassen wir uns das doch vernünftig verbinden!

Ich finde, dies ist eine wegweisende Aussage, und ich wünschte mir, daß man auch einmal auf der rechten Seite dieses Hohen Hauses dazu käme, so vorzugehen. Statt dessen habe ich den Eindruck, Herr Kubicki - und da sind Sie der Obervorreiter -,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

wenn das Wort „Naturschutz“ in diesem Hohen Hause fällt,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja, ist klar!)

dann ist das für Sie das rote Tuch,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

dann fahren Sie Ihre Hörner aus

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja, jetzt noch einmal so ein Bild! Das muß dann aber auch lustig sein!)

und rasen los - leider rasen Sie aber immer nur gegen die Bretterwand der Arena und weiter nichts.

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und Frau Winking-Nikolay ist wahrscheinlich der Torero!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Nabel.

Konrad Nabel [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man hier über ein wirklich wichtiges Infrastrukturprojekt Norddeutschlands redet, dann sollte man sich auch sorgfältig vorbereiten.

(Lachen der Abgeordneten Herlich Marie Todsens [CDU])

- Frau Todsens, Sie haben eben denselben Fehler wiederholt, den Sie auch in Ihrer ersten Rede gemacht haben.

(Angelika Volquartz [CDU]: Nein, Frau Todsens macht keine Fehler!)

Herr Kubicki hat ja auch in dieser Richtung argumentiert.

Das Bundeswasserstraßengesetz sieht in seinem § 14 Abs. 3 das Einvernehmen vor. Hier gibt es eine Konzentrationswirkung. Hier geht es nicht um eine Ausnahme, wie Sie es dargestellt haben

(Herlich Marie Todsens [CDU]: Ich habe von der „Befreiung“ gesprochen! Das ist ein Unterschied!)

- auch für eine Befreiung ist hier überhaupt kein Spielraum vorhanden -, sondern im Planfeststellungsverfahren wird nach diesem Paragraphen eine Konzentrationswirkung hergestellt, und in diesem Falle wird das auf die Genehmigungsbehörde konzentriert, und die liegt beim Bund, Frau Todsens! Deshalb ist eine Verbandsklage an dieser Stelle nicht möglich;

(Herlich Marie Todsens [CDU]: Das werden wir ja sehen!)

wobei ich aber noch einmal deutlich machen will: Die SPD-Fraktion spricht sich insgesamt - unabhängig von diesem Fall - eindeutig für eine Verbandsklage auf Bundesebene aus.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Ich bin ja immer ganz dankbar, in diesem Hohen Hause dazulernen zu können, auch von dem Kollegen Nabel.

Wir nehmen nur schlicht und ergreifend zu Protokoll - der Herr Minister bestätigt das dann vielleicht auch noch einmal durch Kopfnicken -, daß es seine Auffassung ist - amtlicherseits -, daß im Rahmen des weiteren Verfahrens bei der so bestehenden Verordnung die Möglichkeit der **Verbandsklage** ausgeschlossen ist und daß Sie sagen, die Verbandsklage sei als Möglichkeit nicht zulässig.

Das nehmen wir einfach als den sicheren Kenntnisstand von Ihnen und von Ihrem Haus oder der Staatskanzlei zur Kenntnis und zu Protokoll. Da wird sich dann in relativ kurzer Zeit zeigen, wie schnell sich das eine oder andere bewahrheiten wird. Mehr wollen wir gar nicht.

Ich frage aber trotzdem noch einmal Sie, Herr Minister, und ich frage die Regierung: Was hindert Sie eigentlich, zur Klarstellung - um jede Form der Irritation zu vermeiden und um auch ein positives Signal nach außen zu setzen, daß Sie hier nicht nur Reden halten, sondern auch etwas rechtsverbindlich vereinbaren wollen -, den CDU-Vorschlag aufzugreifen und dies explizit in die Verordnung hineinzuschreiben, was wünschenswert ist? Was hindert Sie?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich bin ja ganz begeistert. Ich lerne ja auch von den Grünen - da ich vom Umweltbereich ja überhaupt keine Ahnung habe, auch von Anatomie und Biologie nicht - gern dazu.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da lerne ich ja gern dazu, daß Stiere oder Ochsen - je nachdem - ihre Hörner ausfahren oder einfahren. Bisher dachte ich immer, die seien einfach vorhanden; die kann man vielleicht abmachen oder auch nicht. Aber aus- und einfahren - bei Hörnern ist mir das bisher nicht vorgekommen. Es gibt andere anatomische Körperteile, wo das geht, aber bei Hörnern jedenfalls nicht!

(Heiterkeit)

Ein Letztes, und das auch wieder in allem Ernst.

(Konrad Nabel [SPD]: Sie muß man nicht jagen!)

Ich nehme zur Kenntnis, daß es mittlerweile ein Ritual geworden ist - das haben übrigens schon die alten Griechen gemacht, Herr Minister -, daß man versucht, den Überbringer einer schlechten Botschaft totzuschlagen und nicht ihren Verursacher. Sie werfen uns vor, wir würden dadurch schaden, daß wir das debattieren. Wenden Sie doch jede Form von Schaden ab, indem Sie das schlicht und ergreifend klarstellen, so wie wir das gefordert haben. Wir haben doch die Debatte nicht begonnen. Sie ist doch von anderen

begonnen worden, und das - machen Sie es sich nicht zu einfach - nicht nur aus Wahlkampfgetöse.

Herr Nabel, ich weiß, daß Ihnen Herr Voscherau in Ihrer eigenen Partei nicht so gut gefällt. Aber er ist nicht Mitglied der F.D.P., er ist nicht Mitglied der CDU, er ist Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, und er ist der Bürgermeister von Hamburg.

(Ursula Kähler [SPD]: Nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis, daß wir in Schleswig-Holstein sind!)

Wenn ich die eine oder andere Bemerkung aus der Sozialdemokratie dieses Landes höre - vielleicht nicht immer offiziell, aber jedenfalls bei Veranstaltungen inoffiziell -, so sind die Bedenken, daß da etwas verzögert werden kann, ja auch hier vorhanden gewesen.

Ich denke, es wäre richtig, wenn Sie über Ihren Schatten springen. Dabei würde Ihnen nun wirklich kein Zacken aus der Krone fallen. Es wäre wichtig, den Antrag der Fraktion der CDU zu unterstützen und das so schnell wie möglich aufzuheben. Dann hätten wir diese Debatte nicht mehr.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen damit zu den Abstimmungen, und zwar zunächst zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 17.

Die F.D.P. hat ihren Antrag zurückgezogen, so daß wir nur über den CDU-Antrag abzustimmen haben. Die CDU-Fraktion hat mir mitgeteilt, daß sie beantragt, ihren Antrag Drucksache 14/814 zur federführenden Beratung an den Innen- und Rechtsausschuß und zur Mitberatung an den Umweltausschuß überweisen zu lassen.

(Zurufe von der CDU: Und Wirtschaft!)

- Wirtschaftsausschuß?

(Martin Kayenburg [CDU]: Und Wirtschaftsausschuß!)

- Und Wirtschaftsausschuß, okay. - Also:Überweisung zur federführenden Beratung an den Innen- und Rechtsausschuß und zur Mitberatung an den Umwelt- und an den Wirtschaftsausschuß.

(Ursula Kähler [SPD]: Umgekehrt!)

- Entschuldigung, ich kann nur das sagen, was die CDU beantragt hat. Das kann nur die CDU ändern. Gibt es einen Gegenantrag? - Ja?

Konrad Nabel [SPD]:

Wir beantragen, den Antrag zur federführenden Beratung an den Umweltausschuß und zur Mitberatung an die anderen Ausschüsse zu überweisen.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Der erste Antrag war der der CDU. Wir stimmen also zunächst über den Antrag ab, den Antrag Drucksache 14/814 zur federführenden Beratung an den Innen- und Rechtsausschuß und zur Mitberatung an den Umwelt- und an den Wirtschaftsausschuß zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

(Zuruf)

- Der SSW hat dafür gestimmt? - Frau Spoorendonk, Sie haben mit der CDU gestimmt. Das ändert an den Mehrheitsverhältnissen nichts, aber danke schön für den Hinweis.

Wir stimmen jetzt über den Antrag der SPD ab, den CDU-Antrag 14/814 zur federführenden Beratung an den Umweltausschuß und zur Mitberatung in den Innen- und Rechtsausschuß und an den Wirtschaftsausschuß zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei drei Gegenstimmen ist das so beschlossen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nein!
Enthaltungen!)

- Gibt es noch Enthaltungen? - Drei Enthaltungen!

Zu Tagesordnungspunkt 21 müssen wir nicht abstimmen. Es ist kein Antrag gestellt worden, so daß ich den Bericht für erledigt erklären kann.

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 15 und 40 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/733

b) Entschließung zur Gründung der „Euroregion Schleswig“

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/563

Bericht und Beschlußempfehlung des
Europaausschusses
Drucksache 14/761

Zunächst hat der Berichterstatter des Europaausschusses, der Herr Abgeordnete Döring, das Wort.

Uwe Döring [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag Drucksache 14/563 wurde am 12. März an den Europaausschuß überwiesen, der sich am 30. April und am 28. Mai damit befaßt hat. Der Europaausschuß empfiehlt einstimmig die Annahme dieses Antrages, und zwar mit einer redaktionellen Änderung.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Danke schön, Herr Berichterstatter! Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete de Jager.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nun ist es also soweit. Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird heute - hoffentlich einvernehmlich - eine Entschließung verabschieden, die die Bildung einer grenzüberschreitenden **Region Schleswig/Sønderjylland** begrüßt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Nachdem nun alles in trockenen Tüchern ist und auch der letzte Kritiker in der Region nicht mehr den Weg in die Zeitung findet, ringt sich auch der Schleswig-

Holsteinische Landtag dazu durch, eine solche Region zu begrüßen. Das ist in der Tat ein eindrucksvolles Zeugnis europapolitischen Bekennermutes. Offenbar sind unsere Standfestigkeit und unser Bekennermut dadurch größer geworden, daß wir in die bewährten Fußstapfen des Bundeskanzlers treten können, der ja, wie der Presse zu entnehmen ist, den Menschen dort schon gratuliert hat.

(Beifall bei der CDU)

Als Antragsteller sind wir natürlich froh, daß wir, ausgestattet mit einer einstimmigen Beschlußempfehlung des Europaausschusses, heute voraussichtlich auch im Plenum eine Mehrheit für unseren Entschließungsantrag finden werden. Wir glauben aber, daß die Entschließung zu spät kommt. Nach unserer Auffassung wäre es gerade in der Phase, als die Kritik an der grenzüberschreitenden Region zunahm, wichtig gewesen, daß sich der Schleswig-Holsteinische Landtag dazu bekannt hätte.

(Holger Astrup [SPD]: Porzellan zu zerschlagen!)

Denn es ist nicht sehr glaubwürdig, Herr Astrup, die Europaflagge dann einzuholen, wenn es stürmisch wird. Gerade dann muß man sie hissen.

(Beifall bei der CDU)

In der Rückbetrachtung ist es bemerkenswert, daß ein solcher Proteststurm gegen die Bildung einer grenzüberschreitenden Region an der deutsch-dänischen Grenze entfacht wurde. Dies zeigt zum einen, daß im **deutsch-dänischen Grenzgebiet** wahrlich nicht alles Gold ist, was glänzt, und es zeigt zum anderen, daß die jetzt von allen Seiten beschlossene grenzüberschreitende Region zur weiteren Vertrauensbildung beitragen kann, ja muß, weil sie nämlich auf eine gleichberechtigte und partnerschaftliche Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften angelegt ist.

Man kann den Mitgliedern der Kreistage von Nordfriesland und Schleswig-Flensburg sowie der Ratsversammlung der Stadt Flensburg und dem Sønderjylland Amtsråd von dieser Stelle aus nur gratulieren, daß sie der Bildung dieser Region zugestimmt haben. Ich bin fest davon überzeugt, daß ihnen der Erfolg recht geben wird.

(Beifall bei der CDU)

Man fragt sich allerdings, warum es zu soviel Aufregung gekommen ist, warum an der deutsch-dänischen Grenze demonstriert werden mußte, warum offene Briefe verfaßt werden mußten und warum so viele Leserbriefspalten gefüllt wurden, bis es zu der endgültigen Beschlußfassung gekommen ist. In all den Protestaktionen und bei den zum Teil sehr scharfen Tönen ging es - davon bin ich fest überzeugt - nur vordergründig um die Vereinbarung für das, was früher einmal Euroregion heißen sollte. Wäre es wirklich nur um die Bildung der Region gegangen, wäre es wirklich nur um die zugrunde liegende Vereinbarung gegangen, dann hätten wir eine vollkommen unspektakuläre und sachliche Debatte erlebt. Denn der Text der Vereinbarung hat nicht viel Sprengstoff geboten, wie die eigentlich nur geringfügigen Änderungen daran beweisen. Wirklich geändert hat sich allein der Name, was ich übrigens bedauere.

In diesem Zusammenhang ist noch einmal darauf hinzuweisen, daß sich die Vereinbarung als solche ja schon bewährt hat, und zwar als Grundlage der **Euroregion Pomerania** entlang der deutsch-polnischen Grenze. Insofern sind viele der Befindlichkeiten, die wir in den vergangenen Wochen erlebt haben, etwas befremdlich und unverständlich.

(Beifall bei der CDU)

Denn niemand kann mir sagen, daß die Situation entlang der deutsch-polnischen Grenze weniger sensibel sei als die entlang der deutsch-dänischen Grenze.

(Beifall bei der CDU)

Vielmehr ist der Protest gegen die grenzüberschreitende Region ein diffuses Gemisch aus den verschiedensten Motiven gewesen.

Ich darf in diesem Zusammenhang einen wirklich unverdächtigen Kronzeugen anführen. Der Vorsitzende des SSW-Jugendverbandes, Stefan Seidler, wird am 23. Mai in „Flensburg Avis“ mit den Worten zitiert:

„Leider wird die Diskussion nicht mehr nur über die Region geführt. Sie ist eingemündet in eine Form von Altmännerhaß gegen Deutsche und einen nationalistischen Protest gegen die EU in ihrer Gesamtheit.“

Das Wort „Altmännerhaß gegen Deutsche“ würde ich persönlich nie in den Mund nehmen, weil ich in diesen Fragen sehr sensibel bin. Aber alles in allem hat der Mann recht. Denn dadurch, daß von den Kritikern die

grenzüberschreitende Region, das Schengener Abkommen und letztlich die Frage der Grenzziehung in einen Topf geworfen worden sind, hat eine folgenschwere Emotionalisierung der Diskussion stattgefunden. Zu dieser Emotionalisierung hat auch der offene Brief des Sønderjylland-Komitees erheblich beigetragen, unter anderem unterschrieben von Karl Otto Meyer und von Ihnen, Frau Spoorendonk.

Meine Damen und Herren, wir sollten jetzt - auch durch die Entschließung, die wir heute verabschieden - wieder zur Rationalität zurückkommen.

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Deshalb hoffen wir, daß sowohl die Vertreter des Landesteils Schleswig als auch die Vertreter Sønderjyllands, die die Gremien der gemeinsamen Region bilden werden, durch sachliche und praktische Zusammenarbeit alle Kritiker widerlegen werden und daß damit die 25. europäische Grenzregion - wie die anderen 24 auch - ein Erfolg sein wird.

Lassen Sie mich abschließend ankündigen, daß wir den Dringlichkeitsantrag aus der vergangenen Tagung, Drucksache 14/733, hiermit zurückziehen

(Holger Astrup [SPD]: Das überrascht aber!)

und lediglich den im Ausschuß beratenen Antrag, Drucksache 14/761, zur Abstimmung stellen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. von Hielmcrone.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da ich für das äußerst komplexe und schwierige Thema der deutsch-dänischen Zusammenarbeit in der Grenzregion ganze fünf Minuten Zeit habe, komme ich zum Schluß.

(Beifall des Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

Allerdings wissen Sie: Wenn der „gute“ Redner sagt, er komme zum Schluß, braucht er mindestens noch weitere fünf Minuten.

Wir stimmen dem Antrag der CDU heute zu, der jetzt auch „Zur Gründung der Region Schleswig/Sønderjylland“ heißt, zu. Wir stimmen dem Antrag zu, weil sich jetzt die äußeren Voraussetzungen gegenüber dem Zeitpunkt der Einbringung wesentlich geändert haben.

Zwischenzeitlich hat sich das **Folketing** in Kopenhagen mit dem Thema beschäftigt, und der **Amtsrat von Sønderjylland** hat zugestimmt. Wir greifen also einer Beschlußfassung auf dänischer Seite nicht vor,

(Gero Storjohann [CDU]: Hätten wir nie getan!)

vor allen Dingen nicht der des zuständigen Amtsrates.

Außerdem ist die Bezeichnung der Region im Antrag geändert worden. Auch das ist eine entscheidende Voraussetzung.

Abgesehen von der Tatsache, daß ich diesen Antrag nach wie vor für überflüssig halte -

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

wir alle sind natürlich für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit, wir alle sind dafür, daß Nachbarn gemeinsame Interessen zusammen wahrnehmen und zusammenarbeiten.

(Holger Astrup [SPD]: Morgen ist Sonnabend!)

Wer könnte etwas dagegen haben? Dem jetzt zuzustimmen, ist deswegen selbstverständlich. Aber erst jetzt ist es immerhin auch unschädlich geworden.

Da jetzt Freitagmittag ist und wir kurz vor der Sommerpause stehen und ich nicht allzu unfreundlich sein möchte, möchte ich auch nicht sehr viel zu Ihrem zweiten Antrag, dem Dringlichkeitsantrag, sagen. Nur kurz folgendes: Sie, meine Damen und Herren von der CDU, waren und sind gut beraten, diesen Antrag in der Versenkung verschwinden zu lassen, wo er hingehört; er war schlicht peinlich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Grunde dokumentiert dieser Antrag, den Sie jetzt zwar zurückgezogen haben, daß er die Kritik auf dänischer Seite kritisiert. Diese Kritik steht uns nun wahrlich nicht zu.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja! - Holger Astrup [SPD]: So ist es auch! - Meinhard Füllner [CDU]: So ein Dünnsinn! Das kann wahrlich nicht angehen! - Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Genau das steht drin!)

- Wissen Sie, Sie haben nichts, aber auch rein gar nichts verstanden! Damit befinden Sie sich natürlich im Einklang mit Ihrem Herrn Bundeskanzler, der von weiter Ferne und aus hohen Höhen meint, jetzt auch noch seinen Segen dazugeben zu sollen. Aber er ist eben sehr entrückt, und das gilt nicht nur hierfür.

(Gero Storjohann [CDU]: Meinen Sie denn, es ist falsch, was er gesagt hat? - Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben nämlich mit der Kritik und dem, was Sie gesagt haben, etwas sehr Ähnliches getan wie die massiven und zum Teil auch unsachlichen Einlassungen auf dänischer Seite, die wir hier durchaus zur Kenntnis nehmen müssen, aber die zu kritisieren wir nicht das Recht haben. Wir sollen uns gleichwohl mit ihr auseinandersetzen. Beides zeugt nämlich von einem - wie ich meine - tiefen Unverständnis für die jeweils andere Seite. Dieses tiefe Unverständnis haben Sie heute wieder unter Beweis gestellt.

Wenn wir einmal versuchen - das empfehle ich Ihnen -, die Kritik auf dänischer Seite zu verstehen, müssen wir feststellen, daß wir uns viele Jahre in einem fatalen Irrtum befunden haben. Wir haben dem Märchen vom „Ende der Geschichte“ im **deutsch-dänischen Grenzraum** geglaubt. Wir haben geglaubt, alles sei gut und die Geschichte der letzten 60 Jahre sei vergessen, die deutsche Besatzung unseres wehrlosen Nachbarn im Zweiten Weltkrieg gehe uns nichts mehr an, und zwar schon deswegen, weil wir ja die Dänen so gern haben, das dänische Volk ja so nett ist, das alles so gemütlich ist und wir auch den Aquavit gern trinken. Aber: Aquavit allein tut es freilich nicht.

Wir haben nämlich nicht gemerkt, daß wir in Wahrheit nicht so viel voneinander wissen, wie wir meinen, daß wir wirklich nur eine oberflächliche Kenntnis von dem haben, was drüben vor sich geht. In Wahrheit haben wir in den letzten Jahrzehnten weniger miteinander als

vielmehr nebeneinander gelebt, vom Füreinander ganz zu schweigen.

Jetzt werden wir aus diesen Träumen unsanft geweckt, und wir schrecken auf. Die Demonstrationen könnten so ein heilsamer Schock sein und dazu führen, sich wieder miteinander zu beschäftigen, gemeinsam darüber nachzudenken, daß Deutsche und Dänen beispielsweise ein ganz anderes Staatsverhältnis und -verständnis haben.

In Dänemark ist unser **föderaler Staatsaufbau** unbekannt und unverständlich. Dänemark ist nämlich kein Land der Regionen, wie kürzlich Professor Uffe Østergaard aus Aarhus wieder festgestellt hat. Deswegen ist der Begriff der Region für Dänen auch so irritierend.

Gerade hier besteht auch ein ganz fundamentaler Unterschied zwischen Deutschland und Dänemark. Es war die Übernahme des föderalen Prinzips in Deutschland durch das **Gottorfer Herzogtum** - die Übernahme dieses Exportartikels sozusagen -, die zum heutigen Bundesland Schleswig-Holstein geführt hat, die aber andererseits den dänischen Staat im Kern traf. Und: Ironie der Geschichte - gerade in diesem Jahr, in dem das Thema wieder virulent wird, feiern wir den Gottorfer Staat mit einer großen und sehenswerten Ausstellung.

Hier müssen wir ansetzen. Wie können wir wirklich voneinander lernen? Wie können wir aufeinander zugehen und eingehen ohne Identitätsverlust? Hier wäre eine Aufgabe für Grenzverbände oder eine **europäische Akademie** im deutsch-dänischen Grenzraum. Hier wäre eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit wirklich notwendig, erstaunlicherweise immer noch notwendig, und zwar in lockerer Form und nicht institutionalisiert.

Wir haben die Dinge in den letzten Jahrzehnten zu einfach und zu selbstsicher genommen. Wir haben in unseren Bemühungen um gegenseitiges Kennenlernen und Verstehen nachgelassen. Hier müssen wir ansetzen. Lassen Sie uns diese Chance ergreifen. Lassen Sie die Menschen wieder zueinanderfinden. Fangen wir an, uns wieder auf diesen Weg zu begeben, nicht nur als Institutionen, sondern jeder einzelne. Wir haben noch viel zu tun. Die Debatte und Ihr Beitrag heute beweisen das. So, und für heute mache ich nun wirklich Schluß.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war ein klasse Schluß!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Es ist für mich manchmal schwer, nach dem Vorredner Hielmcrone aus Nordfriesland zu sprechen, weil er das wirklich gut macht. Das muß man einfach einmal sagen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich will trotzdem bei dem Text bleiben, den ich mir überlegt habe. Ich glaube, es ist wichtig, daß ich das tue, selbst angesichts der Tatsache, daß Sie Ihren - wie ich damals schon gesagt habe, wie ich damals fand und immer noch finde - schädlichen Antrag zurückgezogen haben.

Unsere Fraktion nämlich lehnt es ab, sich hier im Landtag mit diesem Antrag weiter zu beschäftigen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Brauchen Sie nicht, er ist zurückgezogen!)

- Sie haben ihn zu spät zurückgezogen. Er hat ja lange genug im Raum gestanden - bis jetzt, unmittelbar an die Debatte heran, und das, obwohl klar ist, daß er von einem wesentlich veränderten, dann gemeinsamen Antrag aus dem Europaausschuß abgelöst wird! Das muß man doch sehr deutlich sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Gero Storjohann [CDU])

Die CDU hat einen untauglichen Versuch gemacht, sich in ein sehr sensibles Geschäft sehr unsensibel einzumischen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich überlege mir, daß der Ältestenrat Reisen macht, um Freundschaft, Partnerschaft und ähnliches zu entwickeln, in unsere Partnerländer im Ostseeraum - wie auch immer; selbst, wenn es Grönland oder Island ist, die bekanntermaßen in der Nordsee oder im Atlantik liegen. Da wollen wir lernen, freundlich und sensibel und partnerschaftlich miteinander umzugehen.

Und dann hier so etwas! Liebe Leute, ich habe da meine Bedenken.

Auch die Gratulation des Bundeskanzlers - na gut, zum Glück hat er sich nicht früher dazu geäußert. Heute ist es unschädlich. Aber, gut, er hätte es auch lassen können.

Wir sind der Ansicht, daß sich der **Landtag** aus den Aktivitäten der drei nördlichen Kreise und des Amtes Sønderjylland herauszuhalten hat. Nicht umsonst ist der **Regionalrat** als oberstes Beschlußorgan mit je 21 dänischen und deutschen Vertreterinnen und Vertretern der Kommunalpolitik besetzt. Folketing und Landtag können und sollen jeweils Beobachterinnen und Beobachter - also Personen, die das Ganze mit einem bestimmten Abstand von außen betrachten - entsenden.

Die Proteste der Menschen an der dänischen Grenze drückten doch unter anderem auch Angst davor aus, daß ihnen hier etwas übergestülpt werden soll. Damit, daß wir die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** auf höchste landespolitische Ebene rücken, würden wir solche Ängste nur nähren.

Außerdem ist dieses Signal - ich sagte es bereits - vollkommen überflüssig. Schließlich ist nun auch die Zustimmung von allen beteiligten Kreisparlamenten erfolgt. Aus meiner Zeit als Kommunalpolitikerin weiß ich nur zu gut, wie ärgerlich es ist, wenn sich das Kieler Landesparlament in die Kompetenzen der Kreistage einmischt.

Ich habe Verständnis für die Ängste der dänischen Minderheit, auch wenn mir nationalistisch klingende Töne immer mißfallen. Die Politik der Bundesregierung hat solche Ängste in den letzten Jahren ja nicht gerade schmälern geholfen. Immer wieder ist für politisch sensible Menschen Großmachtstreben aus Bonn zu spüren,

(Gero Storjohann [CDU]: Quatsch! Das geht wieder von Bonn aus, ja?)

jetzt etwa auch in der Europapolitik des Bundesfinanzministers.

Da empfinde ich Ihren Dringlichkeitsantrag, verehrte Damen und Herren von der CDU-Fraktion - ich sagte es bereits -, als höchst unangebracht. Auch wenn wir die Kritik der dänischen Minderheit vielleicht für unverständlich halten, so ist es nicht unsere Aufgabe als Landtag, diese zurückzuweisen, und schon gar nicht in

dieser bevormundenden und wiederum die Ängste bestätigenden Weise, wie Sie das getan haben.

(Holger Astrup [SPD]: Richtig! - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die **Region Schleswig/Sønderjylland** ist ein Schritt auf dem Weg zu einem bürgernahen Europa der Regionen. Geduldig und ohne gegenseitige Überforderung soll hier aus Nachbarschaft Partnerschaft werden. Die kulturelle Selbständigkeit und die Kompetenzen der Kommunalparlamente bleiben unberührt.

Ich verstehe den Beschluß des Amtsråd Sønderjylland, der Kreistage Nordfriesland und Schleswig-Flensburg sowie der Ratsversammlung Flensburg als Selbstverpflichtung der beteiligten Menschen zu mehr Offenheit und mehr Interesse am anderen. Der **Regionalrat** soll jedem seiner Mitglieder die Möglichkeit geben, in seiner Muttersprache zu sprechen und auch verstanden zu werden. Hier haben sicherlich vor allem die deutschen Mitglieder einiges zu lernen.

Der **Kreistag Nordfriesland** hat vor einiger Zeit beschlossen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung die Möglichkeit zu geben, Dänisch zu lernen. Das halte ich für vorbildlich, war es doch bislang aufgrund der Toleranz und der Zuvorkommenheit der dänischen Seite bei den Zusammentreffen meist Usus, deutsch zu sprechen.

Nun sind unsere Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen in der Pflicht, Dänisch zu lernen, wenn es ihnen mit der Zusammenarbeit ernst ist. Für mich ist das ein kleiner Schritt hin zu einer offeneren, **multikulturellen Gesellschaft**, die, wie Sie wissen, gerade hier im Norden und vor allem im ländlichen Raum des Landesteils Schleswig noch kaum zu finden ist, wohl auch wegen des bedauerlich geringen Ausländer- und Ausländerinnenanteils in der Region.

Und noch eines: Die Anregung der **Gleichstellungsbeauftragten** aus Nordfriesland in Absprache mit den anderen Gleichstellungsbeauftragten, als Ziel der Region Schleswig/Sønderjylland in § 2 der Vereinbarung bei der Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung die Chancengleichheit der Geschlechter ausdrücklich zu erwähnen, halte ich für sinnvoll und notwendig. Gerade in diesem Punkt - das hat die UN wieder bestätigt - können wir von unseren dänischen Nachbarinnen sicherlich einiges lernen.

Ein letztes Wort zum **Regionalrat**. Dieser ist mit 21 Vertreterinnen und Vertretern aus dem Sønderjylland Amtsråd und insgesamt 21 Vertreterinnen und Vertretern der Kreistage Nordfriesland, Schleswig-Flensburg und der Ratsversammlung Flensburg besetzt. Doch nach den derzeitigen Beschlüssen der deutschen Kommunalparlamente, die jedes für sich sieben Vertreterinnen oder Vertreter entsenden, haben die Grünen nur einen halben Sitz, obwohl zehn der 133 Kreistagsabgeordneten unserer Partei angehören. Um dem Maßstab der Demokratie zu genügen, hätte der Regionalrat nach unserer Ansicht gewählt werden müssen. Doch wir suchen unabhängig von Regionalrat und Gremien weiterhin die partnerschaftliche Sachzusammenarbeit über Gebietsgrenzen und Staatsgrenzen hinweg und werden die Entwicklung der Region aktiv mitgestalten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Debatte könnte unter der Überschrift stehen „Ende gut, alles gut“. Die Diskussion über die **Euroregion Schleswig** hat unzweifelhaft eine gewisse unerfreuliche Begleitmusik gehabt. Ich finde, es ist sehr gut, daß die regionalen Gebietskörperschaften im Grenzland sich, was den Namen betrifft, nun auf eine Lösung geeinigt haben, die manche Bedenken und Vorbehalte auf der dänischen Seite beseitigt. Es ist gut, daß nun die Arbeit in der Sache in dieser Region weitergeht. Ich bin fest überzeugt, daß die Aufregungen der letzten Wochen in einigen Jahren vergessen sein werden.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Hoffentlich eher!)

Man wird einsehen, daß es eine gute Sache ist im Interesse der gemeinsamen Zukunft und der Wahrung der Zukunftschancen der Menschen auf beiden Seiten der Grenze, wenn besser und intensiver in neuer Form zusammengearbeitet wird.

Das soll nun in der Zukunft sachgerecht und effektiv durch die neugeschaffenen Institutionen geschehen. Wir unterstützen dies und sind froh darüber, daß das **Folketing** in Kopenhagen mit überwältigender

Mehrheit seine Unterstützung für die Arbeit der regionalen Gebietskörperschaften signalisiert hat.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, es ist gut, daß nun auch der Schleswig-Holsteinische Landtag die **Resolution** einstimmig verabschiedet, in der dies alles gutgeheißen wird. Wenn man so etwas einstimmig verabschiedet, dann ist offensichtlich der Antrag, der der Debatte zugrunde lag, nicht überflüssig gewesen. Und wir sollten die Debatte über die kontroversen Punkte nicht allzu intensiv weiterführen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorab möchte ich mich ausdrücklich bei dem Kollegen Hielmcrone für seinen Redebeitrag bedanken. Und nun möchte ich zwei Bemerkungen machen. Die erste nicht so im Sinne von „Hier irrt Goethe“, aber doch mit der Feststellung verbunden, daß sich das dänische **Folketing** dafür ausgesprochen hat, sich nicht einmischen zu wollen. Das hat man mit überwältigender Mehrheit beschlossen, und das ist gut so.

Nun die zweite Bemerkung; sie gilt Frau Kollegin Fröhlich. Die **dänische Minderheit** gibt es nicht. Ich habe immer wieder das Gefühl, daß es einfacher ist, einen Sack Flöhe zu hüten, als mit meinen Freunden aus der Minderheit zurechtzukommen.

(Heiterkeit - Meinhard Füllner [CDU]:
Das haben Sie aber so unterschrieben! -
Zurufe)

- Nein, keiner hat mit „die Minderheit“ unterschrieben. Die gibt es nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

- Ja, als Person, aber das haben wir ja schon das letzte Mal geklärt.

(Zurufe)

Nun möchte ich ein paar Bemerkungen zu dem vorliegenden Antrag machen. Im SSW gibt es - das wissen Sie mittlerweile - sowohl Befürworter als auch Gegner der Euroregion oder - wie sie jetzt genannt wird - der **Region Sønderjylland/Schleswig**. Das gleiche gilt für die Parteien und für die Bevölkerung in Sønderjylland. Die Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen des SSW in den Kreisen Nordfriesland, Schleswig-Flensburg und der Stadt Flensburg haben sich für die gewählte Konstruktion, das heißt für die Errichtung dieses Regionalrates, ausgesprochen. Das respektiere ich - ich habe das immer wieder hervorgehoben -, denn es geht ihnen natürlich darum, den Einfluß für den SSW zu wahren, um die Zukunft mitgestalten zu können. In allen drei Gebietskörperschaften haben sie sich jedoch auch kritisch dazu geäußert.

Ich habe im Laufe dieser langen Debatte vieles gelernt; das will ich selbstkritisch hinzufügen. Ich habe unter anderem auch gelernt, daß ein solches Thema, das so medienwirksam ist, anfängt, ein Eigenleben zu entwickeln. Das stimmt bedenklich, und ich weiß im Grunde genommen nicht, wie man sich dagegen wehren kann.

Ich habe mich im Laufe der Debatte auch mehrfach von den Gewaltanwendungen und den schiefen - sprich nationalistischen Tönen - in der Debatte distanziert. Das muß auch noch einmal deutlich hervorgehoben werden, und das müßte dann meiner Meinung nach auch reichen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wollte eine sachliche Debatte, und aus meiner Sicht geht es ja darum, die unterschiedlichen Visionen einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gegeneinander abzuwägen. Denn wir sind uns alle darin einig, daß es übergeordnet gesehen um verbesserte Bedingungen in der Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg gehen muß.

Konzipiert ist die Vereinbarung nach der Charta für europäische Grenzregionen und grenzüberschreitende Regionen, es ist also kein aus der Region kommender Lösungsansatz. Das halte ich für problematisch, wenn ich auch Verständnis dafür habe, daß Kritik in der Richtung hervorgebracht worden ist, daß nicht von oben verordnet werden darf, was von unten wachsen muß. Die besten Lösungen sind immer noch diejenigen, die für den bestimmten Einzelfall im Grenzland

konzipiert und damit auch dem Grenzland angepaßt sind.

Deswegen meine ich, daß die grenzüberschreitende Zusammenarbeit dezentral organisiert sein muß, damit auch eine grenzüberschreitende Debatte stattfinden kann. Eine solche Debatte hätten wir ja auch gern gehabt. Ich hoffe, daß wir das gelernt haben bei dem, was jetzt gelaufen ist.

Mit dem **Regionalrat** und dem dazugehörigen Vorstand findet aber eine **Zentralisierung** statt. Das neue Gremium soll beraten und gute Projekte vorantreiben. Alle Zielsetzungen, die im Vertragstext aufgeführt stehen, können aber mit anderen, dezentralen Konstruktionen auf den Weg gebracht werden. Ich sehe die Gefahr, daß die Eigendynamik eines solchen Gremiums dazu führen wird, daß die demokratisch gewählten Gremien nördlich und südlich der Grenze dazu gezwungen werden, das Beschlossene umzusetzen, das heißt, daß sie in ihrer Entscheidungskompetenz eingeschränkt werden.

Der SSW hat sich auf kommunalpolitischer Ebene unter anderem immer wieder gegen eine „Beiratsdemokratie“ ausgesprochen, das heißt gegen eine Verzerrung des Wählerwillens. Wir sind für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und gegen die Dominanz der Verwaltung in den Kommunen. Genau den Fehler macht man in der Zusammensetzung des Regionalrats.

Natürlich stimme ich gegen die Drucksache 14/733, wo die Kritik der Vertreter der dänischen Minderheit an der Euroregion verurteilt werden soll.

Ich begrüße es, daß die CDU diesen Antrag zurückgezogen hat.

Ich möchte die CDU aber noch einmal daran erinnern, daß Freiheit immer auch die Freiheit des Andersdenkenden ist. Der SSW hat sich immer für eine intensive,

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmerne [SPD])

grenzüberschreitende Zusammenarbeit im deutsch-dänischen Grenzland starkgemacht. Aber in unserem Demokratieverständnis ist auch Platz für Meinungsvielfalt, und diese Meinungsvielfalt beinhaltet auch verschiedene Positionen dazu, wie grenzüberschreitende Zusammenarbeit konkret realisiert werden soll.

Zum Schluß möchte ich dann noch einmal darauf hinweisen, daß solche Anträge nur die Aufregung im Grenzland schüren und nicht zu einem harmonischen Nachbarschaftsverhältnis beitragen. Das gilt im übrigen auch für den Vorschlag der Jungen Union, der die Freistellung des SSW von der 5%-Klausel im Zusammenhang mit einer Wahlrechtsänderung in Frage stellt, die - das ist ja der Witz an der Sache - von uns gar nicht gewollt ist.

Wie gesagt: Ich bin froh, daß wir heute doch eine sehr ruhige und eine sehr abgewogene Debatte zu diesem Thema gehabt haben. Ich persönlich habe Schwierigkeiten mit dem Antrag. Ich möchte aber - das soll auch gern positiv aufgefaßt werden - ein Zeichen setzen und mich aus Respekt vor der Diskussion und den Änderungen im Text der grenzübergreifenden Region hier der Stimme enthalten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Martin Kayenburg [CDU])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Abgeordneten de Jager das Wort.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ohne Ihre Geduld noch allzusehr zu strapazieren, lassen Sie mich noch einige Anmerkungen machen. Frau Spoorendonk, Ihnen möchte ich zunächst für Ihren Beitrag danken, weil ich ihn für sehr sachlich gehalten habe.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Ich glaube auch, wenn Ihre Einlassungen von Anfang an so gewesen wären wie hier eben vom Rednerpult aus,

(Anke Spoorendonk [SSW]: Das waren sie!)

dann hätte es viele Aufregungen nicht gegeben.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist aber eine merkwürdige Verkehrung! Finde ich frech! - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Nein, nein, Herr Astrup. Was man wirklich einmal festhalten muß, ist doch die Tatsache: Wenn man uns immer vorwirft, wir schürten

(Holger Astrup [SPD]: Ja, sicher! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben immer noch nichts begriffen!)

- Nein, nein -, dann wird dadurch der Spieß umgedreht. Wir haben doch überhaupt nicht gespürt,

(Holger Astrup [SPD]: Richtig! Sie haben nichts gespürt! - Jürgen Weber [SPD]: Keine Zwiegespräche dort vorn bitte!)

wir haben doch nur reagiert. - Ja, das finde ich auch. Ich bin ja auch bemüht, hier allein weiterzureden.

(Holger Astrup [SPD]: Gut, ich sage jetzt auch nichts mehr!)

Was aber immer gesagt wurde, ist, wir würden die Partnerschaft zerstören, indem wir eindeutig Position bezogen hätten. Das ist natürlich deshalb Unsinn, weil **Partnerschaft** nicht so aussehen kann, daß man seine eigene Meinung nicht vertreten kann. Es ist doch nicht so, daß man sich gegen die Kritik, die dann auch an diesem **europapolitischen Projekt** geübt worden ist, nicht wehren und seine Auffassung nicht weiter vortragen darf. Insofern ist das schon in Ordnung.

Daß gesagt wurde, daß unser Dringlichkeitsantrag unter die Gürtellinie gegangen ist, weil er die dänische Minderheit kritisiert, lasse ich wiederum auch nicht gelten; denn die Vertreter der dänischen Minderheit sind ja auch von Vertretern der dänischen Minderheit kritisiert worden. Ich habe doch gerade Stefan Seidler zitiert; man könnte die Zitateliste weiter ausführen. Das ist also offenbar eine Sache, die dort auch strittig ist. Ich glaube, daß es auch unser gutes Recht ist, hier in der **parlamentarischen Auseinandersetzung** Position zu beziehen, weil die Freiheit natürlich immer die Freiheit der Andersdenkenden ist. Aber dahinter steht natürlich die Freiheit, für meine Position zu stehen, überhaupt nicht zurück.

Frau Fröhlich, ein Wort zu dem, was Sie gesagt haben: Wir haben uns ja daran gewöhnt, daß Bonn mittlerweile in diesem Parlament an vielem schuld ist.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Daß Bonn und die Bundespolitik nun auch daran schuld sein sollen, daß es an der Grenze zu Aufregungen gekommen ist, das müssen wir wirklich zurückweisen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich nie gesagt! Das ist Quatsch!)

- Doch, doch, das kam ganz genau durch. Das, was Sie dort gesagt haben, ist natürlich nicht richtig, und wir müssen es zurückweisen.

Ein letzter Punkt zu Ihnen, Herr von Hielmcrone! Unser Dringlichkeitsantrag - so sagten Sie - sei peinlich gewesen. Sie hatten sich ja dazu auch schon damals in der Pressemitteilung geäußert. Ich persönlich glaube, daß Sie, nur weil sie promovierter Nordfrieße sind, kein Monopol auf die politisch korrekte Meinung in dieser Frage haben.

(Beifall bei der CDU)

Insofern lassen wir dort Belehrungen nicht gelten.

Vielleicht noch ein Wort dazu, weshalb wir den Dringlichkeitsantrag zurückziehen: Wir ziehen ihn aus dem einzigen Grund zurück, weil wir wollen, daß diese Entschließung, die wir hier heute fast einstimmig verabschieden werden, nicht dadurch getrübt wird, daß wir an einer anderen Stelle einen Meinungsstreit haben. Deshalb gehen wir nur mit dieser einen Sache in die Abstimmung.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Minister Walter, es liegen noch zwei Wortmeldungen nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung vor. Würden Sie die vorlassen? - Gut.

Dann hat als erste Frau Spoorendonk nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will nicht kleinlich sein, aber wenn Sie, Herr de Jager, sagen, daß ich mich nicht sachlich geäußert hätte, dann kann ich das nicht nachvollziehen. Ich habe etwas unterschrieben; ich habe erklärt, was dahintersteckt. Das ist mein persönliches Recht - so finde ich -, auch als Abgeordnete. Ich habe nur als Anke Spoorendonk

unterschrieben und nicht als Abgeordnete. Aber ich denke schon, daß ich eine **sachliche Debatte** von Anfang an wollte. Aber das haben Sie nicht begriffen.

Das Thema interessiert mich natürlich sehr. Ich engagiere mich auch zu diesem Thema, und Sie können mir vielleicht vorwerfen, daß ich nicht gelassen genug geantwortet hätte, aber Gelassenheit gehört nun einmal nicht zu meinen starken Seiten.

(Heiterkeit der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dann will ich Ihnen aber noch einmal etwas sagen, weil das auch der eigentliche Grund dafür ist, daß ich mich noch einmal zu Wort gemeldet habe: Anscheinend haben Sie immer noch nicht begriffen, daß solche **Pauschaläußerungen** wie „die Minderheit“, „die Dänen“, „die Deutschen“ nicht sehr konstruktiv wirken. Wir leben in einer Gesellschaft - zum Glück -, in der es Meinungsfreiheit, in der es Versammlungsfreiheit, in der es diese Grundrechte gibt. Daran sollten wir festhalten, und deshalb kann es auch nicht richtig sein zu sagen, „die dänische Minderheit“ hat sich geäußert. So ist es nicht gewesen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ebenfalls nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Dr. von Hielmcrone das Wort.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich höre dir ja immer gern zu! Aber das ist jetzt einmal zuviel!)

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Jedes Argument erzeugt natürlich das nächste Argument. Das ist gar nicht zu vermeiden. - Herr de Jager, wenn Sie sagen, Sie hätten nur reagiert, dann kommt mir das so vor, als würde jemand, der an einem Feuer vorbeikommt, Benzin hineingießen und sagen, er habe nur reagiert. Dann muß man sich doch fragen: Ist der eigentlich Pyromane? Sie haben das Feuer angefacht. Das ist eigentlich das schlimme dabei.

(Widerspruch bei der CDU - Jost de Jager [CDU]: Das ist eine Verdrehung der Tatsachen!)

Der nächste Punkt: Sie haben - das ist eigentlich das erschütternde dabei; darüber müßten Sie auch einmal nachdenken - letztlich aus dieser ganzen Diskussion überhaupt

(Holger Astrup [SPD]: Nichts gelernt!)

nichts gelernt. Sie weigern sich auch, daraus etwas zu lernen. Das ist das, was eigentlich unfroh macht, was auch wirklich besorgt macht. Sie müßten doch endlich begreifen, wie schwierig dieses Gebiet ist und wie vermint es ist. Halten Sie sich doch mit solchen Dingen zurück!

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich habe eigentlich gedacht, na gut, die haben eingesehen, daß dieser Dringlichkeitsantrag doch nicht das Richtige ist und haben ihn aus höherer Einsicht zurückgezogen. Aber diese Einsicht vermisste ich nun wirklich bei Ihnen.

Wie kommen Sie eigentlich dazu, jemanden aufgrund der Wahrnehmung seines Rechtes auf Kritik hier in diesem Haus maßregeln zu wollen? - Das ist es doch.

(Widerspruch des Abgeordneten Jost de Jager [CDU])

Man muß das doch auch einmal hinnehmen. - Dann muß ich Ihnen aber sagen: Man soll Kritik auch einmal zur Kenntnis nehmen und auch einmal schweigen. Es gibt dieses wunderschöne Wort „Si tacuisses, philosophus mansisses!“ - Das werden Sie für sich nicht in Anspruch nehmen können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat jetzt Herr Minister Walter.

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten:

Meine Damen und Herren, ich will dem vielen Richtigen, was hier in der Debatte gesagt worden ist - vor allen Dingen der Aufforderung zur Nachdenklichkeit, die ich insbesondere in der Rede von Herrn von Hielmcrone gesehen habe -, nicht viel hinzufügen und besonders das nicht wiederholen, was Richtiges gesagt worden ist.

Mir liegt eigentlich nur noch daran, drei ganz kurze Bemerkungen zu machen. Das eine ist folgendes. Ich möchte mich auch vor diesem Plenum ausdrücklich bei allen bedanken, die sich in den letzten Wochen um eine sachliche Diskussion bemüht haben. Insbesondere möchte ich mich bei Amtsbürgermeister Kresten Philipsen bedanken,

(Beifall im ganzen Haus)

weil der nämlich in den letzten Wochen und Monaten viel aushalten mußte - darunter nicht nur Anständiges. Er hat mit seiner Art der Reaktion, die ja nicht ganz leicht war, wie kein anderer gezeigt, daß wir uns die gute und über die Jahre immer besser gewordene **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** von niemandem kaputtreden lassen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist das eine, was ich gern sagen wollte.

Das zweite: Wie immer man es einschätzt, Frau Sporendonk - ich habe Ihren Beitrag so verstanden, daß wir dieser neuen Vereinbarung und diesem neuen Gremium jetzt auch einmal eine Chance geben sollten, um zu zeigen, daß es eben nicht das Projekt von oben ist - das ist es übrigens wirklich nicht -, sondern daß es **Europa von unten** im guten Sinne des Wortes ist.

Ich habe kürzlich eine interessante Diskussion mit der früheren polnischen Ministerpräsidentin Suchocka auf einer Veranstaltung in Berlin gehabt, die die Landesvertretung dort zum deutsch-polnischen Verhältnis durchgeführt hat. Sie hat über die Geschichte der grenzüberschreitenden **Zusammenarbeit** zwischen **Deutschen und Polen berichtet**, die übrigens bei ihrer Geburt in Polen viel mehr negative Reaktionen ausgelöst hat, als das vergleichsweise in dieser Diskussion der Fall ist. Sie hat beschrieben, wie gerade diese Konstruktion zu einem Motor deutsch-polnischer Verständigung geworden ist. Ich möchte das nicht übertragen, aber ich möchte sagen, laßt uns dieser neuen Konstruktion, die die Region selbst gewählt hat, eine Chance geben. Man wird sehen, daß es eben nicht um die Einebnung kultureller Identitäten geht, sondern gerade um ihr befruchtendes Miteinander, weil gerade das die Stärke des Grenzlandes ist - wenn man so will, das genetische Reservoir des Grenzlandes.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht um die Weiterentwicklung der guten Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg und nicht um deren Abschaffung. Ich denke, das wird man in der Praxis sehen. Die Repräsentanten des Grenzlandes haben selbst in der Hand, was daraus wird.

Mit dieser Vereinbarung hat sich das Grenzland selbst eine große Chance gegeben.

Ich möchte gern noch in Richtung unserer Partner der Zusammenarbeit in Sønderjylland sagen, daß diese Vereinbarung nicht den Rückzug der Landesregierung aus der Verantwortung für das Grenzland bedeutet. Wann immer es die Region wünscht, wird die Landesregierung - wo sie es kann - helfen und unterstützen. Es ist also kein Signal des Kurswechsels, sondern wir werden versuchen, das fortzusetzen, was wir bisher in die gute Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg eingebracht haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall' Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; ich schließe die Beratung.

Wir kommen zu den Abstimmungen. Zu Tagesordnungspunkt 15 ist der Antrag der CDU zurückgezogen worden.

Ich lasse also nur über den Tagesordnungspunkt 40, und zwar über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/563, in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung, abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei Enthaltung des SSW und des Abgeordneten Matthiessen ist das mit den Stimmen aller anderen so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 52 auf:

Bericht über die Weiterführung der Schleswig-Holstein-Repräsentanzen

Landtagsbeschluß vom 16. Mai 1997
Drucksache 14/713

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/795

Das Wort für den Bericht hat Herr Minister Walter.

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten:

Meine Damen und Herren! Nicht nur, weil der Vizepräsident mir schon einen entsprechenden Rat mit auf den Weg gegeben hat, sondern auch, weil seit längerer Zeit im Gästehaus der Landesregierung 30 Gäste aus Südschweden auf mich warten, weil wir uns in der Sache einig sind und sich das, was ich sagen möchte, im Bericht wiederfindet, fasse ich mich wirklich extrem kurz.

Die **Einrichtung dieser Ostseerepräsentanzen** hat sich auf vielfältige Art und Weise bewährt.

(Beifall der Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU] und Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Es ist eine sehr kostengünstige Konstruktion der engen Zusammenarbeit mit den Kammern, der südschwedischen Handelskammer und der Kammer zu Kiel. Ich möchte diesen Partnern der Zusammenarbeit ausdrücklich danken.

(Beifall der Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU] und Anke Spoorendonk [SSW])

Ich möchte denen danken, die als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Repräsentanzen in den letzten Jahren gewirkt haben und viel dazu beigetragen haben, Kontakte zu knüpfen und den Namen und den Ruf Schleswig-Holsteins zu mehren.

Vor diesem Hintergrund hat die Landesregierung beschlossen - ich hoffe sehr, daß das die Unterstützung des Parlaments findet -, daß wir diese Arbeit auch in den nächsten drei Jahren fortsetzen wollen.

(Beifall bei SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Wir wollen den Weg des Flaggezeigens vor Ort weiter fortsetzen. Ich hoffe dabei sehr auf Ihre Unterstützung. Wir sind zu detaillierten Diskussionen im Fachausschuß natürlich jederzeit bereit.

Sie werden dem Bericht entnehmen, daß ein kleines Fragezeichen zur Fortführung der Aktivitäten in Kaliningrad, in Königsberg, gesetzt wurde. Ich bin zu einem abschließenden Urteil im Augenblick nicht in der Lage. Ich weiß nur, daß die Partnerschaft und die Projekte der Zusammenarbeit durch die personellen Veränderungen vor Ort nicht leichter geworden sind. Ich fühle mich in diesem Urteil durch viele bestärkt, die die Situation noch besser als wir kennen. Darüber wird im Ausschuß zu gegebener Zeit noch einmal zu reden sein.

Im Grundsatz bleibt es bei dem Signal: Dieses kleine, sehr preisgünstige, effektive Stück schleswig-holsteinischer Außenpolitik - das soll es auch in Zukunft geben.

(Beifall)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich eröffne die Aussprache. Die Redner haben sich offenbar geeinigt, dann hat als erster Herr Saxe das Wort.

Bernd Saxe [SPD]:

Wir sind immer einigungsfähig, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Angesichts der fortgeschrittenen Zeit habe ich mich entschieden, Ihnen hier im Saal und den Damen und Herren, die sich zu wichtigen Gesprächen in der Kantine versammelt haben, drei Minuten meiner Redezeit zu schenken und nur zwei zu verbrauchen.

Wir hatten gestern abend einen sehr netten Abend mit der Delegation aus Schweden, die zur Zeit hier zu Gast ist. Der Leiter dieser Delegation, Herr Kaliff, Vorsitzender der Region Sydsam, hat in seiner kurzen Rede einen - wie ich fand - sehr hübschen Satz gesagt. Er hat gesagt, die Zusammenarbeit im Bereich der Ostsee sei nun aus der Gründungsphase heraus. Es liege nun an uns allen, gemeinsam dafür zu sorgen, daß sie für alle **Partnerregionen** rund um die **Ostsee** zu einem Heimspiel werde. Das ist in der Tat die Aufgabe, die jetzt vor uns liegt. Die Repräsentanzen Schleswig-Holsteins in den Regionen rund um die Ostsee leisten hierzu einen wichtigen Beitrag. Darum möchte ich nur sagen: Wir müssen sie fortführen, wir wollen sie ausbauen, wo immer es geht, und wir wollen auch - vorsichtig im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten und der Bereitschaft der Partner - ihre Zahl vermehren.

Dem vielfältigen Dank, den der Minister ausgesprochen hat, will ich mich ausdrücklich anschließen und damit zum Schluß kommen.

(Beifall)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter de Jager.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der frühe Freitag nachmittag ist erkennbar, alle Redner sind bestrebt, sich kurz zu fassen. Dem werde ich mich anschließen.

Herr Minister, es ist richtig, daß wir uns in bezug auf die Schleswig-Holstein-Repräsentanzen einig sind. Vor allem sind wir uns einig, was deren Bedeutung für die **Zusammenarbeit im Ostseeraum** anbelangt. Natürlich sind wir uns auch einig im Dank an den Einsatz der Mitarbeiter vor Ort, die die Arbeit dort tragen.

Gleichwohl sind wir uns unter Umständen in einigen Bereichen nicht einig. Das ist zum Beispiel die Frage der **Finanzausstattung**. Wir sind sehr dezidiert der Auffassung und haben in unseren Haushaltsanträge im Februar deutlich gemacht, daß für die Repräsentanzen in der Tat aus praktischen Erwägungen ein höherer Haushaltsansatz sinnvoll wäre. In dem Bericht selber wird auf die Inflationsraten Bezug genommen, die sehr hoch sind. Sie liegen bei 15 % in Polen und bei 20 % in Estland. Das heißt, daß wir mit den jetzigen Ansätzen und der Aufstockung des Geldes um 7.000 DM dort nicht hinterherkommen werden und daß daraus unter Umständen Nachteile für die Arbeit vor Ort entstehen.

Ein weiterer Punkt wird in dem Bericht nicht angesprochen, den wir vielleicht im Ausschuß vertiefen sollten. Es handelt sich um die Frage des **Büros in Danzig**. In dem Bericht heißt es pauschal, daß an der Trägerstruktur nicht gerüttelt werden soll - das begrüßen wir. Wir begrüßen auch die Fortführung. Man muß aber wissen, daß für das Büro in Danzig die **Bundesmittle** 1998 auslaufen werden. Dazu wird in dem Bericht nichts gesagt. Ich bringe das hier zur Sprache, weil es sich dabei um einen Punkt handelt, bei dem man über eine **Kompensation** durch Landesmittel nachdenken könnte. Diese Frage sollten wir im Ausschuß weiter vertiefen.

Lassen Sie mich zum Schluß noch ausführen, daß die Finanzausstattung zu dürftig ist. Das hat sich an dem - wie ich finde - unwürdigen Gezerre um die Einrichtung des Oslo-Hauses, des Schleswig-Holstein-Hauses in Oslo, gezeigt, bei dem es um eine Finanzierungslücke von 10.000 DM ging, die erst nach langem Hin und Her aus dem Verfügungsfond geschlossen werden konnte. Das heißt, daß diese Mittel nicht einmal im Haushalt auftauchen. Ich glaube, wenn wir mit so engen Margen operieren, nehmen wir uns eine ganze Menge Flexibilität, die wir eigentlich bräuchten. Insofern richte ich einen Appell an die Mehrheit des Hauses, uns bei der nächsten Haushaltsberatung darauf zu einigen, einige zehntausend Mark mehr für die Repräsentanzen zu bewilligen. Wenn wir trotz knapper Haushaltslage nicht in der Lage sind, einige zehntausend Mark zu bewegen, dann sind wir in der Tat unbeweglich geworden. - Das wollen wir alle nicht.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Enge Margen sind leider das, was uns im letzten Jahr begleitet hat und weiterhin begleiten wird. Nichtsdestotrotz, der Gesamtbetrag von 110.000 DM, der jährlich wieder in den Haushalt eingestellt werden soll, ist ein Betrag, den wir begrüßen. Es ist eine finanzielle Größenordnung, die weiß Gott nicht hochgegriffen ist. Das Engagement vor Ort macht deutlich, daß versucht wird, vor Ort mit diesem Geld relativ viel auf die Beine zu stellen. Wäre das Engagement nicht so groß, dann könnte mit dem Geld nicht soviel an Unterstützung laufen.

Die Grünen unterstützen den **Erhalt der Repräsentanzen** und ihre weitere Förderung. Wir begrüßen vor allem auch, daß der Beschluß wieder auf drei Jahre befristet werden soll. Ich denke, daß langfristig unser Ziel sein muß, Programme auf drei bis vier Jahre festzulegen und damit Planungssicherheit zu schaffen, uns aber auch die Möglichkeit zu eröffnen, die Sache nach drei oder vier Jahren neu zu bewerten und uns die Frage zu stellen, ob wir das weiter fördern wollen oder nicht und wenn ja, in welcher Höhe.

Daß der Ostseeraum im Rahmen des **Zusammenwachsens der Europäischen Union** einen unheimlich hohen Stellenwert hat, brauche ich nicht

extra zu betonen. Ich gehe davon aus, daß die Beratungen im Europaausschuß sehr umfangreich sein werden. Wir werden als Grüne darauf achten, daß die Kooperation in diesem Zusammenhang nicht nur damit begründet wird, daß wir davon wirtschaftlich profitieren, sondern daß insbesondere auch von der Situation der östlichen Länder der europäischen Regionen ausgegangen wird und wir versuchen, dazu beizutragen, daß diesen Ländern bessere Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung eingeräumt werden. Natürlich dürfen wir dabei die ökologischen Aspekte nicht vergessen. In diesem Sinne werden wir im Ausschuß unsere Diskussionsbeiträge einbringen.

(Beifall)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir nehmen den Bericht der Landesregierung zum Thema Schleswig-Holstein-Repräsentanzen zustimmend zur Kenntnis und möchten ausdrücklich betonen, der Bericht ist knapp und aussagekräftig. Das kann man nicht von allen Berichten der Landesregierung sagen. Deshalb ein ausdrückliches Lob an die Mitarbeiter.

(Beifall)

Wir sind zu der Überzeugung gekommen, daß an kaum einer anderen Stelle so effektiv für die Interessen des Landes Schleswig-Holstein gearbeitet wird. Die rund 100.000 DM, die die **Schleswig-Holstein-Repräsentanzen** den schleswig-holsteinischen Steuerzahlern kosten, sind gut angelegtes Geld. Wir sind der Meinung, zur Sparsamkeit trägt auch bei, daß in vorbildlicher Weise mit der IHK zusammengearbeitet wird und daß die Schleswig-Holstein-Repräsentanzen in Danzig und Tallinn in Form eines Joint-venture-Projektes mit der **IHK** eingerichtet wurden. Wir begrüßen dies. Eine Delegation des Schleswig-Holsteinischen Landtages hat sich davon vor zwei Jahren überzeugt.

Wir sagen Herrn Minister Walter die Unterstützung bei dieser Arbeit zu, und wir danken den Vertretern unseres Landes in den Partnerregionen, die durch ihren Einsatz diese Repräsentanzen zu einem Erfolg geführt haben, Herrn Botschafter Arne Lundquist, Herrn Lars Bosse und Herrn Dr. Ralph-Georg Tischer. Sie wirken im Interesse unseres Landes.

(Beifall)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta.

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Herren und Damen! Der SSW vertritt die Auffassung, daß die Schleswig-Holstein-Repräsentanzen auch in Zukunft weitergeführt werden sollten. Wir unterstützen daher die Haltung der Landesregierung, die Arbeit dieser Büros uneingeschränkt für drei Jahre fortzuführen.

In den **Schleswig-Holstein-Büros** in Südschweden, in Danzig, in Tallinn und in Kaliningrad konnten Wirtschaftsfragen bearbeitet und neue Unternehmenskontakte geknüpft sowie weiter ausgebaut werden. Zudem wurden auch kulturelle Aktivitäten und Kontakte gepflegt und Aktivitäten im wissenschaftlichen und sozialen Bereich vertieft; dies auch in **Zusammenarbeit mit der IHK** zu Kiel. Alles in allem ein Erfolg. Darum können wir nur abschließend feststellen, daß die Arbeit der Schleswig-Holstein-Büros auch in Zukunft wichtig sein wird, um die zukünftige schleswig-holsteinische Position in der Ostseeregion weiter zu stärken. Ein Rückzug aus dieser Form der Ostseekooperation würde nicht nur zu einem Imageverlust führen, sondern auch den Zugang zu neuen, künftigen Märkten erschweren. Gründe genug also dafür, die Schleswig-Holstein-Repräsentanzen weiterzuführen!

(Beifall)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung in den Europaausschuß - ich schlage vor, zur abschließenden Beratung - zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, der Abgeordnete Matthiessen hat mir mitgeteilt, daß er aus Versehen beim Tagesordnungspunkt 40 mit Enthaltung gestimmt hat. Er wollte dem Antrag der CDU, Drucksache 14/563, in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung zustimmen. Ich gebe das hiermit bekannt.

(Beifall bei der CDU)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Aufhebung des Jugendzahnpflegegesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 14/295

Bericht und Beschlußempfehlung des
Sozialausschusses
Drucksache 14/763

Das Wort hat zunächst die Berichterstatterin, die Frau Abgeordnete Walhorn.

Frauke Walhorn [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ausschuß hat sich in drei Sitzungen, nämlich am 11. November 1996, am 10. April 1997 und am 29. Mai 1997, mit dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU befaßt und immer wieder auf die Einigung der handelnden Personen gewartet. Nachdem diese Einigung nicht erfolgt ist, hat der Ausschuß mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU die Empfehlung ausgesprochen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist gemein!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Einzelberatung. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Eichelberg.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Antrag der CDU auf Aufhebung des seit 20 Jahren praktizierten und meines Erachtens überlebten Jugendzahnpflegegesetzes hatte die CDU am 31. Oktober letzten Jahres versucht, mehr Druck auf die Landesregierung und die Partner auszuüben, endlich zu einem modernen und umfassenden **Prophylaxekonzept** für unser Land zu kommen, wie es die Gesundheitsreform von 1992 verlangte. Das sollte schon zum 30. Juni 1993 sein. Vier Jahre laufen wir also hinterher.

Zweitens wollte die CDU die von allen Parteien des Hauses einstimmig propagierte **Entlastung der Kommunen** von einseitig verlagerten **Kosten** - hier bei den Kosten für die Jugendzahnpflege - vorantreiben, was sich durch die neue Gesetzgebung ohne Belastung für das Land leicht ermöglicht hätte.

Drittens wollten wir entsprechend den Worten des Bundespräsidenten und neuerdings auch der Ministerpräsidentin des Landes den Bürgern im Rahmen der **Gesundheitsvorsorge** auch bei der **Zahnpflege**, die sie derzeit nichts kostet, aber vor späteren Schäden bewahrt, mehr Eigeninitiative und Eigenverantwortung abverlangen.

Im Sozialausschuß haben wir uns dreimal mit der Materie beschäftigt. Wir sind zweimal vertröstet worden. Weil wir von der Notwendigkeit der Verhandlungen überzeugt waren, wollten wir die Verhandlungsführung nicht stören, zumal der Staatssekretär gesagt hatte, alle Dissenspunkte seien vom Tisch. Dies war ein Trugschluß. Genauso, wie wir Abgeordneten über die wirklichen **Verhandlungsprobleme** getäuscht waren, meine ich, daß auch die Landkreise kostenmäßig über den Tisch gezogen und die Zahnärzte zu Lösungen überredet werden sollten. Dies hätte zum Aufbau eines weiteren staatlichen Zahnärztesystems mit zentraler Leitung in Kiel geführt - neben den 2.000 niedergelassenen Ärzten in Schleswig-Holstein, und das auf Kosten der Kommunen, was ja sicher von uns keiner haben wollte. Ist es das, was wir bei der Landesregierung unter Funktionalreform verstehen? Ich glaube nicht.

Beinahe fünf Jahre ist verhandelt worden, und die Verhandlungen sind gescheitert. Somit ist Schleswig-Holstein meines Wissens das einzige Bundesland, das entsprechend § 21 SGB V keine Lösung gefunden hat. Wenn in den Kommunen und Kreisen keine Gelder da sind, um das Notwendige zu erbringen, dann kann man die Landräte und Kommunalpolitiker nicht zwingen, neue Jugendzahnärzte einzustellen und nach dem neuen Modell 45 % eines noch zu bildenden, aufgeblähten Prophylaxeapparates von rund 20 Millionen DM zu übernehmen statt der heute schon übernommenen Kosten von 4,5 Millionen DM.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt im Augenblick doch ganz andere Prioritäten in den Kommunen, um sich über Wasser zu halten, zumal der neue § 21 SGB V andere Lösungen vorsieht.

Es ist auch nicht einzusehen, warum schleswig-holsteinische Kreise mehr bezahlen sollen als zum Beispiel bayerische Kommunen. Es ist doch geradezu paradox, wenn diese Regierung den 16jährigen noch das Zähneputzen beibringen und sie überwachen will, während sie ihnen andererseits das Wahlrecht und Hasch zubilligen will.

(Beifall bei der CDU)

In Bayern ist über die Hälfte aller 6jährigen Kinder nach dem dort praktizierten Modell schon seit Jahren kariesfrei. Ist das nicht auch ein Ziel für uns? Wir verhandeln statt dessen und schaffen nichts.

Liebe Landtagskolleginnen und -kollegen, das Jugendzahnpflegegesetz von 1966 ist überholt. Lassen Sie uns - ähnlich wie im Tarifrecht - die Modelle der anderen Länder übernehmen. Dort ist es praktiziert; das ist doch der einfachste Weg. Warum muß jedes Land etwas Neues erfinden? Ich meine, daß wir dies unseren Kindern und unseren Kommunen schuldig sind.

Übrigens: Nach dem 2. NOG, das gerade verabschiedet worden ist, stehen den Kassen fast 300 Millionen DM für diese Maßnahmen zur Verfügung. Warum müssen wir für unsere Kinder noch extra bezahlen, während bei gleichen Krankenkassenbeiträgen für die Kinder in Bayern entsprechend gezahlt wird?

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Walhorn.

Frauke Walhorn [SPD]:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Herr Eichelberg, Sie haben von Vertröstung gesprochen, weil sich der Sozialausschuß in drei Sitzungen mit diesem Thema befaßt habe. Dem möchte ich ausdrücklich widersprechen. Wir haben das Thema Aufhebung des Jugendzahnpflegegesetzes deshalb in drei Sitzungen behandelt, weil wir den handelnden Personen Gelegenheit geben wollten, ausführlich zu beraten und zu einer Einigung zu kommen.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Das habe ich doch gesagt!)

- Nein, das haben Sie nicht gesagt! Sie haben gesagt, wir seien dreimal vertröstet worden. Das, mit Verlaub, ist nun nicht richtig.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Krankenkassen, Landkreistag und Städtetag hatten sich auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt. Sie wollten gemeinsam mit dem Sozialministerium in dieser Frage vorgehen. Daß nun einzelne - in diesem Fall die Zahnärzte - ausgeschert sind, hat mit Sicherheit nicht die Sozialministerin zu verantworten.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Es bestand also die Absicht, die Vereinbarung kurzfristig zu paraphieren. Die endgültige Unterzeichnung mit den ergänzenden Ausführungsbestimmungen hätte nach Zustimmung durch die Gremien dann auch erfolgen können. Damit hätten wir eine sinnvolle Regelung für die Zahnprophylaxe bei Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein gehabt, die in der Zeitschrift „Der kritische Zahnarzt“ - wenn Sie diese Zeitschrift aufmerksam gelesen hätten, wüßten Sie dies - als erfreuliche Tendenz und Silberstreif am Horizont regionaler Aktivitäten bezeichnet worden ist.

Auch die Vertreter der **Zahnärztekammer** haben das offenbar nicht gelesen. Sie haben es abgelehnt, sich zu beteiligen, weil sie in ihren Gremien noch nicht zu einer Einigung gefunden hatten. Sie wollten sich bis Ende Mai äußern, haben das dann aber auch nicht geschafft. Bis jetzt gibt es immer noch keine Zustimmung seitens der Zahnärztekammer. Die Planung, mit Landkreistag, Städtetag und Sozialministerium zu einem gemeinsamen Abschluß zu kommen, ist aufgrund der Termenschwierigkeiten des Landkreistages und nicht aufgrund der Termenschwierigkeiten der Ministerin gescheitert. Nein, Herr Eichelberg, dem Ministerium hier Vorwürfe zu machen, ist falsch.

Wir sind der Auffassung, daß das schleswig-holsteinische Jugendzahnpflegegesetz, solange sich die Handelnden nicht einig werden, eine gute und sinnvolle Sache ist. Wir werden Ihren Gesetzentwurf deshalb ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Böttcher.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erstens. Ich bedauere es, daß wir das heute diskutieren müssen.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup
[SPD])

Wir hätten uns im Ausschuß auch darauf verständigen können, daß wir uns das dann, wenn Einigkeit erzielt ist, ansehen und dann überlegen, ob wir das Gesetz aufheben sollten oder nicht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Herr Eichelberg hat aber darauf bestanden, daß wir das abschließend behandeln. Deshalb diskutieren wir das heute.

Zweitens. Ich halte es auch nicht für richtig - dies ist aus meiner Sicht nicht nachvollziehbar -, daß man sich hier hinstellt und sagt, wir müßten die Kommunen und Kreise davon entlasten; denn ich habe zum Beispiel in meinem Kreis nachgefragt, was sie davon halten. Da wurde mir gesagt, daß wir das bloß nicht aufheben sollten, weil sie sich selber einigen wollten; auch sie sind daran interessiert, daß die Jugendzahnpflege weiterläuft.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler
[SPD])

Drittens. Offensichtlich braucht die Zahnärztekammer Druck, damit die Vereinbarung endlich unterzeichnet wird.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

Vielleicht geschieht das ja auch, wenn die Neuwahlen in der Zahnärztekammer stattgefunden haben, der Wahlkampf vorbei ist und dort die Positionen neu bezogen werden.

Daß es nötig ist, die Zahnpflege in diesem Land vernünftig zu organisieren, zeigt auch der Bericht zum **Gesundheitszustand** der Kinder, den die Sozialministerin vorgelegt hat.

Herr Eichelberg, wir hätten diese Debatte heute nicht führen müssen. Wir hätten sie auch nicht in dieser Schärfe führen müssen; wir hätten uns diesbezüglich einigen können. Gegensätze aufzubauen, wo vielleicht keine Gegensätze sind, ist immer so, als wenn man

einen Sack aufbläst, um dann nachher draufzuschlagen. Das halte ich nicht für angemessen, zumal die Diskussion im Sozialausschuß immer solidarisch und ohne besonders kämpferische Ambitionen von allen Seiten geführt worden ist. Aus diesem Grund schlage ich vor, den Gesetzentwurf abzulehnen, weil die CDU auf Abstimmung besteht. Wir können uns über das Thema gern unterhalten, wenn eine Vereinbarung vorliegt. Dann haben alle noch einmal die Möglichkeit, eine Initiative zur Abschaffung dieses Gesetzes zu machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem mich die Kollegin Walhorn in der ersten Lesung zitiert hat, freue ich mich ganz besonders darüber, daß ich heute die Kollegin Aschmoneit-Lücke vertreten darf. Auch wenn mir das Bild von Patienten, die künftig auf Felgen kauen müssen, bis heute nicht ganz klargeworden ist - ich habe lange versucht, mir das vorzustellen -, hat Frau Walhorn doch in einem Punkt recht: Mit der Aufhebung des Gesetzes zum jetzigen Zeitpunkt entstünde in der Tat eine Versorgungslücke; denn die §§ 21 und 22 SGB V erfassen ausschließlich Kinder unter 12 Jahren, die in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert sind.

Das Zahnärztliche Institut der Universität Zürich stellt in seiner Stellungnahme zur Frage nach der Beibehaltung von jährlichen Untersuchungen im Altersbereich zwischen 13 und 18 Jahren fest - ich zitiere -:

„Beim heutigen niedrigen Befallsniveau in der Schweiz sind die Untersuchungen im Altersbereich 13 bis 17, 18 Jahre wichtiger als im Altersbereich 9 bis 12, in welchem Abschnitt in puncto Karies praktisch nichts passiert, aber der Zahndurchbruch respektive dessen Abweichungen zu beobachten ist. Die Jugend in Deutschland wird bald auch in dieser Lage sein.“

Die zentrale Aussage lautet also: Prophylaxe ist gerade in der Altersgruppe der 13 bis 18 Jahre alten Jugendlichen geboten.

Wissenschaftlich gestützt wird diese Forderung durch die Gegebenheiten des aktuellen Trends der Karies-Prävalenz: Erstens. Karies entsteht langsamer und wird dadurch später manifest. Zweitens. Approximalkaries tritt generell erst in einem Alter zwischen 12 und 14 Jahren auf, nimmt dann aber stetig zu.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel
[SPD])

- Herr Nabel, ich sage es Ihnen: Ich habe noch meine eigenen Zähne.

Erfreulich ist, daß sich die Zahngesundheit unserer Kinder und Jugendlichen in den vergangenen Jahren deutlich verbessert hat.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler
[SPD])

- Frau Kähler, ich bin auch noch bißfest!

Ein Blick in den **Jugendgesundheitsbericht** der Landesregierung zeigt aber, daß diese Entwicklung noch kein Anlaß zur Entwarnung ist. Nach wie vor erreicht Schleswig-Holstein den von der WHO angestrebten Zielwert für Industrieländer, den Wert des DMF-T-Indexes, nicht. Ich kann in diesem Zusammenhang sogar die Verärgerung der Sozialministerin verstehen.

Natürlich wird sich das **Beitragsentlastungsgesetz** gerade auf Zahnarztleistungen durch die Kassen auswirken. Das war auch die Absicht des Gesetzgebers. Dem liegt die Annahme zugrunde, daß regelmäßige Zahnpflege und prophylaktische Maßnahmen langfristig Zahnersatzleistungen überflüssig machen. Dann aber ist es doch mehr als fraglich, ob wir zu diesem Zeitpunkt die Prophylaxe derart beschränken dürfen, wie es die Abschaffung des Gesetzes zur Folge hätte.

(Beifall der Abgeordneten Frauke
Walhorn [SPD])

Ich halte die Abschaffung jedenfalls so lange für nicht verantwortbar, solange es noch nicht einmal zur angestrebten Rahmenvereinbarung zwischen den Landesverbänden der Kassen, den Kommunen sowie der Landesvertretung der Zahnärzteschaft gekommen ist. Daß dies noch nicht geschehen ist, bedauere ich außerordentlich. Meine Fraktion wird daher der Beschlußempfehlung des Sozialausschusses zustimmen.

(Beifall bei F.D.P., SPD und der
Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Wie wir wissen, muß überall gespart werden; das gilt auch für den medizinischen Bereich. Die Möglichkeiten, die der medizinische Fortschritt eröffnet, führen zwangsläufig zu einer Explosion der Kosten. Viele Krankheiten sind heilbar geworden, neue Operationstechniken können Leben erhalten. Heute sind medizinische Eingriffe möglich, von denen man noch vor 20 Jahren nur träumen konnte.

Der medizinische Fortschritt hat seinen Preis. Wir alle wollen aber diesen Fortschritt, und wir wollen alle, daß uns geholfen wird, wenn wir uns in einer lebensbedrohlichen Situation befinden. Der durch den medizinischen Fortschritt bedingte Anstieg der Kosten muß deshalb ausgeglichen werden. Wir müssen uns darauf besinnen, Kosten, die unnötig sind, zu vermeiden. Wir müssen vorbeugend tätig werden, um das Entstehen bestimmter Kosten zu verhindern, und wir müssen - mit anderen Worten - endlich anfangen, Gesundheitspolitik zu betreiben. Dazu gehört, daß wir in die **Vorbeugung** von Krankheiten investieren.

Die Zahnmedizin ist ein Bereich, im dem sich späte Kosten durch früh einsetzende Vorsorge vermeiden lassen. Die CDU beschreitet deshalb den falschen Weg, wenn sie meint, die Kosten durch die vorliegende Initiative minimieren zu können.

(Beifall bei der SPD)

Kurzfristig würde die Aufhebung des Jugendzahnpflegegesetzes vielleicht zu Einsparungen führen; langfristig betrachtet hätten spätestens in 20 Jahren viele ehemals jugendliche Patienten große Probleme. Die Streichung gerade dieses Gesetzes wäre deshalb ein gutes Beispiel dafür, wie man aus Einsparungen Mehrausgaben macht.

Für die Zukunft der Medizin muß das Hauptziel in der Vorsorge, der Prävention von Krankheiten liegen. Das **Jugendzahnpflegegesetz** ist ein Beispiel für eine Prophylaxe, auf die wir nicht verzichten können. Daß die Vorschriften des Sozialgesetzbuchs V das Jugendzahnpflegegesetz gerade nicht überflüssig machen, haben wir bereits anläßlich der ersten Lesung

ausführlich erörtert. Auch heute ist dies hier noch einmal gesagt worden. Das Jugendzahnpflegegesetz verhilft Kindern und Jugendlichen durch Einsetzen früher Maßnahmen dazu, später nicht kostenaufwendiger behandelt werden zu müssen.

Der SSW sieht in der Aufhebung des Jugendzahnpflegegesetzes daher keinen Sinn; wir werden dem CDU-Gesetzentwurf auch in zweiter Lesung nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Ministerin Moser.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Eichelberg, ich bitte um Entschuldigung dafür, daß ich vorhin einen Zwischenruf gemacht habe, der mir von der Regierungsbank aus nicht zustand. Es tut mir sehr leid, daß Sie das Wort „unverschämt“ verstanden haben; gesagt habe ich „unverständlich“. In der Tat war und ist es mir unverständlich, daß Sie hier so viele unrichtige Informationen aneinandergereiht haben.

Lassen Sie mich zu den beiden Kernargumenten etwas sagen, die Sie von der CDU-Fraktion veranlaßt haben, die Aufhebung des Jugendzahnpflegegesetzes zu fordern. Sie haben gesagt, dieses Gesetz sei nach der Änderung des SGB V überflüssig, und Sie haben zum zweiten behauptet, das Gesetz belaste die Kommunen über Gebühr und stärker, als es eigentlich nötig sei.

Beides ist falsch. Es bleibt dabei - um auf das erste Argument einzugehen -: Die Abschaffung des Landesjugendzahnpflegegesetzes würde eine nicht zu verantwortende Versorgungslücke in der Prophylaxe aufreißen.

(Beifall bei der SPD)

Dazu ist bereits alles gesagt worden, nicht zuletzt in der ausführlichen Argumentation von Herrn Kubicki. Wichtig ist nach Übereinstimmung aller Experten gerade die Prophylaxe in der Altersgruppe der 13- bis 18jährigen, und deshalb ist natürlich auch die Fachwelt dafür - unter anderem die Jugendzahnärzte -, dieses Gesetz aufrechtzuerhalten.

Nun zu Ihrer zweiten Begründung für die Forderung nach Abschaffung des Gesetzes, nämlich zur Belastung der Kommunen! Meine Damen und Herren, nach der bisherigen - noch gültigen - Rahmenvereinbarung - es herrscht also keineswegs ein vertragsloser Zustand - von 1991 werden für die Basisprophylaxe nach SGB V 5,6 Millionen DM eingesetzt, davon 1 Million DM von den Krankenkassen und 4,6 Millionen DM von den Kommunen. Der dadurch erreichte Versorgungsgrad beträgt 50 %.

Sie wissen, daß mit der Änderung des SGB V eine neue Rahmenvereinbarung notwendig geworden ist, weil der **Zahnstatus** erhoben werden muß. Ich komme nachher gleich noch einmal auf das bisher nicht erreichte Zustandekommen der Änderung zurück. Aber nach dem vorliegenden Entwurf einer Vereinbarung - wiederum auf der Basis des SGB V und des Jugendzahnpflegegesetzes - sollen 6,3 Millionen DM eingesetzt werden. Dies bedeutet also eine Erhöhung der eingesetzten Mittel. Davon - und dies bitte ich Sie jetzt wirklich einmal zur Kenntnis zu nehmen - zahlen die Kassen 3,47 Millionen DM - das heißt 55 % - und die Kommunen 2,83 Millionen DM, also 45 %. Das heißt, die Kommunen bezahlen unter dem Strich und in absoluten Zahlen nach der neuen Rahmenvereinbarung auf der Grundlage beider Gesetze weniger; darüber hinaus wird damit ein Versorgungsgrad von 80 % angestrebt.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Dieser Entwurf der **Rahmenvereinbarung** ist von den entscheidenden Leuten, nämlich denen, die das Geld geben müssen, akzeptiert worden. Deshalb waren wir auch zuversichtlich, daß die Rahmenvereinbarung unterschrieben werden würde und wir sie Ihnen im Ausschuß hätten präsentieren können. Überraschend aber hat sich der dritte Partner, der im Grunde gar kein Geld gibt, nämlich die Zahnärzteschaft, an einer Soll-Bruchstelle zunächst verabschiedet. Ich bedauere dies sehr und muß auch gestehen, daß meine Geduld in dieser Frage bereits überstrapaziert und am Ende ist. Wir sind jetzt in der Tat viele Jahre dabei, und für den Fall, daß diese Rahmenvereinbarung nicht zustande kommt, sieht das Gesetz - das SGB V - vor, daß die Landesregierung eine entsprechende Rechtsverordnung erläßt. Es wird einen letzten Moderationsversuch meinerseits geben. Der Termin

(Frauke Walhorn [SPD]: Ist geplatzt!)

Anfang Juni ist leider geplatzt; Frau Walhorn hat es eben gesagt. Wir haben jetzt für August eingeladen.

Wenn die Vereinbarung dann nicht zustande kommt, werde ich die notwendigen Maßnahmen treffen, weil die Prävention unter diesem ungeregelten Zustand nicht leiden darf. Ich kann mir dann auch die Regelungen des Jugendzahnpflegegesetzes als Bestandteil des zu novellierenden **Gesundheitsdienstgesetzes** vorstellen. Wir sind dabei; das wissen Sie.

Ich hoffe, daß die Vertragspartner - und zwar alle Vertragspartner - im August in der Lage sein werden, eine solche Regelung zu treffen, wie sie jetzt in sehr guter Weise im Entwurf der Rahmenvereinbarung vorbereitet worden ist.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Der Ausschuß empfiehlt, den Gesetzentwurf Drucksache 14/295 abzulehnen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung angekommen. Der Finanzausschuß hat mir mitgeteilt, daß er in zehn Minuten im Sitzungszimmer 138 die Sitzung fortführt, die er heute früh unterbrochen hat.

Die nächste Tagung des Landtages, die 15. Tagung, beginnt am 27. August 1997. Die sitzungsfreie Zeit dauert vom 19. Juni bis zum 2. August 1997.

Ich wünsche Ihnen schöne Ferien, zunächst aber eine gute Heimfahrt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 13:49 Uhr